S-2797

Schleswig-Holsteinischer Landtag **Plenarprotokoll 10/47**

10. Wahlperiode 13. 03. 85

47. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 13. März 1985

Mitteilungen des Präsidenten 2798, 2867

Aktuelle Stunde

Hilfen der Landesregierung für strukturschwache Räume

Neugebauer (SPD) 2798
Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr 2799, 2812, 2815
Stich (CDU) 2800
Dr. Klingner (SPD) 2801
Meyer (SSW) 2802, 2815
Asmussen, Finanzminister 2803, 2806, 2809, 2818
Paulsen (CDU) 2804
Sickmann (SPD) 2805
Hollmann (CDU) 2808
Gunnesson (SPD) 2810
Claussen, Innenminister 2811
Frau Heiser (CDU) 2813
Engholm (SPD) 2814
Kribben (CDU) 2816

Verkehrssicherheit in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 10/767

Antwort der Landesregierung
Drucksache 10/877

Kribben (CDU) 2819
Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr 2821, 2836
Gunnesson (SPD) 2825
Stock (CDU) 2829
Meyer (SSW) 2832
Amthor (SPD) 2833

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Entwurf der Anmeldung zum 14. Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Bericht der Landesregierung
Drucksache 10/852

Bericht und Beschlußempfehlung des Agrar- und Umweltschutzausschusses
Drucksache 10/872

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/888

Wiesen (SPD), Berichterstatter 2839
Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2840
Frau Lindenmeier (SPD) 2843, 2858
Fölster (CDU) 2846
Wiesen (SPD), Berichterstatter 2851
Meyer (SSW) 2853
Dr. Barschel, Ministerpräsident 2853
Latendorf (CDU) 2858

Beschluß: Beschlußempfehlung Drucksache 10/872 angenommen 2860

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1984

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 10/865

Johna (SPD) Berichterstatter 2860
Marschner (SPD) 2861

Zur Kenntnis genommen und Erledigung der Eingaben bestätigt 2861

Förderung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD und des Abg. Meyer (SSW)
Drucksache 10/873

Dr. Hinz (SPD) 2862
Stegemann (CDU) 2863
Meyer (SSW) 2864
Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr 2865

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß 2867

Regierungsbank:

Dr. Barschel, Ministerpräsident

Dr. Schwarz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Justizminister und Minister für Bundesangelegenheiten

Claussen, Innenminister

Asmussen, Finanzminister

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin

Dr. Bendixen, Kultusminister

Beginn: 10.02 Uhr

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Beurlaubt sind die Herren Abgeordneten Dr. Dall'Asta, Lorenzen und Minister Dr. Schwarz. Das Haus ist beschlußfähig.

Ich rufe auf Punkt 1 der Tagesordnung:

Aktuelle Stunde

„Hilfen der Landesregierung für strukturschwache Räume"

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neugebauer.

Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Schleswig-Holstein waren Ende Februar dieses Jahres mehr als 134 000 arbeitslose Männer und Frauen registriert. Das waren 10 600 mehr als im Februar des Vorjahres und das waren 45 000 mehr arbeitslose Männer und Frauen, seitdem der Herr Ministerpräsident Barschel Ministerpräsident ist. Seitdem Herr Barschel Ministerpräsident ist, ist die Zahl arbeitsloser Männer und Frauen in diesem Lande um mehr als 50 % gestiegen.

(Stegemann [CDU]: Was hat das mit Herrn Dr. Barschel zu tun? – Dr. Klingner [SPD]: Das muß doch einmal gesagt werden! – Engholm [SPD]: Erblast!)

Besonders dramatisch ist die wirtschaftliche Situation an der Westküste.

(Beifall bei der SPD)

Hier ist fast jede vierte erwerbsfähige Person ohne Arbeit, und das ist auch das Ergebnis jahrzehntelanger strukturpolitischer Versäumnisse der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Handlungsbedarf in der Beschäftigungspolitik ist also gegeben. Wir registrieren in Schleswig-Holstein zur Zeit die in unserer Geschichte höchste **Arbeitslosenquote**, die höchste Lohnsteuerquote, die höchste Zahl von Firmenzusammenbrüchen und auch die höchste Quote an Sozialhilfeempfängern.

Nun haben wir uns gefreut, als der Ministerpräsident vor einer Woche angekündigt hat, zusätzliche Hilfen für **strukturschwache Räume** zu schaffen. 60 Millionen DM sollten ausgegeben werden und – wie er sagte – mehr als 1000 zusätzliche Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden. Selbst der Maßnahmenkatalog, der vorgeschlagen wurde, konnte uns gefallen, weil er alle die Vorschläge im Bereich der Umwelt enthielt, die wir seit Jahr und Tag, wenn auch immer ohne Erfolg, in diesem Hause vorgebracht haben.

Ein näheres Studium Ihrer Vorschläge, Herr Ministerpräsident – er ist nicht hier –, zeigt, daß wir getäuscht worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Das von Ihnen und der Staatskanzlei – ja, wahrscheinlich gegen die Mitarbeit der Ministerien – vorgelegte **Programm** wird nicht eine einzige zusätzliche investive Mark in Schleswig-Holstein bewegen und nicht einen zusätzlichen Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist kein Strukturprogramm, das uns vorgelegt worden ist, das ist ein Schauprogramm, meine Damen und Herren.

(Aniol [CDU]: Erzähl das mal der Westküste!)

Was schlagen Sie vor? Sie wollen erstens **Haushaltsmittel**, die wir für das Haushaltsjahr 1985 bereitgestellt haben, zügig ausgeben. Als wäre das nicht das selbstverständlichste der Welt,

(Beifall bei der SPD)

wenn wir in einer Zeit mit hoher Arbeitslosenquote die Mittel zügig ausgeben. Das heißt, hier wird die Normalität bereits zu etwas Besonderem.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Ich frage Sie: Wie wollen Sie durch eine zügige Bearbeitung auch nur einen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen?

Zweitens schlagen Sie vor, Mittel regional umzuschichten, das heißt, Sie wollen Haushaltsmittel, die wir vor wenigen Monaten für die Region Kiel, Lübeck, Ostholstein, Rendsburg bereitgestellt haben, umschichten an die Westküste. Die Westküste braucht dringend Aufträge. Nur: Es gibt doch nicht eine Region in Schleswig-Holstein, die auf diese Aufträge verzichten kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen uns sagen, welchen Regionen des Landes Sie welche Mittel wegnehmen wollen.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig! – Beifall bei der SPD)

Drittens wollen Sie **kommunale Projekte** des Jahres 1986 auf 1985 vorziehen. Ich frage Sie, wie wir dadurch, wenn nicht zusätzliche Mittel verausgabt

(Neugebauer)

werden, auch nur einen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen.

(Engholm [SPD]: Das möchte ich auch einmal wissen!)

Ich fasse zusammen: Das, was Sie hier vorschlagen, ist Schaumschlägerei,

(Beifall bei der SPD)

es schafft nicht einen zusätzlichen Arbeitsplatz, ausgenommen vielleicht in der Staatskanzlei.

(Engholm [SPD]: Die haben schon genug!)

Meine Damen und Herren, das ist unredlich, das ist unseriös, und das kann unsere Zustimmung natürlich nicht finden.

Ich wiederhole hier die Bereitschaft, die wir schon bei der letzten Aktuellen Stunde in diesem Hause vorgetragen haben, nämlich mit Ihnen gemeinsam einen **beschäftigungspolitischen Pakt der Vernunft** zu schließen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind bereit, zusätzliche Haushaltsmittel, die Arbeit schaffen und möglicherweise sogar noch die Umwelt schonen, bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, Sie können von uns nicht erwarten, daß wir einem unseriösen sogenannten Strukturprogramm zustimmen, das in Wirklichkeit nicht einen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen wird, sondern eher geeignet ist, die wirklichen Probleme auch an der Westküste zu verdrängen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich brauche hier nicht zu wiederholen, wie es um die Lage auf dem Arbeitsmarkt bestellt ist. Die Arbeitslosigkeit wird von allein nicht beseitigt werden können. Die Hilfe des Staates, die **Hilfe des Landes** ist notwendig durch die Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe,

(Glocke des Präsidenten)

– ich komme zum Schluß, Herr Präsident –

(Aniol [CDU]: Das ist auch gut! – Latendorf [CDU]: Muß er auch!)

durch den Ausbau des Dienstleistungsgewerbes, durch die Stärkung und nicht die Schwächung der Massenkaufkraft und auch durch Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung. Und meine Damen und Herren, das ist besonders wichtig: Wir als Land Schleswig-Holstein müssen zusätzliche Nachfragefelder erschließen, und zwar nicht dadurch, daß wir eine Mark,

(Glocke des Präsidenten)

die wir für ein bestimmtes Programm vorgesehen haben, umschichten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Arbeitslosigkeit** ist das Problem, das uns mit Recht in jeder Sitzung beschäftigt,

(Beifall bei der CDU)

und zwar als ein Problem unserer Volkswirtschaft, aber vor allem als ein Problem von Menschen, die arbeitslos sind oder von Arbeitslosigkeit bedroht werden.

(Sickmann [SPD]: Endlich haben Sie begriffen, daß es um Menschen geht!)

Hier gibt es in diesem Hause keine Meinungsunterschiede. Wer das vernebeln oder verkleistern will, tut Unrecht an dem gemeinsamen Willen der Volksvertreter in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen, daß gerade auch für die strukturschwachen Gebiete Wirtschaftserholung, wirtschaftliches Wachstum dringende Voraussetzungen dafür sind, um die Arbeitslosigkeit schrittweise abzubauen.

(Beifall bei der CDU)

Wer hier, wie der Herr Kollege Neugebauer, kein Wort über die Notwendigkeit des **wirtschaftlichen Wachstums** verliert, die gerade für **strukturschwache Räume** bedeutet, daß wirtschaftliche Aktivität aus den Ballungsräumen in die strukturschwachen Räume hinübergeht, hat die Grundprobleme unser Wirtschaft nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU – Frau Böhrk [SPD]: 35 Jahre regieren Sie jetzt!)

Deswegen ist unsere Hilfe für strukturschwache Räume, Frau Böhrk, die ja seit Jahren eine Leistung dieses Landes ist – ich komme gleich noch mit einigen Worten darauf zurück –, die Hilfe zur Selbsthilfe.

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Neugebauer, ausgerechnet Sie brauchen uns nicht daran zu erinnern, was kleine und mittlere Unternehmen in diesem Lande leisten.

(Beifall bei der CDU und Zuruf: So ist es!)

In keinem Bundesland gibt es so viele kleine und mittlere Unternehmen wie bei uns.

(Zurufe von der SPD)

– Schreien Sie nur. Sie stören mich nicht beim Reden.

(Beifall bei der CDU)

Daß das so ist, gerade auch in den strukturschwachen Gebieten, das ist die Leistung unserer **Infrastrukturprogramme** und unserer gezielten Existenzgründungs- und Mittelstandsprogramme.

(Beifall bei der CDU – Sickmann [SPD]: Deshalb haben Sie dort auch bis zu 27 % Arbeitslose!)

(Minister Dr. Westphal)

Sehen Sie sich doch einmal anhand der Zahlen an, in welch erfreulicher Weise diese Maßnahmen in den strukturschwachen Gebieten angenommen werden, trotz all der Schwierigkeiten. Ich möchte gerade die Menschen in den strukturschwachen Gebieten ermuntern, noch mehr von diesen Programmen Gebrauch zu machen; denn sie sind für sie da.

Die **Hilfe für strukturschwache Gebiete** hat einen Hintergrund, den man beachten muß. Das ist der besonders starke Bevölkerungsdruck in diesen Gebieten. Hier sind die jungen Jahrgänge überproportional stark vertreten.

(Lachen des Abgeordneten Sickmann [SPD])

- Das ist kein Grund zum Lachen, meine Damen und Herren, sondern ein Grund zur Anstrengung.

(Beifall bei der CDU)

Hier haben wir die besonderen Problembereiche der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft sowie - in der Verbindung von beiden - die Rückschläge aus der Entwicklung der Landwirtschaft, die wir - wie Sie wissen -, nicht steuern können, auf die Bauwirtschaft. Deshalb ist es notwendig, alles andere helfend zu unterstützen, was dort entstehen kann.

Wir haben das getan: vom überproportionalen Besatz mit überbetrieblichen Ausbildungsstätten bis zum Straßenbau. Da haben wir Sie nicht immer auf unserer Seite gesehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Maßnahmen ergriffen zur Überwindung der Verkehrsferne, zur Infrastruktur des Fremdenverkehrs, von der Planung des Programms Nord bis zur Erdgasleitung an der Westküste, die ja leider von dort zum Teil noch angegriffen wird, wofür ich wenig Verständnis habe.

(Sickmann [SPD]: Von wem? Wann und wo?)

- Lesen Sie Zeitung, Herr Sickmann. Dann wissen Sie das.

(Beifall bei der CDU - Sickmann [SPD]: Das ist doch Dünnblech, was Sie da reden!)

Wir haben ganz bewußt diesen Weg beschritten. Wir haben ihn in unserem Programm für strukturschwache Räume vom Jahr 1984 verdichtet und helfen in der ganz besonderen Situation des Arbeitsmarktes an der Westküste und in Dithmarschen jetzt mit den Maßnahmen, die Sie kritisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Was wollen Sie denn eigentlich? Sie sagen entweder, es passiere zuwenig, oder - wenn etwas passiert -, es sei falsch.

(Beifall bei der CDU - Dr. Hinz [SPD]: Es passiert doch gar nichts!)

Ihre Politik, meine Damen und Herren, ist zu Blocks gekommen. Deswegen versuchen Sie, sich in der Aktuellen Stunde zu retten. Das ist die wahre politische Lage.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stich.

Stich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition! Ich möchte Ihnen in aller Ruhe eine Frage stellen: Glauben Sie im Ernst, daß die Lautstärke das Klima in diesem Hause und Ihre Argumente verbessert?

(Dr. Hinz [SPD]: Sagen Sie das doch Herrn Westphal!)

Ich dachte eigentlich - das sollte nach meiner Meinung der Sinn einer Aktuellen Stunde sein -, wir seien uns darin einig, daß unser gemeinsames Hauptziel der **Abbau der Arbeitslosigkeit** ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann mich erinnern, daß Herr Engholm angeboten hat: Laßt uns mehr gemeinsam machen.

(Engholm [SPD]: Nicht so allgemein!)

Wenn der Minister dann - sicherlich in dem ihm eigenen Temperament, das können Sie ihm doch nicht verbieten - seine Meinung vorträgt und Sie mit einer solchen Lautstärke reagieren - glauben Sie dann im Ernst, daß das zur Gemeinsamkeit beiträgt?

(Sickmann [SPD]: Er hat das Programm doch gar nicht zu verantworten! Das ist doch in der Staatskanzlei zusammengeschustert worden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns ja nicht einig sein. Aber lassen Sie mich doch bitte einmal folgendes für meine Fraktion sagen.

(Böge [CDU]: Zuhören!)

Der erste Punkt ist doch die Frage nach der Ausgangslage. Da sind wir uns wahrscheinlich schnell einig. Ich nenne dazu ein paar Stichworte: Marktferne, Strukturschwäche, sehr viele Betrieben in Branchen, die sowohl unter konjunkturellen als auch unter strukturellen Entwicklungen zu leiden haben.

(Marschner [SPD]: Und das seit 35 Jahren CDU-Regierung!)

Ich nenne die Beispiele Bauwirtschaft, Werften, Landwirtschaft im weitesten Sinne, den ländlichen Raum, alles, was mittelbar oder unmittelbar mit Landwirtschaft zu tun hat. Das ist die Ausgangslage.

Das zweite ist: Was können wir tun? Da gehen wir offensichtlich bei den Wegen auseinander - nicht bei den Zielen, das will ich gerne unterstellen. Nach unserer Meinung sollten wir zunächst versuchen, die vorhandenen Arbeitsplätze, soweit es irgend geht, zu sichern. Jeder von uns weiß, wenn er realistisch ist,

(Stich)

daß das nicht für jeden Arbeitsplatz gelten kann. Deswegen sagen wir zusätzlich: Es kommt auch darauf an, gerade in den **strukturschwachen Räumen** eine behutsame strukturelle Weiterentwicklung zu versuchen.

Der dritte Punkt ist die Frage: Was hat die Landesregierung getan? Lassen Sie mich dazu feststellen, daß der Ministerpräsident in seiner **Regierungserklärung** im Mai 1983 eine **regionalpolitische Initiative** zugunsten der strukturschwachen Teile unseres Landes angekündigt hat. Da kann ich nur fragen: Was ist dagegen eigentlich einzuwenden?

Gemeinsam ist uns sicher auch das Ziel, regionale strukturpolitische Nachteile, Verschiebungen in unserem Land auszugleichen und dazu die entsprechenden Förderinstrumente – einerseits die, die uns bereits zur Verfügung stehen, und andererseits auch die, die wir durch Maßnahmen des Landes noch weiter beeinflussen können – behutsam, aber auch richtig und wirkungsvoll einzusetzen. Durch besondere Akzente soll das in der aktuellen Lage insbesondere auf dem Arbeitsmarkt noch verstärkt werden. Unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit sehe ich überhaupt nichts, was man dagegen einwenden kann und soll.

Wenn Sie, Herr Neugebauer, sagen, es komme darauf an, die Nachfrage zu stärken, dann ist das alles schön und gut. Aber die Nachfrage stärken heißt doch, die Leute sollen mehr kaufen. Das bedeutet aber, daß die Leute Geld haben müssen. Also muß dieses Geld doch vorher verdient werden. Das ist jedenfalls unser Verständnis von Funktionieren der Marktwirtschaft. Das bedeutet doch auch, daß die Leute Arbeitsplätze haben müssen, um Geld zu verdienen, das sie dann ausgeben können.

(Engholm [SPD]: Richtig!)

Hier besteht aber offensichtlich ein fundamentaler Unterschieddt zwischen Ihnen und uns. Nun gut, das muß man so zur Kenntnis nehmen.

(Engholm [SPD]: Zum Programm!)

– Gut. Sie erlauben aber doch, daß ich auch ein bißchen auf die Argumente eingehe.

(Engholm [SPD]: Die Zeit ist bald um, und der Minister hat auch nichts zum Programm gesagt!)

– Wenn Sie Argumente vorbringen – die mir auch nicht alle gefallen –, dann müssen Sie es auch ertragen, daß wir darauf eingehen.

(Beifall bei der CDU – Engholm [SPD]: Das Programm!)

Meine Damen und Herren, jetzt ist die Frage: Wie wird diese Politik akzeptiert, das, was wir gemacht haben, und das, was wir zusätzlich hinzufügen wollen? Sehen Sie sich einmal die Zahlen an, die Ihnen zur Verfügung stehen. Die Zahlen über die Steigerung des zur Förderung beantragten **Investitionsvolumens** in den Ihnen bekannten strukturschwachen Räumen – sagen wir einmal als grobe Richtung: Landesteil Schleswig und einige wenige Teile in anderen Bereichen des Landes – weisen doch nach, daß das Programm richtig angesetzt ist und akzeptiert wird.

(Engholm [SPD]: Das Programm kommt doch erst noch! – Glocke des Präsidenten)

– Ich bin sofort fertig, Herr Präsident.

Dazu kommt noch – und darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen –, daß wir die Bereiche, mit denen wir **Strukturveränderungen** zu erreichen hoffen, nämlich Forschung und Entwicklung – wie Sie genau wissen –,

(Engholm [SPD]: Von welchem Programm reden Sie?)

seit 1981 intensiv vorangetrieben haben. Das hatte zur Folge, daß wir etwa im Existenzgründungsbereich – das bedeutet ja die Schaffung neuer Arbeitsplätze – erhebliche Erfolge erzielt haben.

(Beifall bei der CDU – Selzer [SPD]: Das waren nur Stichworte!)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klingner.

Dr. Klingner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stellen zunächst fest, daß der Ministerpräsident in der vergangenen Woche ein sogenanntes Programm für strukturschwache Räume bekanntgegeben hat, daß er sich aber heute nicht der Diskussion seines Programms stellt.

(Beifall bei der SPD)

Hierher gehört der **Ministerpräsident**, wenn er zu seinem **Programm** steht und es vor dem Landtag vertreten will. Wir haben zu einer Aktuellen Stunde über dieses Programm aufgefordert, der Präsident hat es auf die Tagesordnung gesetzt, und der Ministerpräsident dieses Landes hält es nicht für nötig, anwesend zu sein. Das ist eine Ungeheuerlichkeit!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben hier zwei Redner der Union erlebt, den Wirtschaftsminister, der anscheinend für den Ministerpräsidenten in die Bresche springen muß, und den Herrn Stich, den man aus dem Kulturbereich entliehen hat, die beide nichts zum Programm gesagt haben.

(Beifall bei der SPD – Aniol [CDU]: Setzen Sie sich doch mit dem Programm auseinander!)

Meine Damen und Herren, wir sind uns darüber einig, daß es einen Teil des Landes gibt, der benachteiligt ist. Durch wen benachteiligt? – Durch diese Landesregierung, die hier 35 Jahre regiert!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

(Dr. Klingner)

Deshalb im Mai vergangenen Jahres ein **Programm** für durch die Landesregierung **benachteiligte Gebiete**!

(Dr. Schübeler [CDU]: So ein Quatsch! So ein Unfug!)

Wir stellen fest, daß es einen Teil des Landes gibt, der nach 35 Jahren strukturschwach ist; deswegen ja auch ein **Programm** für **strukturschwache Gebiete**.

(Zurufe von der CDU: Lauter!)

Wir stellen fest, daß es einen dringenden Handlungsbedarf gibt, daß zusätzliche beschäftigungswirksame Mittel für die **Westküste** und den **Norden** des Landes dringend erforderlich sind. Soweit Einigkeit! Benachteiligt, strukturschwach, zusätzliche Mittel erforderlich – das ist die Einigkeit. Wir haben noch im Dezember vorigen Jahres beantragt, für diese Gebiete die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Unsere Anträge haben dem Hohen Hause vorgelegen. Was hat die Rechte des Hohen Hauses getan? – Sie haben die beschäftigungswirksamen Mittel für die Westküste und den Norden des Landes abgelehnt, genau das!

(Beifall bei der SPD – Kribben [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Reine Show!)

Nun leben wir hier ja nicht in einer Bananenrepublik.

(Zuruf von der CDU)

Das Handeln der Landesregierung ist an einen rechtlichen Rahmen gebunden. Wenn zusätzliche Mittel erforderlich sind, dann bitte ich, einmal nachzulesen, was die Rechtsordnung dazu sagt. Da heißt es:

„Die rechtliche Funktion des Haushalts besteht darin, daß er das gesamte Regierungshandeln in einen rechtlich verbindlichen Finanzrahmen stellt. Die Regierung kann diesen Rahmen unterschreiten, aber nicht überschreiten."

Meine Damen und Herren, wenn zusätzliche Mittel eingesetzt werden sollen, wenn das alles nicht nur Schaumschlägerei ist, dann brauchen wir einen **Nachtragshaushalt**. Das ist der rechtlich verbindliche Rahmen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie wissen wollen, woraus ich das vorgelesen habe: Da hat der Herr Barschel mit Hilfe von Herrn Gebel zum Landesrecht geschrieben. Da können Sie das nachlesen:

„Die rechtliche Funktion des Haushalts besteht darin, daß er das gesamte Regierungshandeln in einen rechtlich verbindlichen Finanzrahmen stellt."

Meine Damen und Herren, wenn also Geld eingesetzt werden soll – wir sind dafür, daß zusätzliche Mittel eingesetzt werden; wir haben zum Haushalt die erforderlichen konkreten Anträge gestellt –, dann bitte ich, wie es der Oppositionsführer im Februar vorgeschlagen hat, einen Nachtragshaushalt auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei der SPD)

Dann können wir Mittel einsetzen. Wir haben ja 15 Millionen DM Abwassermittel für die Westküste beantragt. Der Antrag hat hier ja vorgelegen. Nun können Sie von der Rechten doch nicht sagen: Zunächst lehnen wir ihn ab, dann stellen wir in Aussicht, daß im Jahre 1986 zusätzliche Mittel eingeworben werden. Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Entweder haben wir Verpflichtungsermächtigungen, dann ist das Geld einzusetzen, wie es der Kollege Neugebauer gesagt hat. Oder wir haben keine Mittel – Sie haben diese Mittel hier konkret abgelehnt –, dann können Sie nicht in Aussicht stellen, daß Sie die abgelehnten Mittel den Gemeinden doch zur Verfügung stellen. Das ist rechtlich unzulässig. Das ist das Handeln wie in einer Bananenrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stehen ja zu unserer Bereitschaft zu einem **beschäftigungspolitischen Pakt**, den der Oppositionsführer hier angeboten hat. Wir stehen ja dazu, daß wir kurzfristig die erforderlichen Mittel bereitstellen wollen, die beschäftigungswirksam sind. Wir können ja kurzfristig den erforderlichen Nachtragshaushalt aufstellen. Aber, meine Damen und Herren, dann bitte in dem dafür gesetzten Rahmen, dann bitte nicht nur Schaumschlagen, dann bitte konkrete Anträge für konkret wirksame Maßnahmen! So helfen wir den Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, mir ist soeben mitgeteilt worden, daß sich der Herr Ministerpräsident heute morgen in ärztliche Behandlung gegeben hat. Ich sage das, um hier weiteren Debatten die Spitze zu nehmen.

(Dr. Klingner [SPD]: Herr Präsident, dann bitte ich um Nachsicht! Mir war das nicht bekannt!)

– Herr Abgeordneter Klingner, ich habe noch das Wort. – Es wäre gut, wenn in Zukunft dem Präsidium rechtzeitig mitgeteilt würde, daß jemand nicht anwesend ist.

(Beifall bei der SPD)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Wir sind uns doch wohl einig, daß wir die **Arbeitslosigkeit** bekämpfen wollen. Wir sind uns wohl auch einig, daß wir den Landesteil Schleswig besonders unterstützen wollen. Das haben wir 1973 einstimmig zumindest beschlossen – einstimmig!

(Beifall des Abgeordneten Jensen [SPD])

Wenn wir die statistischen Zahlen sehen, dann müssen wir ganz klar sagen, daß, wenn wir die Sache im **Landesteil Schleswig** nicht in den Griff kriegen, im Landesteil Schleswig im Laufe von zehn bis zwölf

(Meyer)

Jahren 35 000 bis 50 000 Menschen weniger sein werden. Das bedeutet, daß unsere Jugend gezwungen ist, auszuwandern, wenn wir jetzt nicht etwas Ernsthaftes durchführen.

Aus diesem Grunde begrüße ich jede Initiative, hier die Sache in den Griff zu kriegen. Ich habe wirklich nichts dagegen, wenn man jetzt Objekte vorzieht, wenn man jetzt, 1985, Baupläne in Angriff nimmt, die man vielleicht erst 1986, 1987 realisieren wollte. Ich habe auch wirklich nichts dagegen, wenn man **Umschichtungen im Haushaltsplan** durchführt. Ich bin der Meinung, unser Beschluß von 1973, den Landesteil Schleswig besonders und verstärkt zu fördern, bedeutet, daß wir diesen Landesteil im Verhältnis zu den anderen Regionen besonders fördern. Das bedeutet, daß wir gegebenenfalls auch bereit sein müssen, Mittel für andere Regionen zu streichen und dem schleswigschen Raum bereitzustellen.

(Engholm [SPD]: Nein, eben nicht!)

- Darüber können wir diskutieren. Unser Beschluß ist klipp und klar. Er lautet, den Landesteil Schleswig besonders und verstärkt zu fördern. Dann muß man erkennen, daß man den reichen Gebieten etwas nehmen und den schwachen Gebieten geben muß. Ich sage das ganz offen: Ich bin bereit, mit jeder Regierung, mit jeder Fraktion zu verhandeln, damit wir unseren Beschluß endlich realisieren können.

Auf der anderen Seite hat die SPD natürlich auch recht: Wir müssen bereit sein, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir müssen bereit sein, gegebenenfalls auch Schulden zu machen, damit wir die Sache in den Griff kriegen können, damit unsere Jugend in ihrer Heimat bleiben kann.

(Zurufe von der CDU)

- Entschuldigung, für mich ist das wesentliche, daß wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen, daß die Leute in Arbeit kommen. Dann bin ich auch bereit, nachher Schulden zu tilgen und die Zinsen dafür zu bezahlen. Für uns ist besser, Menschen in Arbeit zu haben, als daß sie auf Sozialhilfe angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde möchte ich die Regierung darum bitten, jetzt klipp und klar zu sagen, was sie in diesen Gebieten tun will, welche Objekte jetzt vorgezogen werden sollen, wie das bezahlt werden soll. Die Regierung kann sicher sein, daß der SSW mitmacht, damit wir unsere einstimmig gefaßten Beschlüsse endlich realisieren können.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir übermorgen ein Jubiläum feiern werden. Übermorgen sind wir ja nicht da, von daher werden wir dieses Jubiläum hier im Hause nicht feiern. Übermorgen ist es zehn Jahre her, daß wir einstimmig beschlossen haben, eine Technische Hochschule in Flensburg zu bauen.

(Lachen bei der SPD)

Dieses Gesetz besteht heute noch, und übermorgen haben wir das zehnjährige Jubiläum.

Ich bitte darum - wenn wir dieses Gesetz auch nicht realisieren können - zumindest zu erkennen: Wir haben so viele Millionen DM gespart, die wir eigentlich für den Raum Flensburg hätten zahlen müssen - das Gesetz existiert ja -, daß es möglich sein müßte, einige von diesen gesparten Millionen auf den Tisch zu legen zum Wohle des Landesteiles Schleswig. Darum bitte ich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Asmussen, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Klingner hat unter anderem den Finanzierungsteil angesprochen. Ich darf vorweg sagen, verehrter, lieber Herr Dr. Klingner: Was mich an Ihrer Rede als einziges beeindruckt hat, das war die Lautstärke, mit der Sie sie hier vorgetragen haben,

(Beifall bei der CDU)

aber nicht der Inhalt Ihrer Ausführungen. Wenn Sie, Herr Dr. Klingner, davon sprechen, die Regierung handele „wie in einer Bananenrepublik", dann muß ich diesen Vorwurf nachdrücklich zurückweisen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wissen Sie, wenn Sie das Thema „Bananenrepublik" ansprechen, dann könnte ich mir vorstellen, daß die Vorstellungen der **Opposition** zur **Gestaltung des Haushalts** in den vergangenen Jahren teilweise südamerikanische Verhältnisse geschaffen hätten, die uns eine wesentlich höhere Verschuldung im Lande beschert hätten als unsere solide Finanzpolitik.

(Zurufe von der SPD - Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Klingner, zu dem Arztbesuch des Herrn Ministerpräsidenten haben Sie vorhin die Erklärung des Herrn Präsidenten gehört. Im übrigen ist es natürlich so, daß das Programm, das wir hier diskutieren, nicht etwa nur ein **Programm** des Herrn Ministerpräsidenten ist, sondern ein von der **Landesregierung** beschlossenes Programm. Wenn das so ist, verehrter Herr Dr. Klingner, dann weiß ich überhaupt nicht, wieso Sie kritisieren, daß Herr Dr. Westphal vorhin und jetzt ich hier zu diesem Programm Stellung nehmen.

Wenn Sie sagen, daß eine verfehlte Strukturpolitik der Landesregierung in den vergangenen Jahren zu den Schwierigkeiten im **Westküstenraum**, im Landesteil Schleswig geführt habe, Herr Dr. Klingner, dann muß ich feststellen, daß die Landesregierung - ich will darauf im einzelnen nicht eingehen, weil das sicherlich andere Kollegen, unter anderem Herr Hollmann, noch tun werden - gerade im Westküstenraum enorme finanzielle Anstrengungen unternommen hat, um dort die **Wirtschaftsstruktur** zu verbessern.

(Arens [SPD]: Stimmt ja nicht!)

(Minister Asmussen)

– Herr Kollege Arens, das wissen Sie als Dithmarscher doch genausogut wie ich. Sie brauchen sich nur einmal die Investitionen vor Augen zu führen, die im Raum Brunsbüttel gefördert worden sind. Entscheidend ist doch die Frage, warum diese Investitionen nicht zu den Impulsen für den Westküstenraum, die wir eigentlich erwartet haben, geführt haben.

(Sickmann [SPD]: Auf diese Antwort warte ich schon lange!)

Der Grund ist, daß Ihre jahrelange verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik

(Beifall bei der CDU)

auf Bundesebene gerade die strukturschwachen Räume unseres Landes erheblich zurückgeworfen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie seinerzeit nicht diese miserable Politik auf Bundesebene betrieben hätten – Herr Engholm, Sie haben ja als Minister in den Kabinetten gesessen –, dann wären wir mit Brunsbüttel, mit der Westküste und auch mit dem Landesteil Schleswig insgesamt ein wesentliches Stück weiter vorangekommen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Klingner, wenn Sie im übrigen ständig von einem erforderlichen **Nachtragshaushalt** reden, dann muß ich Ihnen sagen, daß ich den Eindruck habe, daß für Sie nur das gut ist, was zusätzliche Schulden des Landes verursacht

(Dr. Klingner [SPD]: Woher nehmen Sie denn das Geld?)

Demgegenüber bemühen wir uns, durch Phantasie regionale Justierungen unserer Ausgaben politisch vorzunehmen, die den wirtschaftsschwachen Räumen bei dieser Entwicklung der Arbeitslosigkeit stärker zugute kommen. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren. Sie sagen, wir müßten möglichst viele Schulden machen, dann werde es uns allen besser gehen, auch den strukturschwachen Räumen. Sie vergessen dabei in jeder Debatte, die wir hier führen, daß Ihre Bundesregierung seinerzeit ja 20 **Konjunkturprogramme** verabschiedet hat mit dem Ergebnis, daß die **Arbeitslosenzahl** in der Bundesrepublik Deutschland seinerzeit auf fast zwei Millionen angestiegen sind.

(Dr. Klingner [SPD]: Wie finanzieren Sie das nun?)

Die Parallelität von Konjunkturprogrammen, von Beschäftigungsprogrammen, die Sie verabschiedet haben und die wir zum Teil mitgemacht haben, mitmachen mußten, und einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist überhaupt nicht gegeben. Im Gegenteil, trotz oder gerade wegen dieser Beschäftigungsprogramme haben wir diese hohe Arbeitslosenzahl bekommen.

(Neugebauer [SPD]: Das stimmt doch einfach nicht. Die war früher niedriger!)

Ich sehe, Herr Präsident, meine Redezeit ist um. Meinen finanzpolitischen Beitrag werde ich in einer zweiten Rede liefern.

(Zuruf von der SPD: Das war die Krönung der Phantasielosigkeit!)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Paulsen.

Paulsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ein bißchen auf den Punkt kommen.

(Sickmann [SPD]: Da sind Sie der erste CDU-Abgeordnete, der das heute machen will!)

– Ich komme auch noch zu Ihnen, Herr Sickmann, und ich vergleiche dabei das, was an großen Worten gerade von Ihrer Seite dazu gesagt wurde, mit dem, wie sich das vor Ort verhält.

Damit Sie das erkennen, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich ganz kurz einige Daten zum Kreis **Nordfriesland** sage, zu einem Randgebiet, das zu den maßgeblichen **strukturschwachen Gebieten** gehört. Wir haben im Kreis Nordfriesland 79 Einwohner je Quadratkilometer, im Land sind es 165, im Bund 250 Einwohner. Das heißt, daß in diesem Kreis allein von der Bevölkerung her eine geringere Kaufkraft vorhanden ist. Wir haben im Kreis eine Pro-Kopf-Verschuldung von 266 DM und liegen damit einsam an der Spitze in Schleswig-Holstein.

Dieser Kreis hat erhebliche Sonderlasten zu tragen. Ich brauche nur an die Insellage zu erinnern. Uns ist vom Landesrechnungshof bescheinigt worden, daß allein die Insellage einen Mehrbedarf von 40 Bediensteten erfordert. Hochgerechnet macht das für den Kreis Nordfriesland etwa 2,5 Millionen DM an zusätzlicher Belastung aus. Wenn ich das sogenannte Bruttoinlandsprodukt des Kreises Nordfriesland betrachte, stelle ich fest, daß 45 % aus der Landwirtschaft, 35 % aus dem Fremdenverkehr und 20 % aus dem Bauhauptgewerbe, aus Dienstleistungen und anderem kommen.

Jetzt möchte ich zu dem eigentlichen Punkt kommen. Es ist dem Hohen Hause bekannt, wie die **Einkommenssituation** in der Landwirtschaft aussieht, und ich will das hier nicht weiter ausführen, aber doch einmal eine Zahl nennen. Wir haben im Kreis Nordfriesland 160 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Wenn Sie davon ausgehen, daß in etwa ein Einkommensschwund von 250 DM pro Hektar besteht, kommen sie zu dem Ergebnis, daß das eine Minderinvestition im Kreise Nordfriesland in einer Größenordnung von zirka 40 Millionen DM ist – die fehlen, die können durch keine Politik des Landes ersetzt werden. Das müssen wir dabei bedenken.

Aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen in Nordfriesland haben wir im Rahmen der Möglichkeiten, die sowohl vom Kreis als auch vom Land gegeben werden können, erhebliche Schwierigkeiten die Arbeitslosigkeit zu beheben. Ich möchte einige absolute

(Paulsen)

Zahlen nennen. Husum hat eine **Arbeitslosenquote** von fast 24 %. In absoluten Zahlen: 4966 Arbeitslose. Der Arbeitsamtsbereich Tönning hat eine Arbeitslosenquote von etwas über 27 % – 1445 Arbeitslose. Insgesamt sind im Kreis Nordfriesland 10 000 Menschen arbeitslos. Wenn Sie wissen, daß in Nordfriesland etwa 32 000 Menschen sozialversicherungspflichtig sind, und diese Zahl in Relation zu 10 000 Arbeitslosen setzen, dann können Sie davon ausgehen, daß mehr als jeder Vierte im Kreis Nordfriesland arbeitslos ist.

Nun noch eine Zahl dazu. Wenn die bisherige Kapazität des **Bauhauptgewerbes** im Bereich der Innung Nordfriesland-Süd – das ist der frühere Bereich Husum/Eiderstedt – erhalten bleiben soll, braucht es dafür einen Umsatz von 20 Millionen DM im Monat!

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen aufgrund der Struktur des Kreises darzulegen versucht, wie es mit der Investitionsfähigkeit der Landwirtschaft aussieht, und ich habe die Zahl von 20 Millionen DM danebengestellt. Ich muß ich Ihnen aber auch sagen, daß kein Staat in der Lage ist, dieses Loch durch noch so gutgemeinte Maßnahmen auszufüllen.

Nun möchte ich noch zwei Punkte ansprechen, weil die gerade von Ihnen, Herr Dr. Klingner, sehr stark kritisiert worden sind. Das Land Schleswig-Holstein hat bisher schon wesentliche Schritte getan. Ich möchte das einmal für unseren Kreis schlaglichtartig anhand von drei Maßnahmen aufzeigen.

In den Jahren 1983 und 1984 sind in der **Fremdenverkehrsförderung** bei 17 Maßnahmen fast 20 Millionen DM – einschließlich Landesmittel – in den Kreis Nordfriesland geflossen. Im Rahmen des **Existenzgründungsprogramms** waren es 1983 und 1984 bei 75 Maßnahmen 9,8 Millionen DM. Bei der **Industrieförderung** vom Land waren es 1984 fünf Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von fast 15 Millionen DM.

(Liebrecht [SPD]: Und es entgingen 10 Millionen DM Grunderwerbsteuer!)

– Nein, Herr Liebrecht, informieren Sie sich bitte einmal auch bei Ihren Kollegen über die tatsächlichen Zahlen. Wenn man die absoluten Zahlen hochrechnet, kommt man auf 3,6 bis 3,7 Millionen DM, die fehlen. Wir können uns gern darüber unterhalten. Ich bin durchaus bereit, Ihnen die wirklichen Zahlen dafür zu geben.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich bin sofort fertig, Herr Präsident!

In diese Situation stößt das Auffüllen des **Programms** zur **Förderung der strukturschwachen Gebiete** in Schleswig-Holstein, um einen Impuls zu geben, den wir brauchen, um über diese Durststrecke, die wir gegenwärtig haben, hinwegzukommen. In diese Situation stößt – wie gesagt – diese Maßnahme der Landesregierung, und ich möchte mich für den Kreis Nordfriesland dafür sehr herzlich bedanken.

Noch eines bitte ich – weil es sehr wichtig ist, Herr Präsident! – anschließen zu dürfen. Der Kreis Nordfriesland ist bestrebt, sich selbst zu helfen.

(Glocke des Präsidenten)

Der Kreistag hat einstimmig beschlossen, die **Kreisumlage** um einen Prozentpunkt zu erhöhen, um mit diesen Mitteln Zwischenfinanzierungen vorzunehmen und ABM-Beschäftigung zu finanzieren. Drei Gemeinden in meinem Wahlkreis haben im Rahmen von ABM-Maßnahmen 28, 25 und 30 Menschen eingestellt, um ihnen zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sickmann.

Sickmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies war nun der vierte Redner der CDU, der zu den Vorwürfen der SPD und ihrer Frage, wie denn dieses **Programm** eigentlich aufgebaut ist und wie es finanziert und verwirklicht werden soll, keine Aussage gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Offenbar leiden einige Mitglieder des Hauses aufgrund von Vorkommnissen an der Westküste wohl unter einer sogenannten Wattenpsychose. Man könnte fast vermuten, daß letztlich diese Wattenpsychose für die Programmgestaltung ausschlaggebend gewesen ist. Konkretes haben wir bisher jedenfalls nicht gehört. Was wir hören, sind immer wieder Anwürfe gegen ominöse Gruppierungen an der Westküste. So sagten auch Sie, Herr Dr. Westphal, heute morgen wieder, daß es an der **Westküste** Widerstände gegen die Erdgasleitung gebe.

Ich stelle hier für die SPD-Fraktion folgendes fest – Herr Kollege Asmussen müßte das eigentlich ebenfalls noch wissen –: Es war die SPD-Kreistagsfraktion, die im Jahre 1977 anläßlich der Fortschreibung des Kreisentwicklungsplans den Bau und den zügigen Ausbau der Erdgasleitung gefordert hat. Es waren Sozialdemokraten, die damals in der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel darauf gedrungen haben, daß das Land die von Bonn zur Verfügung gestellten Gelder auch abfordert, um dieses Projekt letztlich im Auftrag der Schleswag dann auch zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in der Vergangenheit schon einmal von diesem Podium aus Andeutungen in der Richtung gemacht – das bezog sich auf einen anderen Bereich –, als werde an der Westküste ständig behauptet und permanent diskutiert, die Bayer AG beispielsweise verklappe Dünnsäure. Auch damals habe ich Sie aufgefordert, einmal Roß und Reiter, die Bezugsquellen zu nennen, wo das eigentlich vorkommt.

Auch heute fordere ich Sie dazu auf. Ich erinnere das Haus daran, daß Sie auch einmal über den Kollegen Gunnesson etwas behauptet haben, was Sie dann in schriftlicher Form wieder zurückgenommen haben. Es hat keinen Zweck, permanent Sozialdemokraten

(Sickmann)

oder die Bevölkerung an der Westküste zu diffamieren, den Beweis aber letztlich schuldig zu bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir begrüßen selbstverständlich vom Ansatz her das, was in dem Programm für die Westküste enthalten ist. Das müssen wir ja auch tun; es ist auch Bestandteil des wirtschaftspolitischen Teils unseres Wattenmeerkonzepts.

(Beifall bei der SPD)

Genau das ist es, was wir als SPD-Landtagsfraktion schon seit zwei oder drei Jahren für diese Region zusätzlich fordern. Genau dort liegt ja der Punkt: Was wir fordern, ist ein **zusätzliches Programm** für die **Westküste**, nicht aber ein Programm, bei dem letztlich die beiden Kreise Nordfriesland und Dithmarschen den Landesanteil über Kredite vorfinanzieren müssen. Wir haben vorhin ja schon darüber diskutiert, Herr Böge, ob Schulden gemacht werden sollten oder nicht. Die **Kreise** müssen **Kredite** aufnehmen, um den fehlenden Landesanteil, der für 1986 zugesagt wird, vorzufinanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Nur müssen die Kreise dann natürlich auch wissen, wie es ab 1986 und 1987 weitergehen soll.

Oder stellen Sie sich Strukturpolitik oder Beschäftigungspolitik beziehungsweise zusätzliche Programme so vor, daß man auf der einen Seite innerhalb des Landes damit anfängt, aus der einen Region Gelder abzuziehen - aus Ostholstein zum Beispiel, Herr Kollege Latendorf -, um sie an die Westküste zu bringen? So haben wir doch nicht gewettet! Das waren doch nicht unsere Vorschläge, als wir am 26. Februar hier von einem **beschäftigungspolitischen Pakt** gesprochen haben.

Dazu möchte ich bei dieser Gelegenheit dann auch noch etwas sagen. Wenn wir als Opposition hier Vorschläge für einen beschäftigungspolitischen Pakt machen - darüber herrscht dann wohl auch keine Meinungsverschiedenheit - und der Ministerpräsident sagt, er werde selbstverständlich zu gegebener Zeit darauf eingehen und in geeigneter Form mit den Sozialdemokraten hier im Hause reden, dann muß das doch auch so bleiben; dann darf es doch nicht so sein, daß er am 5. März mit einem Schnellschuß an die Öffentlichkeit tritt und genau das verkauft, was wir vorher vorgeschlagen haben, ohne mit uns darüber zu sprechen. So kann man einen beschäftigungspolitischen Pakt mit uns im Endeffekt nicht gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind das in diesem Hause gewohnt. Wir haben es im Jahre 1983 erlebt; am 6. Dezember des Jahres 1983 haben Sie den Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, mit der Dünnsäureverklappung Schluß zu machen. Am 9. Dezember stellt sich der Ministerpräsident dann in Bonn hin und sagt: Sofort Schluß mit der Dünnsäureverklappung! So etwas passiert hier also immer wieder.

Ich sage bei dieser Gelegenheit noch einmal für die Westküste: Wir erwarten zusätzliche Programme, um letztlich zu einer Strukturverbesserung dieser Region zu kommen, Herr Kollege Aniol! Bisher ist von einer Strukturverbesserung naeh einer verfehlten 35jährigen CDU-Landespolitik allein vom Ansatz her noch nichts zu sehen.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bemerkung, die an Sie gerichtet ist: Sie haben ja gesagt, die verfehlte Bonner Politik sei schuld daran, daß es in Schleswig-Holstein so schlecht aussehe. Ich empfehle Ihnen nur eine einzige Lektüre: Lesen Sie einmal die Analyse zum ersten Regionalplan IV aus dem Jahre 1970 daraufhin durch, was dort über die strukturschwache Region „Nordfriesland/Dithmarschen" steht. Dann erhalten Sie nämlich genau die richtige Antwort. Flüchten Sie nicht immer wieder in Halbwahrheiten und suchen Sie nicht immer den Schuldigen beim Bund. Sie haben hier letztlich die Regierungskompetenz, und Sie haben die Verantwortung dafür, daß in allen Teilen des Landes überall die gleiche Entwicklung stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Asmussen, Finanzminister:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Sickmann, Sie behaupteten genauso wie Herr Kollege Klingner, die Landesregierung realisiere mit den neuen Maßnahmen für strukturschwache Gebiete Forderungen und setze sie um, die Sie schon längst gestellt hätten. Dazu sage ich Ihnen: So, wie Sie das hier behaupten, trifft es überhaupt nicht zu. Ich erinnere daran, daß in der **Regierungserklärung** - ich darf daraus zitieren, Herr Präsident! - folgender Satz steht:

> „Die dauerhafte Wende auf dem Arbeitsmarkt aber läßt sich indes nur durch eine umfassende Strukturverbesserung erreichen. Hierin sieht die Landesregierung ihre eigentliche Aufgabe in den vor uns liegenden Jahren."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Sinne dieser Regierungserklärung hat die Landesregierung im Herbst des letzten Jahres das **Programm** für den Landesteil Schleswig und vergleichbare **strukturschwache** Räume verabschiedet.

(Gunnesson [SPD]: Darauf kommen wir noch!)

Was wir in den letzten Tagen an neuen Maßnahmen vorgelegt haben, ist die konsequente Verfolgung dieses Kurses;

(Beifall bei der CDU)

daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

(Minister Asmussen)

Wenn im übrigen davon die Rede war, daß dieses Programm nicht ordentlich finanziert sei, dann weise ich das entschieden zurück.

(Dr. Klingner [SPD]: Na, wie denn? – Frau Böhrk [SPD]: Sagen Sie doch dazu einmal etwas!)

– Ich gehe darauf noch ein; schließlich bin ich ja hier Finanzminister und werde auch Rede und Antwort stehen. Ich komme darauf, meine Damen und Herren – dafür bin ich ja als Finanzminister hier –, und werde Ihnen Rede und Antwort stehen. Ich weiß gar nicht, wie Sie zu dieser Behauptung von der unsoliden Finanzierung kommen.

Wir haben drei Programmteile. Das muß man sich systematisch vor Augen führen. Der erste Teil umfaßt Maßnahmen, die beschleunigt werden sollen.

(Lachen bei der SPD – Neugebauer [SPD]: Das ist doch das selbstverständlichste der Welt!)

– Da gibt es überhaupt nichts zu lachen, lieber Herr Neugebauer. Wenn eine Maßnahme beschleunigt wird, dann heißt das, daß im Jahre 1985 mehr Mittel in diese Maßnahme fließen. Das bedeutet gleichzeitig eine **Sicherung von Arbeitsplätzen**.

(Dr. Klingner [SPD]: Und wo kommt das Geld her?)

– Ich komme gleich zum Geld.

Punkt 2 heißt sachliche und regionale Umschichtung.

(Dr. Klingner [SPD]: Und wo wegnehmen?)

Ich werde zu diesen beiden Punkten Beispiele bringen, Herr Kollege Klingner. Ich spreche zunächst einmal von meinem Zuständigkeitsbereich, dem Hochbau.

Was die **Beschleunigung von Maßnahmen** im Hochbau angeht, so haben wir zwei Maßnahmen vorgeschlagen. Einmal die Erweiterung des Polizeidienstgebäudes in Heide und den Neubau eines Dienstgebäudes für das Wasserschutzpolizeirevier in Husum. Ich nenne das als Beispiele. Hier werden zusätzliche Mittel in einer Größenordnung von 1,5 Millionen DM eingesetzt.

(Dr. Klingner [SPD]: Entweder sind das Haushaltsmittel oder es sind keine!)

– Herr Kollege Dr. Klingner, Sie als stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses kennen natürlich die Deckungsfähigkeit im Bereich des Hochbaues. Das brauche ich hier nicht im einzelnen darzulegen.

(Neugebauer [SPD]: Aus welcher Region nehmen Sie die Mittel weg? Das muß man doch einmal fragen!)

Wir wickeln diese 1,5 Millionen DM nicht über einen Nachtragshaushalt ab, sondern wir fragen uns zunächst einmal: Woher bekommen wir diese Mittel?

(Frau Böhrk [SPD]: Das fragen wir auch!)

Antwort: Aus dem vom Landtag beschlossenen Haushalt. Aufgrund der Abrechnungen, die in der letzten Zeit erfolgt sind, haben wir festgestellt, daß in etwa dieser Größenordnung geringere Kosten anfallen.

(Liebrecht [SPD]: Wo ist die Umschichtung? – Frau Böhrk [SPD]: Das ist ja abenteuerlich!)

Das heißt also, die Mittel, die uns vom Landtag bewilligt worden sind, lassen wir nicht verfallen, sondern setzen sie zur Beschleunigung von zwei Hochbaumaßnahmen an der Westküste ein.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Es ist aber so, daß das ein völlig korrektes Vorgehen ist. In diesem Bereich bewegen wir uns im **Vollzug des Haushalts**, den der Landtag hier beschlossen hat.

(Neugebauer [SPD]: Wir müssen mal das Ministergehalt kürzen! Das ist ja unseriös!)

Ich habe von **sachlicher und regionaler Umschichtung** gesprochen. Ich will Ihnen für diese Umschichtungen auch ein Beispiel aus meinem eigenen Bereich nennen.

(Der Abgeordnete Börnsen [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich darf vielleicht noch dieses Beispiel bringen, um dann in einem weiteren Redebeitrag auf den dritten Komplex einzugehen. Das möchte ich hier noch zu Ende führen.

Wir haben im Landeshaushalt 1985 30,7 Millionen DM an Bauunterhaltungsmittel vorgesehen. Da gab es am Anfang des Jahres natürlich bestimmte Vorstellungen, was die Verteilung angeht. Wir haben gesagt: Wir helfen den strukturschwachen Räumen dadurch, daß wir einen bestimmten Beitrag in einer Größenordnung von 6 Millionen DM zusätzlich an die Westküste und in den Landesteil Schleswig fließen lassen.

(Dr. Klingner [SPD]: Das heißt, im Januar wollten Sie die Gebiete benachteiligen und jetzt nicht mehr, oder wie ist das?)

– Nein, Herr Dr. Klingner, das ist doch ein Entscheidungsprozeß, der sich auch aufgrund der Diskussion mit den Kreisen ergeben hat.

(Beifall des Abgeordneten Stich [CDU] – Dr. Klingner [SPD]: Schaum, Schaum, Schaum!)

Da wir beispielsweise im Jahre 1983 bei Bauunterhaltung nur etwa 10 Millionen DM vorgesehen hatten und der Haushaltsgesetzgeber inzwischen eine Steigerung auf 30,7 Millionen beschlossen hat, halten wir es für vertretbar, in die strukturschwachen Räume zusätzliche Mittel in diesem großen Rahmen für Strukturverbesserungen fließen zu lassen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Klingner [SPD]: Ein Windei! – Glocke des Präsidenten)

(Minister Asmussen)

– Herr Präsident, ich komme auf den dritten Bereich nachher noch zu sprechen.

Vizepräsident Hamer:

Wir sind gespannt, Herr Minister.

Sie haben das Wort, Herr Hollmann!

Hollmann [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Als Abgeordneter der Westküste begrüße ich die Hilfen unserer Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Gerade nach Dithmarschen fließt ja ein Viertel dieser 60 Millionen DM als Investitionsvolumen. Wir wissen – ich möchte hier nicht zuviel wiederholen –, daß bei uns die **Arbeitslosigkeit** besondes hoch ist.

Im **Arbeitsamtsbezirk Heide** 21,2 % im Februar dieses Jahres, ungefähr knapp 3 % höher als im Vorjahr, im Bereich Brunsbüttel 18,2 %, in Tönning 26,6 %. Herr Kollege Paulsen hat diese Zahl hier schon genannt. Hier geht es wirklich um Hilfe – ich glaube, der Herr Abgeordnete Stich hat das am Anfang gesagt –, damit diese Arbeitslosigkeit abgebaut wird.

Ich komme gleich zu einem anderen Thema. Frau Abgeordnete Lindenmeier ist jetzt nicht anwesend; aber es ist egal. Das ist hier auch schon angesprochen worden: Wir müssen Arbeitsplätze schaffen.

(Bravo! und Beifall bei der SPD)

Ich muß dem widersprechen, was Frau Lindenmeier als Agrarsprecherin in der letzten Zeit verkündet. Durch extensivere Nutzung der **Landwirtschaft** werden wir keine **Arbeitsplätze** schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Unser Wirtschaftsminister hat vorhin kurz nur das Stichwort genannt: Wachstum. Was wollen wir in unserem ländlichen Bereich? Wie wollen wir die großen Kapazitäten im Baugewerbe abbauen? Dies alles braucht bei uns eine längere Zeit als im südholsteinischen Raum. Dort findet der Bauarbeiter, der in den nächsten Jahren keine Arbeit im Baugewerbe bekommt, schnell einen anderen Arbeitsplatz. Bei uns geht es langsamer, bevor er einen anderen Platz bekommt.

Ich darf einen Blick zurückwerfen. Bis Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre, als die Landwirtschaft sehr viele ihrer Arbeitnehmer entlassen mußte, wurden sie gern aufgenommen. Sie bekamen einen guten Arbeitsplatz. Sie konnten arbeiten. Als dann in den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahre eine ganze Menge meiner Berufskollegen ihren Betrieb aufgaben und umschulten, bekamen sie einen Arbeitsplatz. Heute sieht dies doch alles sehr viel schwieriger aus und es bedarf sehr viel mehr an Überlegungen und an Zeit.

Diese Maßnahmen, die Ihnen auch schon in der Presse dargestellt worden sind – einzelne Maßnahmen brauche ich hier nicht besonders auszustellen –, sind gerade als arbeitsintensive Maßnahmen ausgewählt worden, um dem Hoch- und Tiefbau zu helfen. Bei uns kommen doch zusammen die schlechte Einkommenslage in der Landwirtschaft und die schlechte Auftragslage in der **Bauwirtschaft**. Das wirkt sich gerade an der Westküste und bei uns in Dithmarschen so schlimm aus.

Hier will ich eines sagen, immer gerichtet an Herrn Wiesen oder auch an die Frau Abgeordnete Lindenmeier: 1973/74, als die Bauwirtschaft auch einmal eine Zeit mit nicht so vielen Aufträgen hatte, da hatte sie in der Landwirtschaft einen Ausgleich gefunden. In diesen Jahren hat die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein über 1 Milliarde DM investiert. Sie war der größte Investor.

(Dr. Klingner [SPD]: Das war die sozial-liberale Zeit! – Beifall bei der SPD)

– Ja, ja, ich will Ihnen aber etwas anderes sagen, Herr Klingner. Wissen Sie, was der Grund war? Soll ich Ihnen das sagen? Das waren zwei Preisanhebungen auf EG-Ebene.

(Zuruf von der SPD: Und die wurden nicht von der CDU gemacht!)

– Langsam, langsam. Der Grund für diese Möglichkeit für die Landwirtschaft, zu investieren, waren gutes Einkommen, gute Ernten und gute Förderung. Dies alles traf zusammen.

Und was haben wir heute?

(Dr. Klingner [SPD]: Jetzt haben wir die CDU an der Regierung! Das ist der Punkt!)

– Herr Kollege Klingner, Sie müssen in der Landwirtschaft nicht nur von Jahr zu Jahr denken.

(Börnsen [SPD]: Richtig! – Dr. Klingner [SPD]: Leider ist die CDU noch zwei Jahre dran!)

Wir haben im Jahr nur eine Ernte. Sie müssen in der Landwirtschaft

(Glocke des Präsidenten)

in sehr viel längeren Zeiträumen denken.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich bin sofort fertig.

Gerade weil dies so ist, begrüße ich diese Hilfen unserer Landesregierung. Sie sind keine Hilfen im ganzen, sie sind Hilfen zur Selbsthilfe, und wir alle sind aufgerufen mitzuhelfen,

(Beifall des Abgeordneten Stegemann [CDU])

daß wir diese Probleme lösen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

(Dr. Klingner [SPD]: Jetzt kommt das nächste Windei! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Hinz [SPD])

Asmussen, Finanzminister:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte vorhin gesagt, daß wir in dem Programm drei Maßnahmengruppen vorgesehen haben: erstens beschleunigte Maßnahmen, zweitens sachliche und regionale Umschichtungen; die dritte Gruppe wird von Maßnahmen gebildet, die von den Kommunen vorfinanziert werden sollen. Das Kernproblem, Herr Dr. Klingner, das Sie sehen - ich sehe es nicht so -, ist die Frage, ob wir hier im Haushalt **Verpflichtungsermächtigungen** haben müßten, um diesen Programmteil abzuwickeln.

(Dr. Klingner [SPD]: Richtig! Jetzt kommen wir auf den Punkt!)

Dazu sage ich Ihnen ganz einfach: Wenn wir von Verpflichtungsermächtigungen sprechen, meinen wir Ermächtigungen, Verpflichtungen einzugehen.

(Dr. Klingner [SPD]: Richtig! - Liebrecht [SPD]: Richtig! Wieder eine Minute weg!)

Aber das Land geht - darüber gibt es gar keinen Zweifel -, keine Verpflichtungen im Sinne der Landeshaushaltsordnung ein. Aus diesem Grunde, Herr Dr. Klingner, werden auch keine Verpflichtungsermächtigungen benötigt.

(Dr. Klingner [SPD]: Also ist das Programm leer! Sie verpflichten sich nicht!)

- Nein, Herr Dr. Klingner, ich habe gesagt, rechtliche Verpflichtungen im Sinne der Landeshaushaltsordnung ist das Land nicht eingegangen. Darüber besteht auch zwischen uns und den Kommunen überhaupt kein Zweifel.

(Dr. Klingner [SPD]: Und was bieten Sie ihnen an?)

- Herr Dr. Klingner, jetzt warten Sie doch einmal ab. Ich kann ja gar nicht so schnell sprechen, wie Sie dazwischenreden

(Beifall bei der CDU - Latendorf [CDU]: Wir haben das bei Ihnen auch nicht getan!)

Meine Damen und Herren, natürlich haben wir den Kommunen gesagt, daß wir uns bemühen werden, das, was in dem dritten Programmteil an Maßnahmen vorgesehen ist, im Haushalt 1986 unterzubringen. Das heißt, daß die Landesregierung diese Maßnahmen in den Haushaltsentwurf 1986 einbringen wird.

Das bedeutet, wir sind

(Dr. Klingner [SPD]: Sie haben es doch gerade bestritten!)

- Herr Dr. Klingner! - keine rechtlichen **Verpflichtungen** im Sinne der Landeshaushaltsordnung eingegangen, sondern wir haben gewissermaßen einen **Vertrauenstatbestand** geschaffen.

(Marschner [SPD]: Aha!)

Das ist nach meiner Auffassung etwas ganz anderes als das, was Sie uns vorwerfen.

(Dr. Klingner [SPD]: Das ist doch Bananenrepublik!)

- Nein, das ist keine Bananenrepublik, das ist eine ganz klare Sache. Ich sage Ihnen, wir haben uns nicht verpflichtet; deshalb brauchen wir auch keine Verpflichtungsermächtigungen.

(Dr. Klingner [SPD]: Sie haben den Menschen an der Westküste nicht gesagt, daß Sie keine Verpflichtungen eingehen!)

- Herr Dr. Klingner, ich habe ja gesagt, daß wir einen Vertrauenstatbestand geschaffen haben und daß uns dieser Vertrauenstatbestand natürlich bindet, die Maßnahmen in den Haushaltsentwurf 1986 einzubringen, die wir mit den Kommunen besprochen haben. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

(Dr. Klingner [SPD]: Sie brauchen eine Verpflichtungsermächtigung, um Vertrauenstatbestände schaffen zu können!)

- Nein, das brauchen wir nicht, das habe ich vorhin dargelegt.

Im übrigen darf ich dem, was ich vorhin bei einem anderen Beitrag ausführte, folgendes hinzufügen: Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten eine zu schwache Strukturpolitik betrieben. Ich habe vorhin beispielhalft dargelegt, welche Maßnahmen wir im Bereich des Hochbaus 1985 zusätzlich durchführen wollen. Wir haben uns in der letzten Haushaltsdebatte im übrigen über das enorme Bauvolumen des Staates in Schleswig-Holstein unterhalten; das sind etwa 670 Millionen DM pro Jahr. Im Rahmen des Konzepts der **Verstetigung der Baunachfrage** werden diese Mittel verausgabt.

Für die Beurteilung dessen, was für den strukturschwachen Raum in Schleswig-Holstein gemacht wird, ist es interessant, zu erfahren, daß die großen Baumaßnahmen des Bundes und des Landes in den Jahren 1983 bis 1985 - soweit sie bereits ausgeführt sind, sich in der Ausführung befinden oder vorgesehen sind - etwa 671 Millionen DM ausmachen. Meine Damen und Herren, das ist nach meiner Auffassung eine enorme Leistung des Bundes und des Landes für den **Landesteil Schleswig** und für den **Westküstenraum**.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig zeigt diese Anstrengung angesichts der Arbeitslosenzahlen natürlich auch, daß man mit staatlichen Mitteln nicht alles machen kann. Auch die Tarifpartner und andere tragen eine erhebliche Verantwortung für die künftige Wirtschaftsentwicklung.

Im übrigen, Herr Kollege Sickmann - um darauf

(Minister Asmussen)

noch einmal zurückzukommen; Sie sprachen Infrastrukturmaßnahmen im Westküstenraum an –: Ich erinnere daran, daß im **Wirtschaftsraum Brunsbüttel** öffentlicher **Infrastrukturaufwand** in einer Größenordnung von 570 Millionen DM betrieben worden ist. Der Ostermoorer Hafen ist für 67 Millionen DM gebaut worden, der Elbehafen Brunsbüttel ist in letzter Zeit mit 4,5 Millionen DM ausgebaut worden,

(Glocke des Präsidenten)

für den Friedrichskooger Hafen sind 15 Millionen DM aufgewendet worden,

(Zuruf des Abgeordneten Sickmann [SPD])

für den Hafen Büsum 100 Millionen DM, für den Hafen Husum 24 Millionen DM, für Dagebüll 8,6 Millionen DM.

(Sickmann [SPD]: Und der Bund?)

– Herr Kollege Sickmann, ich habe nicht behauptet, daß diese voll aus dem Landeshaushalt geflossen seien.

(Sickmann [SPD]): Dann erzählen Sie dies auch so an der Westküste!)

– Das stimmt überhaupt nicht, lieber Herr Sickmann. Sie haben noch nicht erlebt, daß ich vor Ort einmal nicht gesagt hätte, wie sich die Finanzierung zusammensetzt. Daran gibt es keinen Zweifel. Es ist letztlich auch völlig egal, aus welchem Topf das Geld kommt. Es sind aber auf jeden Fall erhebliche Landesmittel dabei eingesetzt worden, und Sie können nicht so tun, als seien nicht Hunderte von Millionen DM in die strukturschwachen Räume, dabei insbesondere in den Raum der Westküste, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen geflossen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gunnesson.

Gunnesson [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich die langatmigen Worte des Finanzministers hier genauer bewerte und wenn er dann auch noch das Wort der Kreativität in den Mund nimmt, dann fällt mir eigentlich überhaupt nichts mehr ein.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn man dann die Hilflosigkeit seiner Beamten im Finanzausschuß erlebt hat,

(Heiterkeit des Abgeordneten Neugebauer [SPD])

dann weiß man auch, was eigentlich hinter diesem **Programm** steht:

(Beifall bei der SPD)

Heiße Luft und nichts weiter, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Die sogenannten zusätzlichen Hilfen, die jetzt Nordfriesland, Dithmarschen, Schleswig/Flensburg und auch der Stadt Flensburg zur Verfügung gestellt werden, verkaufen sich ja gut: hier eine Million, dort eine Million und dort noch einmal zwei Millionen DM. Aber woher nehmen Sie das eigentlich? Sechs Redner waren hier vorn, und keiner von ihnen hat überhaupt einmal sagen können, woher sie diese Gelder nehmen.

(Beifall bei der SPD – Rösler [CDU]: Sie haben nicht aufgepaßt!)

Allenfalls haben sie darum herumgewischt.

Wenn man die Ausführungen des Wirtschaftsministers hier erlebt, dann fällt einem wirklich auch nichts mehr ein. Er hat von allem und jedem geredet, nur nicht von diesem neuen sogenannten zusätzlichen Programm.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Programm wird vorgelegt, nachdem Ministerpräsident Barschel selbst vor einem Jahr einen sogenannten Maßnahmenkatalog zur gezielten **Förderung strukturschwacher Räume** in Schleswig-Holstein vorgelegt hat. Wo sind denn überhaupt die Wirkungen dieses Katalogs, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Wir als Fraktion haben dieser Landesregierung seit Monaten vorgeworfen, daß sie – und das ist berechtigt; hier ist der Nachweis geführt worden – mit diesem Programm nur Effekthascherei treibt,

(Beifall bei der SPD)

und keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellt. Oder wollen Sie etwa behaupten, daß die zusätzlichen Sonderzuweisungsmittel für Süderbrarup in Höhe von 180 000 DM strukturbildenden Effekt für den Landesteil Schleswig haben? Das ist doch alles heiße Luft – genauso wie die Investitionsmaßnahmen, die Sie seinerzeit aufaddiert haben. Nichts anderes haben Sie gemacht; Sie haben zusammengerechnet. Alle diese Investitionen waren längst in den Investitionsplänen der Landesregierung in den Jahren 1979, 1980, 1981 enthalten. Alles heiße Luft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die Art, wie in diesem Lande durch den Ministerpräsidenten Barschel selbst Wirtschaftsförderungspolitik, Strukturpolitik für wirtschaftsschwache Räume, betrieben wird, grenzt an Scharlatanerie. Scharlatanerie heißt nämlich nach Duden: Das ist ein Schwät-

(Gunnesson)

zer, das ist ein Marktschreier, ein Quacksalber und ein Kurpfuscher.

(Beifall bei der SPD – Stich [CDU]: Das war ein sehr sachlicher Beitrag! – Aniol [CDU]: Das war sehr argumentativ! – Latendorf [CDU]: Soviel heiße Luft, wie der beiträgt, gibt es gar nicht! – Stich [CDU]: Ja, das war schlimm!)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Claussen, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man das eben gehört hat, kann man eigentlich nur glauben, daß der Herr Gunnesson seine Ohren nur zum Waschen hat, aber nicht zum Zuhören.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde das schon ein ziemlich starkes Stück, was Sie hier geleistet haben.

(Zuruf von der CDU: Denen fällt doch nichts mehr ein!)

Sie müssen sich wirklich einmal die Mühe machen, meine Damen und Herren von der Opposition, ein bißchen das anzusehen, was im Lande passiert. Wir haben ja, um nun konkret ein paar Fragen zu beantworten, in unserem Maßnahmenkatalog zur gezielten **Förderung strukturschwacher Räume** in Schleswig-Holstein bestimmte Maßnahmen vorgeschlagen. Ich sage das, weil Herr Gunnesson darauf abhob. Das muß man sagen, weil er sagte, es sei nichts passiert.

(Dr. Klingner [SPD]: Nichts Zusätzliches!)

Da muß man sich dies einmal ansehen, und ich will das gerade aus meinem Bereich, weil ich das in fünf Minuten nicht umfassend sagen kann, einmal sagen.

Ich will dies an drei Beispielen tun.

1. Wir haben entsprechend unserem Programm aus dem **kommunalen Bedarfsfonds** in verstärktem Maße im Jahre 1984 in diesen strukturschwachen Räumen investiert, das heißt aus dem Fonds sind insgesamt von 16 Millionen DM 10,2 Millionen DM, das sind 62 %, in strukturschwache Gebiete geflossen.

(Dr. Klingner [SPD]: Sprechen Sie jetzt über Bedarf oder über Sonderbedarf?)

– Über Bedarfsfonds.

2. Aus dem **kommunalen Investitionsfonds**, Gesamthöhe 90,8 Millionen DM nach den Zahlen von 1984, sind 23,3 Millionen DM in strukturschwache Gebiete geflossen.

(Dr. Klingner [SPD]: Aber warum brauchen Sie ein neues Programm? – Stich [CDU]: Lassen Sie doch einmal den Redner ausreden!)

– Lesen Sie doch einmal, Herr Klingner, und schreien Sie nicht immer, sondern lesen Sie einmal in diesem alten Programm nach, daß wir sagen, wir fördern die strukturschwachen Gebiete mehr als üblich. Wir geben also mehr Zuschüsse, wir fördern in höherem Umfang. Dies haben wir gemacht.

(Dr. Hinz [SPD]: Sie haben doch gekürzt.)

Dies haben wir in hohem Umfang gemacht. Das haben wir 1984 gemacht und das machen wir in 1985. Beim kommunalen Investitionsfonds – ich sagte es eben – haben wir in diesem Jahr dasselbe vor. Herr Vorsitzender Latendorf, Sie werden ja in wenigen Tagen über dieses von uns vorgeschlagene Programm befinden können. Dann werden Sie wieder sehen, daß das gesamte Antragsvolumen aus den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen befriedigt wird, wenn so beschlossen wird, wie wir vorschlagen. Ich glaube, dies zeigt, daß das, was wir voriges Jahr im Maßnahmenprogramm beschlossen haben, eingehalten und verwirklicht wird.

Wenn Sie jetzt auf das neue Programm abheben, Herr Klingner – –

(Dr. Klingner [SPD]: Wenn das alles so richtig wäre, warum neues Programm?)

– Das ist richtig, ich spreche jetzt zu dem neuen Programm. Dabei wollen wir verstärkt – wie Herr Asmussen es sagte – auf dieser Linie fortfahren, um noch mehr zu machen. Wir haben uns zum Beispiel vorgenommen, alles was überhaupt noch im I-Fonds zusammenzukratzen ist, zusammenzukratzen, um es zusätzlich für diese Gebiete zur Verfügung stellen zu können. Wir haben das mit Resten gemacht und auch unsere Fondsverwaltung in der Landesbank befragt. Das sind 5 Millionen DM, die wir in 1985 zusätzlich für strukturschwache Gebiete zur Verfügung stellen wollen.

(Liebrecht [SPD]: Das sind doch kommunale Mittel! Sie haben doch schon wieder die Hände in fremden Taschen, das sind doch fremde Mittel!)

– Das ist großer Unsinn, Herr Kollege Liebrecht, den Sie da reden. Es gibt zusätzlich 5 Millionen DM aus dem I-Fonds für dieses Gebiet.

Wir haben – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sind bereit, 5 Millionen DM zusätzlich aus dem I-Fonds für diese strukturschwachen Gebiete zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Klingner [SPD]: So lautet aber nicht die Vorlage für Freitag! Sie lautet fürs ganze Land auf 5 Millionen DM zusätzlich.)

– Sie hören wirklich nicht zu; das tut mir leid. Ich habe gesagt, wir haben eine Vorlage für Freitag gemacht. Aus dieser Vorlage ergibt sich, daß alle Anträge aus den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen berücksichtigt werden. Weiteres – das habe ich aber gesagt – steht nicht in der Vorlage. Wir haben aber noch einmal geprüft, überprüft und zusammengekratzt, was in allen Ecken dieses Fonds noch drinnen ist. Wir haben gesagt, das sind 5 Millionen

(Minister Claussen)

DM, und diese werden wir zusätzlich zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Das hat mit dieser Vorlage nichts zu tun.

Aber Ihr Einwurf ist ja geradezu typisch, meine Damen und Herren von der Opposition. Sie hören nicht zu.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie nämlich auch bei den Ausführungen des Finanzministers erkannt, daß die vorgezogenen Maßnahmen, soweit mein Bereich betroffen ist - die Polizeigebäude in Heide und in Husum - aus dem Gesamttopf bezahlt werden. Herr Asmussen hat da eine gewisse Priorität gesetzt, und es ist doch klar, daß wir bei Baumaßnahmen von - ich weiß nicht genau - rund 600 Millionen DM ein bißchen umschichten können. Das ist doch überhaupt kein haushaltsrechtliches Problem, sondern wir bewegen uns dort im Rahmen der uns im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie jetzt dieses Sonderprogramm im „pdl" lesen, dann sehen Sie auch, daß wir uns vorgenommen haben, im Rahmen unseres vierjährigen **Wohnungsbauprogrammes** in diesem Jahr zwei Maßnahmen im Kreise Nordfriesland zu fördern. In diesem Jahr! Das können wir doch im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel tun. Wir wollen im Rahmen des sozialen Bürgerprogramms zweimal zehn Altenwohnungen, an Sozialstationen angekoppelt, im Kreis Nordfriesland fördern.

(Beifall bei der CDU)

Das hat mit Haushalt überhaupt nichts zu tun, sondern das hat mit den uns vom Landtag zur Verfügung gestellten Mitteln zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Da gibt es dann zweimal 1,2 Millionen DM, das heißt 2,4 Millionen DM, zusätzliche Investitionsmöglichkeiten in diesem Jahr. So baut sich das ganze Programm auf.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich nur die Ruhe und Gelassenheit nähmen, von Ihren Aufgeregtheiten wegzukommen und das mal wirklich ordentlich und sachlich durchzusehen, dann würden Sie sagen, dieses Programm ist hervorragend, und wir sollten froh sein, daß wir ein solches Programm gemacht haben.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Glocke des Präsidenten - Engholm [SPD]: Ist ja unglaublich!)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eben gehört, wie die Opposition argumentiert: Schwätzer, Kurpfuscher und ähnliche Worte sind gegenüber dem Ministerpräsidenten gefallen. Wer so argumentiert, verurteilt sich selbst.

(Beifall bei der CDU)

Den Herrn Oppositionsführer, die Oppositionsfraktion, die fleißig Beifall dazu geklatscht hat, muß man vielleicht einmal fragen, ob das der neue Stil ist, den Sie uns so oft vorgestellt haben, Herr Kollege Engholm.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen darf ich Sie an Ihre eigene Fragestellung erinnern. Sie haben zur Aktuellen Stunde gefragt, „Hilfen für strukturschwache Regionen", und darauf wird so umfangreich geantwortet, wie das notwendig ist. Natürlich gehört dazu auch der Maßnahmenkatalog, der jetzt verwirklicht wird. Aber er ist ja nicht die Strukturpolitik, die Sie hier ansprechen wollten, aber nicht angesprochen haben. Deswegen ist es richtig, wenn Herr Kollege Asmussen, die Kollegen aus der Fraktion und ich auf die allgemeinen Gesichtspunkte der **Westküste** und des **Landesteils Schleswig** hingewiesen haben. Deswegen ist es notwendig und richtig, zu zeigen, daß diese Maßnahmen Teil einer längerfristig angelegten Strukturpolitik sind und sein müssen.

(Beifall bei der CDU)

Hier gibt es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen uns. Sie wollen immer kurze, beschäftigungswirksame Konjunkturprogramme. Das ist, was Sie lieben. Wir halten das für falsch.

(Frau Böhrk [SPD]: So ein Quatsch!)

Wir meinen, daß wir an der Westküste, insbesondere im Landesteil Schleswig, angesichts der nun einmal gegebenen geographischen Verhältnisse weiter daran arbeiten müssen, die Struktur zu verbessern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dazu einmal eines sagen - der Herr Kollege Ausmussen hat es schon einmal angesprochen -: Dies ist in allen Bereichen nicht nur eine Verantwortung der Politik, sondern dies ist auch eine Verantwortung - was die Arbeitslosigkeit angeht - beider Tarifpartner. Ich wiederhole, damit ich nicht falsch verstanden werde: Es ist eine Verantwortung beider Tarifpartner. Die Höhe der Löhne und Gehälter entscheidet auch mit über die Frage, ob mehr oder weniger Beschäftigung da ist. Ich frage mich manchmal, warum eigentlich bei uns zulande **regionale Tarifabschlüsse**, die auf besondere Schwierigkeiten bestimmter Regionen Rücksicht nehmen, nicht möglich sind. Dies wäre eine Hilfe für die Menschen, die Arbeit suchen, angesichts der vorgegebenen Kosten der Betriebe aber keine Arbeit finden können.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Westphal)

Meine Damen und Herren, wenn wir über **Infrastruktur** sprechen, so lassen Sie mich einmal die großen Leistungen gerade für diese Räume im Bereich des MELF auf dem Gebiet der Verbesserung der Agrarstruktur hervorheben. Lassen Sie mich hier noch einmal erwähnen - obwohl es hier schon wieder kritisiert wurde - die Ausbaumaßnahmen für die Häfen. Ich sage es hier einmal ganz deutlich - damit keine Mißverständnisse auftauchen -: den Ostermoorer Hafen haben wir allein ausgebaut, den Elbehafen haben wir allein ausgebaut, Dagebüll haben wir allein ausgebaut. Friedrichskoog finanzieren wir - wie auch Büsum - zum großen Teil. Ich lasse es mir nicht bieten, daß Sie, meine Damen und Herren, hier versuchen, die Leistungen der Steuerzahler dieses Landes auf diese Art und Weise herabzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben überdurchschnittlich viel - das war richtig und wir werden das fortsetzen müssen - für diese strukturschwachen Gebiete aufwenden müssen. Damit Sie hier erst gar keine Irrtümer produzieren können, sage ich: Natürlich geht jede Mark, die wir mehr in **strukturschwache Gebiete** geben, zu Lasten der **strukturstärkeren Gebiete**. Das ist so auch in Ordnung. Das sage ich auch in meinem Kreis in Pinneberg, und das sagt Herr Claussen in Stormarn. Das ist nämlich eine richtig angesetzte Infrastrukturpolitik. Herr Kollege Meyer, ich habe wohl gehört, was Sie gesagt haben. Ich unterstreiche, daß das mit zu dem Mut der Politik gehört. Sie von der SPD machen das ja ganz anders. Ich kenne das. Sie sagen, an der Westküste sei es nicht genug, und wenn Sie in Pinneberg sind, sagen Sie, die Mittel für Pinneberg seien für die Westküste entzogen worden. Auch so kann man natürlich Politik machen.

So macht diese Landesregierung das nicht. Wir sagen vielmehr ganz deutlich: Zusätzliche Maßnahmen für die Verbesserung der strukturschwachen Räume sind gleichzeitig Opfer der stärkeren Räume. Diese Politik werden wir fortsetzen müssen, wenn wir das große Ziel erreichen wollen, wenn nicht gleiche, so möglichst gleichartige Lebensverhältnisse im ganzen Lande herzustellen.

Ich kann vor Ablauf meiner Redezeit aufhören, weil Herr Kollege Klingner jetzt offenbar ruhig geworden ist, was mich sehr beruhigt.

(Beifall bei der CDU)

Wahrscheinlich hat er eingesehen, daß seine Taktik inzwischen durchschaut ist, die Redner durch sehr viel Lärm aus dem Konzept zu bringen. Ich kann den Fraktionen nur raten, ihn einfach schreien zu lassen und weiterzureden, als sei nichts gewesen. Damit tun wir ihm und uns allen nach meiner Überzeugung den größten Gefallen, lieber Herr Kollege Klingner.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heiser.

Frau Heiser [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich muß davon ausgehen, daß den Kommunalpolitikern, mindestens denjenigen in den **strukturschwachen Räumen**, die Diskussion heute morgen einfach unbegreiflich sein wird. Herr Gunnesson, Sie haben hier von heißer Luft gesprochen. Gott sei Dank haben nicht Sie die heiße Luft erfunden. Heiße Luft - wenn wir bei diesem Begriff bleiben wollen - hat das Kabinett beschlossen,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

und diese heiße Luft hat dann die Stadt Flensburg in den Aufwind gebracht, wie Sie es den Aussagen der IHK entnehmen können.

Sie können zum Beispiel an Zahlen aus dem **Baugewerbe** ablesen, daß durch verstärkte Förderung der Landesregierung der baugewerbliche Umsatz in der **Stadt Flensburg** um über 12 % angestiegen war, die Auftragseingänge in der Stadt Flensburg über 15 % angestiegen waren und auch die Auftragsbestände im Jahre 1984 weit über den Beständen des Vorjahres lagen, nämlich um über 39 %. Die Steigerung gerade in diesem Gewerbe ist mit Sicherheit nur durch vorgezogene Maßnahmen, unterstützt durch die Landesregierung, zu erzielen gewesen.

Ich habe heute bisher Ihre Kritik an einzelnen Maßnahmen vermißt. Sie haben sich in Allgemeinplätzen erschöpft. Sie müßten hier stehen und sagen: In Flensburg soll die Sanierung der Förde nicht stattfinden, in Flensburg soll der dritte Bauabschnitt der Fachhochschule nicht stattfinden, in Flensburg soll der Anbau der PH nicht stattfinden und so weiter.

(Kribben [CDU]: Sehr richtig)

So sollten Sie hier die Maßnahmen nacheinander kommentieren.

(Dr. Hinz [SPD]: Von welchem Programm reden Sie?)

- Wir haben alle dieselben Grundlagen für unsere heutige Diskussion. Wenn Sie die Unterlagen, die Ihnen zur Verfügung stehen, nicht entsprechend behandeln, kann ich Ihnen von dieser Stelle aus auch nicht helfen, Herr Hinz.

(Beifall bei der CDU - Dr. Klingner [SPD]: Sie haben aber das Programm vom letzten Jahr in der Hand und nicht das neue!)

- Ja, und nun komme ich zu den Maßnahmen, die gerade beschlossen worden ist. Das **Programm** weist auch für **Flensburg** Maßnahmen aus, die sich auf über 2 Millionen DM belaufen. 1 Million DM davon wird in den staatlichen Hochbau gehen, eine halbe zusätzliche Million DM wird für Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen verwandt werden, und eine halbe Million DM für Flensburg wird in den Radwegebau gehen. Das sind Maßnahmen, die sofort greifen werden, bei denen die Planungen in Flensburg auch stehen. Das ist das Wichtige an diesen Maßnahmen.

(Frau Heiser)

Sie wissen aus diesem Programm auch, daß von der Landesregierung etwas ganz Wichtiges in bezug auf Technologieförderung gefördert werden wird, nämlich ein **Technologie- und Gewerbezentrum in Flensburg**. Diese Maßnahme ist vor langer Zeit beschlossen worden und wird in Flensburg diskutiert. Sie wird bis zu 85 % gefördert werden können. Wir müssen dann aber den Vorwurf an die Kommunalpolitiker in Flensburg richten, wenn bis heute gerade in diesem wichtigen Bereich noch nichts geschehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte Sie, in Ihrer Diskussion mehr Rücksicht auf die Probleme am Ort zu nehmen statt hier ein Scheingefecht auszutragen, das Sie zu Hause auch mit Ihren Kollegen in der Kommunalpolitik nicht werden weiterführen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Engholm.

Engholm [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten zwei Jahren eine Reihe von Aktuellen Stunden erlebt, aber ein solches Trauerspiel in der Darstellung des neuen angekündigten **Programms der Landesregierung** wie durch die Landesregierung hier habe ich noch nie erlebt.

(Beifall bei der SPD)

Dafür gibt es nur zwei Erklärungen: Entweder hat der Ministerpräsident nicht gewußt, was er tat, als er 60 Millionen DM für 1000 Arbeitsplätze ankündigte, oder - umgekehrt - die Landesregierung mit sämtlichen Fachressorts hat den Ministerpräsidenten in dieser Debatte sträflich im Stich gelassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage, daß dieses neue Hilfsprogramm mit einem Volumen von immerhin 60 Millionen DM kein Programm ist, das geschaffen wurde, um neue Arbeit zu schaffen; es hat von vornherein allenfalls den Sinn gehabt, ein Beschäftigungsprogramm für Journalisten und für Öffentlichkeitsarbeit zu sein und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Das bißchen an dünner ökonomischer Soße, das heute morgen durch den Finanzminister darübergegossen worden ist, macht deutlich, daß jede Mark, die in einem strukturschwachen Bereich zusätzlich zur Verfügung gestellt wird - das muß man auch deutlich sagen, Karl-Otto Meyer -, eine Mark ist, die anderswo in diesem oder im nächsten Jahr fehlen wird - ökonomisch gesehen ein absolutes Nullsummenspiel. Das bringt keine Bewegung für die Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Daß dann noch bei so waghalsigen Vorhaben die Kommunen für eine Mitfinanzierung in die Pflicht genommen werden, macht deutlich, daß hier auch beschäftigungspolitisch und wirtschaftspolitisch nicht seriös gehandelt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Fast alle Bundesländer haben eine Entwicklungsperspektive für ihr Land, für ihre Wirtschaft, haben große Entwicklungsphilosophien entwickelt. Baden-Württemberg beispielsweise ist ein Land, das in unseren Tagen alles technologisch Hochwertige in die Landesgrenzen hineinsaugt.

Andere Länder bemühen sich, Wissenschaftszentren zu werden, andere bemühen sich, große Film- und Medienzentren zu werden, andere haben Finanzmetropolen. Ich frage: Wo ist in einer Welt, in der der Verteilungskampf unter den Ländern immer größer wird, die **Entwicklungsperspektive** der Landesregierung für unser Land Schleswig-Holstein?

(Beifall bei der SPD)

Wir haben davon heute morgen nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, die Sozialdemokraten haben auch in den letzten Monaten genug Angebote gemacht, über das zu reden, was gemeinsam und über die Grenzen hinweg zu diskutieren lohnt. Wir haben gesagt: Es gibt noch viel mehr auf dem Sektor der Förderung der internen Entwicklungspotentiale des Mittelstandes zu tun, als bisher getan worden ist. Wir haben gesagt: Es gibt viel mehr zu leisten auf dem Sektor Wissenschaftstransfer von Hochschulen zur Wirtschaft und Entwicklung der Region. Es gibt viel mehr zu leisten. Es läge eine große Perspektive für unser Land darin, alles, was mit natürlichen Verfahren zur Wiederherstellung von Umwelt wie auch technologischem Einsatz bei der Renaturierung zusammenhängt, im Lande Schleswig-Holstein stattfinden zu lassen, damit alle, die auf diesem Gebiet Ideen haben, sagen können: Meine Heimat, etwas zu entwickeln, ist in Schleswig-Holstein und nicht irgendwo sonst.

(Beifall bei der SPD)

Hier sind Möglichkeiten.

Nur sage ich: Wenn man die wenigen Mittel, die man hat, so unseriös plant und verhandelt und einsetzt, wie das heute morgen wieder deutlich geworden ist, kann eine Entwicklungslinie für Schleswig-Holstein, die sich mit dem vergleichen kann, was sich andere Länder an Land gezogen haben, nicht geschaffen werden.

Ich wiederhole deshalb, was mehrere meiner Kolleginnen und Kollegen schon gesagt haben, nämlich unser Angebot zu einem **beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Pakt** in Schleswig-Holstein. Dies muß über die Parteigrenzen hinaus mit Hilfe der Wirtschaft und der Gewerkschaften gemacht werden. Ohne besonderes Zutun und nur mit Windeiern

(Engholm)

wie heute morgen wird dieses Land aus seiner Situation nicht herauskommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Oppositionsführer bezeichnet die Aktuelle Stunde als ein Trauerspiel. Meine Erfahrung ist, daß die Aktuelle Stunde im ganzen so gut ist, wie die Fragenden vorbereitet sind, Herr Kollege Engholm.

(Beifall bei der CDU)

Insofern kann ich Ihnen vollkommen recht geben. Es ist Ihnen nämlich nicht einmal gelungen, die richtigen Fragen zu stellen. Sie wollten offenbar nach den neuen Maßnahmen fragen, zu denen Sie selbst übrigens kaum ein Wort gesagt haben. Sie haben aber nach der Strukturpolitik des Landes gefragt und zum Schluß auch versucht, einige Hinweise zu geben.

Dabei haben Sie eine interessante Bemerkung gemacht. Sie haben gesagt - ich wiederhole es einmal in meinen Worten -: Wenn man eine Mark mehr in die strukturschwachen Gebiete gibt, kann man sie woanders weniger hingeben. Das hatte auch ich bereits gesagt. Das war keine Erfindung von Ihnen. Sie finden es im Protokoll. Dann haben Sie gesagt, daß sei ökonomisch ein Nullsummenspiel.

(Harms (Heede)[SPD]: Wenn es im nächsten Jahr wieder weggenommen wird!)

Das wäre ja ein Todesurteil über jede Politik, die strukturell Schwerpunkte setzt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das nicht wollen, Herr Kollege Engholm, dann war das eine sehr interessante Aussage.

(Engholm [SPD]: Sie machen die Politik!)

Dann heißt das aber auch, daß wir grundlegende Unterschiede in der Auffassung von der Aufgabe des Landes für eine planmäßige **Strukturpolitik** haben. Wir wollen uns das nicht aus der Hand nehmen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Sie beklagen die **Mitfinanzierung** durch die **Kommunen**. Herr Kollege Engholm, die Wahrheit ist, daß die Kommunen, weil sie an diesen Maßnahmen interessiert sind, sogar die Vorfinanzierung angeboten haben. Nun frage ich mich, welche Grundlage Ihre Klage über das schlimme Schicksal der Kommunen eigentlich hat. Ich meine, auch dies - Herr Kollege Asmussen hat es bereits angedeutet - müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen und können nicht versuchen, es aus der Welt zu bringen.

Herr Kollege Engholm, jetzt machen Sie Ihre bekannten Vorschläge - meist heißt es „Arbeit und Umwelt" - Lafontainescher Prägung - wenn ich es einmal so sagen darf. Lassen Sie mich dazu folgendes sagen. Es gibt dazu eine sehr interessante Umfrage - ich stelle sie Ihnen gern zur Verfügung - des Emnid-Institutes bei 300 entscheidenden Meinungsbildnern für Wirtschaftsansiedlungen in der Bundesrepublik Deutschland. Da wird geprüft, wie zum einen die äußeren Rahmenbedingungen sind und wie es zum zweiten mit der **Wirtschaftspolitik** des jeweiligen Bundeslandes bestellt ist. Bei den äußeren Rahmenbedingungen liegen die Länder im Süden der Bundesrepublik ganz vorn, dann kommen Hamburg und Bremen und Nordrhein-Westfalen, wir liegen im hinteren Mittelfeld. Bei der Bewertung der Wirtschaftspolitik und der Gesamtbewertung für günstige Ansiedlungsbedingungen liegt Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg und Bayern, die die erste Gruppe einnehmen, auf dem zweiten Platz.

(Beifall bei der CDU)

Auch dies kann sich diese Landesregierung nach meiner Meinung durchaus mit auf ihre Fahne schreiben.

Herr Kollege Engholm, nun überlegen Sie einmal ganz ernsthaft, wo wir wohl stehen würden - mehr will ich aus Höflichkeit jetzt nicht sagen -, wenn Sie sehen, daß Hessen in dieser Liste auf dem letzten Platz steht und das Saarland, das künftig wahrscheinlich weiter hinten stehen wird, schon jetzt im Mittelfeld zu finden ist. Sie haben ja die Vorstellung, man müsse Kapitalisten möglichst abschaffen. Sie übersehen dabei, daß mit jedem Kapitalisten leider gleichzeitig auch sehr viele Arbeitsplätze wegfallen. Diesen Zusammenhang können Sie nicht erkennen.

Ich möchte hier ganz deutlich machen: Sie brauchen uns über den **Beschäftigungspakt** nicht so sehr viel zu sagen, Herr Kollege Engholm. Wir haben mit den Gewerkschaften, mit den DGB-Gewerkschaften, mit den Gewerkschaften der DAG, mit allen Verbänden des Landes, mit den Kammern und Wirtschaftsverbänden einen ständigen Dialog, der notwendig ist. Das braucht nicht erst erfunden zu werden, meine Damen und Herren. Gemeinsames Arbeiten in diesem Lande wird von dieser Landesregierung mit einer breiten Mehrheit der Bevölkerung bereits heute praktiziert. Dabei werden wir bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Es ist doch ein bißchen enttäuschend, daß wir nicht klipp und klar zu wissen bekommen, in welcher Form man den **strukturschwachen Gebieten** besonders geholfen hat.

(Engholm [SPD]: Das wollen wir von Ihnen wissen!)

(Meyer)

Ich nehme zum Beispiel den **Landesteil Schleswig**. Wir machen 17 % der Bevölkerung aus. Wenn man uns darlegen könnte, daß wir 25 % vom Gesamtinvestitionsvolumen des Landes bekommen hätten, wäre der Beweis da, daß unser Landesteil besonders und verstärkt gefördert wird. Diese Zahl haben wir noch nicht bekommen. Ich erwähne es aus folgendem Grund. Wir hatten vor einigen Jahren auf Antrag der F.D.P. eine Debatte. Da bekamen wir sehr viel Material. Wir alle mußten erkennen, daß der Beschluß, dem Landesteil Schleswig besonders zu helfen, nicht erfüllt war.

Ich habe erwartet, daß man jetzt sagt: Nach diesen letzten drei, vier Jahren können wir den Beweis erbringen, daß wir wirklich etwas Besonderes für diesen Landesteil getan haben. Wir müssen doch die Arbeitslosenzahlen sehen – 17 % in Flensburg, 24 % im Raum Niebüll, 27 % in Tönning. Diese Zahlen können wir doch nicht weiterhin akzeptieren. Wir müssen das Problem lösen.

Wir wissen, daß die Kapazität unserer Bauwirtschaft in unserem Raum zu groß ist. Die Schulen, die Turnhallen, die Kasernen sind gebaut. Wir wissen aber auch – wie der Kollege Hollmann sagte – daß es in unserem Raum sehr schwer ist, neue Arbeitsplätze zu finden. Deswegen müssen wir hier besonders einsteigen und versuchen, der **Bauwirtschaft** zu helfen. Ich mache Ihnen ein Angebot. Ich habe eben gesagt, daß Schulen und so weiter bereits gebaut sind. Sie alle aber wissen, daß die **Schulen des dänischen Schulvereins** von 1950 sind. Neubauten, Umbauten und Erweiterungsbauten sind notwendig. Ich bitte darum: Nehmen Sie unsere Schulen mit in Ihr Programm auf. Dann haben Sie einen Partner, der nicht nur um Geld bittet, sondern der selbst auch Geld auf den Tisch legt. Insofern könnten wir der Bauwirtschaft in unserem Landesteil Schleswig helfen.

Wir haben Schulen, uns fehlen Turnhallen. Wir könnten gut und partnerschaftlich zusammenarbeiten. Wir könnten das so machen, wie wir das mit der Bibliothek gemacht haben, wo unser Bevölkerungsteil dank der Hilfe Kopenhagens, Bonns und Kiels eine Bibliothek mit einem Bauvolumen von 11 bis 12 Millionen DM erstellt hat. Die Konkurrenz zwischen deutsch und dänisch hat dazu geführt, daß auch die deutsche Bibliothek in Flensburg neu gebaut wird. Diese Partnerschaft könnten wir weiter verfolgen. Das ist Hilfe zur Selbsthilfe. Schließen Sie uns bitte in Ihre Betrachtungen ein, und nehmen Sie das in Ihr Programm auf.

Zuletzt zu den **Küstenschutzmaßnahmen**! Darüber sprach ich kürzlich. Da kam vom Kollegen Latendorf ein Zwischenruf. Er sagte, es hänge von den technischen Möglichkeiten ab, ob wir dort verstärkt eintreten könnten.

(Latendorf [CDU]: Mit den Arbeitsplätzen in Konkurrenz treten!)

Ich muß darauf aufmerksam machen, daß mehr und mehr große Firmen aus dem Süden mit großen Baumaschinen kommen und unseren kleinen Firmen die Arbeit wegnehmen.

(Latendorf [CDU]: Holland! Das ist doch nicht der Süden!)

– Holland auch. Wir sollten uns schon überlegen, ob wir volkswirtschaftlich vernünftig handeln, wenn wir diesen großen Firmen aus dem Süden mit den Mammutmaschinen und wenig Arbeitskräften die Arbeit geben, weil sie um 10 % billiger sind als unsere **heimischen Firmen** mit kleinen Maschinen und viel Personal. Volkswirtschaftlich wäre es doch viel besser, wenn unsere Firmen die Aufträge bekommen könnten. Ich will nicht von Tricks reden, aber wenn wir kleine Lose ausschreiben, dann haben wir Möglichkeiten. Wir müssen doch auch ein bißchen volkswirtschaftlich denken.

(Stich [CDU]: Wird alles schon gemacht!)

– Ist nicht schon alles gemacht. Wir sehen doch unsere Firmen und die Maschinen, die nicht gebraucht werden, während die anderen aus dem Süden kommen und die Arbeit durchführen. Dies einmal zu überdenken, ist nach meiner Überzeugung sehr wichtig.

Dabei bin ich, wie gesagt, einig mit der Regierung, wenn sie zu den Kommunen sagt: Dort, wo Ihr noch Rücklagen habt – und es gibt etliche Kommunen, die noch Rücklagen haben –, müssen diese jetzt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden.

(Latendorf [CDU]: Natürlich!)

Da bin ich mitzuziehen gewillt. Denn ich sehe nicht ein, daß viele Gemeinden Rücklagen haben, während andere Gemeinden und zentrale Orte unter Finanzmangel leiden. Hier müssen wir einen Appell an die richten, die noch Rücklagen haben.

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kribben.

Kribben [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch nach dem Beitrag des Kollegen Engholm ist für mich immer noch nicht klar, ob die Opposition diese **zusätzlichen Maßnahmen** für die **strukturschwachen Gebiete** bejaht oder nicht.

(Beifall bei der CDU – Engholm [SPD]: Das sind doch keine zusätzlichen Maßnahmen!)

Der Kollege Neugebauer hat in seinem Einführungsbeitrag gesagt: nNein. Der Kollege Sickmann hat dargestellt: im Grundsatz ja. Der Oppositionsführer hat dazu nicht ausdrücklich Stellung genommen.

Herr Kollege Engholm, ich fordere Sie ausdrücklich auf, hier vor dem Plenum klipp und klar dazu Stellung zu nehmen: Sind Sie für oder gegen diese zusätzlichen Maßnahmen?

(Beifall bei der CDU)

(Kribben)

Eines, meine Damen und Herren von der Opposition, geht nicht: daß Ihre Freunde sich auf der kommunalen Ebene hinstellen und sagen: Das sind die Maßnahmen, die wir schon immer gefordert haben, die wir wollen – und Sie keine Stellungnahme dazu abgeben.

(Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie mir eine zweite kurze Bemerkung. Wir können – und müssen es wohl auch – über die besten Wege zur **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** streiten. Aber wir sollten uns nicht gegenseitig unterstellen, daß der jeweils andere der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine niedrigere Priorität einräumt als man selbst.

Ich will nun konkret auf das zurückkommen, was der Kollege Klingner heute morgen als Vorschläge seiner Fraktion im Rahmen der **Haushaltsberatung** eingebracht hat. Meine Damen und Herren, was wollte die **Opposition** für die strukturschwachen Gebiete tun? Ich gehe jetzt einmal nur auf den Haushalt des Wirtschaftsministers ein, den ich besonders gut überblicken kann, ohne dafür Unterlagen zu benötigen.

Erstens. Die SPD hat gefordert, die Landesfrachthilfe abzuschaffen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Die Landesfrachthilfe kommt den Betrieben in den strukturschwachen Räumen zugute,

(Beifall bei der CDU – Aniol [CDU]: So ist es!)

um deren periphere Lage zu den großen Zentren Europas zu mildern.

Zweitens. Die SPD wollte die Mittel für den Straßenbau und für den Radwegebau um 3,7 Millionen DM kürzen,

(Frau Böhrk [SPD]: Ach wo! Das ist ja gar nicht wahr!)

obwohl sie wußte, daß diese Mittel insbesondere zur Verstärkung des Straßen- und Radwegebaus in den strukturschwachen Gebieten vorgesehen waren.

(Beifall bei der CDU – Frau Böhrk [SPD]: Auch falsch! – Neugebauer [SPD]: Sie sagen die Unwahrheit!)

Drittens. Die SPD hatte beantragt, die Mittel für das Landesprogramm zur Industrieförderung um 3,5 Millionen DM zu kürzen. Das begründete sie damit, daß diese Mittel in den strukturschwachen Räumen praktisch nicht abgefordert würden. Ich nenne Ihnen aus der Förderstatistik die Tatsachen. Im Rahmen der Industrieförderung – das ist unser Programm – gab es im Jahre 1984 20 Förderfälle, davon sieben in den strukturschwachen Gebieten.

(Latendorf [CDU]: Eben!)

Im Rahmen des Mittelstandsstrukturprogramms hatten wir im Jahre 1984 388 Förderfälle, davon 89 in den strukturschwachen Gebieten. Ich sage das deshalb, weil Sie einen Teilbetrag der Mittel im Rahmen des Mittelstandsstrukturprogramms kürzen wollten. Im Rahmen des Existenzgründungsprogramms hatten wir 523 Förderfälle, davon sage und schreibe 134 in den strukturschwachen Räumen.

Meine Damen und Herren, was will ich damit sagen? – Unsere Politik, der Ausbau unserer **Wirtschaftsförderprogramme** wird von den Betroffenen, von den Zielgruppen, die wir damit ansprechen wollen, durchaus angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist einfach falsch, wenn Sie immer wieder sagen, das sei nicht der Fall, und daraus falsche Konsequenzen ziehen.

Herr Kollege Engholm, im Bereich der Förderung von Forschung und Technologie brauchen Sie uns keinen Nachhilfeunterricht zu geben.

(Frau Böhrk [SPD]: Doch, doch!)

Wir haben darüber diskutiert. Ich habe im Grundsatz von Ihnen nur ein Nachplappern dessen gehört,

(Lachen des Abgeordneten Engholm [SPD] und der Abgeordneten Frau Böhrk [SPD])

was wir vorgeschlagen oder auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Böhrk, weil Sie gerade so nett lächeln – es ist immer gut, wenn jemand lächelt –, darf ich Sie daran erinnern, daß Sie die Mittel zur Errichtung der neuen Forschungsinstitute, die ja gerade auch die Infrastruktur für den **Forschungsbereich** in Schleswig-Holstein verbessern sollen, sperren wollten

(Frau Böhrk [SPD]: Weil es kein Konzept gibt!)

und damit – wenn wir das nicht verhindert hätten – genau den Ausbau der Forschung verzögert hätten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß kommen.

(Dr. Hinz [SPD]: Ach, halten Sie doch den Mund! – Zurufe bei der CDU)

Wir haben immer wieder gesagt – und das ist wohl auch der Kern der Geschichte –: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein langfristiger Prozeß. Im Gegensatz dazu haben Sie seit 1969 – schauen Sie das noch einmal nach – immer wieder gesagt: Unter den Sozialdemokraten wird es keine Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik geben.

(Aniol [CDU]: Herr Hinz ist bereit, seinen Ausspruch zurückzunehmen! – Glocke des Präsidenten)

– Ich darf den letzten Satz noch sagen. Wir haben immer wieder klargemacht, daß wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur Schritt für Schritt vorankommen werden. Ich sage Ihnen: Mit unseren Förderprogrammen werden wir einen größeren Er-

(Kribben)

folg erzielen als Sie mit allen Ihren zusätzlichen Beschäftigungsprogrammen.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Ich habe es schon in der letzten Aktuellen Stunde gesagt und wiederhole es jetzt: Sie werden sehen, meine Damen und Herren: -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hamer:

Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Kribben [CDU]:

Am Ende dieses Jahres werden die Arbeitslosenzahlen auch in Schleswig-Holstein erheblich unter den Arbeitslosenzahlen liegen, die wir im Dezember, Januar und Februar hatten.

(Beifall bei der CDU - Hager [SPD]: Das haben andere auch schon gesagt!)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klingner.

Dr. Klingner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegen Ende dieser Debatte können wir für uns feststellen, daß sich das, was der Ministerpräsident für die Landesregierung der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat, als Windei erwiesen hat.

(Beifall bei der SPD)

Keiner der Redner der Union, seien es Minister oder Abgeordnete gewesen, war in der Lage, darzustellen, daß **zusätzliche Mittel** für **strukturschwache Gebiete** eingesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wolkig umschrieben worden, daß der Finanzminister in seinem Haushalt dieses oder jenes hin- und herjonglieren will. Darauf kann keiner etwas geben. Es konnte nicht konkret bezeichnet werden, wie das, was im Pressedienst der Landesregierung bekanntgegeben wurde, in **Arbeitsplätze an der Westküste** umgesetzt wird. Dazu sind nur allgemeine ausflüchtende Darstellungen gegeben worden.

Meine Damen und Herren, von seiten der Landesregierung, die hier in Staffel antrat, sind immer neue Umschreibungen immer anderer Sachverhalte gegeben worden. Die Frage ist aber doch: Was kann und was muß zusätzlich an der Westküste und im Norden unseres Landes geschehen? Wie kann man den Menschen - mehr als jeder Fünfte ist dort arbeitslos - mit zusätzlichen Mitteln helfen? Auf diese Frage der Opposition konnten die Landesregierung und die Union hier keine Antwort geben.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen haben jetzt die genaue Kenntnis dessen, was in diesem Lande geschieht. Es werden von der Staatskanzlei immer neue Programme in immer kürzeren Abständen produziert. Es wird Papier produziert. Es werden Mitarbeiter der Staatskanzlei beschäftigt. Aber Beschäftigung für die Menschen in den strukturschwachen, in den benachteiligten Gebieten wird damit nicht geschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es hier erleben müssen, daß in den gut zwei Jahren - in den schlechten zwei Jahren -, in denen Ministerpräsident Barschel regiert, noch während der Laufzeit eines **421-Millionen-DM-Programms**, das dort die Arbeitsplätze schaffen und den Aufschwung ins Land holen sollte, im Mai vergangenen Jahres ein **Programm für benachteiligte Gebiete** aufgelegt wurde. Wir erleben es, daß dieses Programm für durch die Landesregierung benachteiligte Gebiete kaum gedruckt ist, da wird das nächste Programm nachgeschoben, jetzt für **strukturschwache Gebiete**. Dadurch, daß aus „benachteiligte" jetzt strukturschwache Gebiete wird, wird keine Verbesserung erreicht. Aber zusätzliche Mittel, die reell finanziert sind, für die die Reserven angegriffen werden, für die wir die Kräfte unseres Landes bündeln, konnten hier nicht genannt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich will, Frau Kollegin Heiser, nicht auf Ihre Eingangsbemerkung eingehen, obwohl es mir auf der Zunge liegt.

Nein, meine Damen und Herren, diese Landesregierung ist nicht in der Lage, seriös finanzierte Programme für strukturschwache Gebiete aufzulegen. Deswegen bieten wir erneut unsere Hilfe an. Wir werden Ihnen noch einmal vorlegen, was wir schon im Dezember beantragt haben, und wir werden Sie zwingen, über einen reell finanzierten **Nachtragshaushalt** für Hilfen für strukturschwache Gebiete mit uns zu sprechen. Diese Windeier können Sie gefälligst der Staatskanzlei überlassen.

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Asmussen, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Klingner, wenn Sie so gut zuhören könnten, wie Sie heute morgen dazwischengeschrien haben, dann hätten Sie diese zusammenfassende Darstellung von Ihrer Seite nicht bringen können. Es besteht doch überhaupt kein Zweifel daran - ich habe das genau wie meine Kollegen auch dargelegt -, daß **zusätzliche Mittel** in den **Landesteil Schleswig** und an die **Westküste** fließen.

(Beifall des Abgeordneten (Paulsen [CDU])

Herr Dr. Klingner, es gibt überhaupt keinen Zweifel; das können Sie nicht nur im Protokoll nachlesen, falls Sie nicht zugehört haben, was ich vermute, sondern auch in den Pressemitteilungen, die Ihnen von seiten der Landesregierung zur Verfügung gestellt wurden.

(Dr. Klingner [SPD]: Davon haben wir reichlich!)

(Minister Asmussen)

Ich habe Ihnen auch dargelegt, wie das Programm finanziert wird: durch Umschichtungen, durch Beschleunigung von Maßnahmen und durch Vorfinanzierung in Absprache mit den Kommunen. Das sind doch ganz konkrete Finanzierungsvorstellungen; darüber gibt es doch gar keinen Zweifel. Sie können uns hier doch nicht weismachen, daß wir ein Programm auflegten, ohne uns über die Finanzierung Gedanken zu machen.

(Lachen bei der SPD)

- Ja, das ist geradezu lächerlich, Herr Dr. Klingner.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das ist es, ja!)

Meine Damen und Herren, Sie haben ja die Listen der einzelnen zu fördernden Maßnahmen im Rahmen der Pressemitteilung der Landesregierung zur Verfügung gestellt bekommen. Wir haben uns gestern darüber unterhalten, Herr Kollege Dr. Klingner. Daß wir die ganzen Einzelmaßnahmen aus Zeitgründen hier nicht aufführen können, ist doch logisch. Dazu braucht man Listen. Aber es besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß hier für jeden, der zuhören wollte, deutlich geworden ist, wie die Finanzierung geplant ist.

Im übrigen muß auch ich hier feststellen, Herr Dr. Klingner, was der Herr Kollege Kribben vorhin sagte: Sie haben auf die Frage, ob Sie für oder gegen die vorgesehenen Maßnahmen sind, keine Antwort gegeben.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich hätte erwartet, daß wenigstens Sie als letzter Redner Ihrer Fraktion sagen würden, wie Sie zu diesen konkreten **Maßnahmen der Landesregierung** stehen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will die Wirtschafts- und Strukturpolitik der hinter uns liegenden Jahre nicht noch einmal aufrollen. Nur: Wenn Sie, Herr Dr. Klingner, meinen, wir hätten hier schlechte Karten, dann sehen Sie sich einmal das **Wirtschaftswachstum** hier in **Schleswig-Holstein** im Jahre 1984 an. Das ist im Bundesvergleich wirklich Spitze.

(Beifall bei der CDU)

Es ist letzten Endes auch Ausfluß der erfolgreichen Politik dieser schleswig-holsteinischen Landesregierung unter Uwe Barschel.

Meine Damen und Herren, wenn ich hier das Wort habe, möchte ich ganz kurz auch auf Herrn Gunnesson zurückkommen. Er sprach von der angeblichen Hilflosigkeit der Beamten des Finanzministeriums im Finanzausschuß bei der Erläuterung des Programms. Verehrter Herr Kollege Gunnesson, ich weise Ihre Feststellung nachdrücklich zurück.

(Sickmann [SPD]: Sie waren doch gar nicht dabei!)

Es ist im Finanzausschuß keine Frage, die gestellt worden ist, unbeantwortet geblieben.

(Sickmann [SPD]: Sie haben doch gefehlt!)

Wenn Sie aber kaum Fragen stellen, meine Damen und Herren, dann können Sie das natürlich nicht unseren Beamten in die Schuhe schieben

(Beifall bei der CDU)

und sagen, sie seien hilflos. Offenbar waren Sie von unserer Konzeption so überrascht, daß Ihnen die Worte fehlten.

(Lachen bei der SPD)

Aber das als Hilflosigkeit der Beamten des Finanzministeriums hinzustellen, ist abwegig.

(Engholm [SPD]: Da muß er selbst lachen!)

Unsere Beamten im Finanzministerium sind hochqualifizierte Mitarbeiter, lieber Herr Gunnesson. Das wissen Sie aus jahrelanger Zusammenarbeit im Finanzausschuß. Ich meine also, daß Ihre Feststellung deplaziert war.

Ich bin der Auffassung, daß wir es bei dem jetzt vorliegenden **Programm** mit einer konsequenten Fortsetzung dessen zu tun haben, was der Ministerpräsident in der **Regierungserklärung** angekündigt hat und was wir im letzten Jahr als zusätzliches Programm aufgelegt haben. Es ist gewissermaßen so, Herr Kollege Klingner, daß wir eine maßgeschneiderte Politik, einen Maßanzug auf der einen Seite etwas weiten und auf der anderen Seite enger machen.

(Dr. Klingner [SPD]: Wie das nachher aussieht, das stellen Sie sich mal bildlich vor!)

Das ist vor der Notwendigkeit, neben der Sicherung von Arbeitsplätzen auch Haushaltskonsolidierung zu betreiben, eine wichtige, eine vernünftige, eine begründete Politik.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Verkehrssicherheit in Schleswig-Holstein
Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 10/767

Antwort der Landesregierung
Drucksache 10/877

Zur Begründung hat der Herr Abgeordnete Kribben das Wort.

Kribben [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeden Tag bewegen sich in der Bundesrepublik mehrere Millionen Bürger als Fußgänger, als Radfahrer, als Autofahrer, mit öffentlichen Verkehrsmitteln im **Straßenverkehr**. Täglich werden im Kraft-

(Kribben)

fahrzeugverkehr mehr als eine Milliarde Kilometer zurückgelegt. Der motorisierte Verkehr ist heute sowohl für die Gemeinschaft als auch für die individuelle Lebensgestaltung der meisten Menschen in der Bundesrepublik unverzichtbar geworden. Nichts drückt dies deutlicher aus als die Entscheidung der Bürger selbst: Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat seit 1953 von 4,3 Millionen auf heute über 30 Millionen zugenommen. Fast jeder zweite Erwachsene verfügt heute über einen eigenen Pkw.

(Vizepräsident Dr. Schübeler übernimmt den Vorsitz)

Diese weitgehende Motorisierung hat natürlich auch insbesondere zu Beginn der sechziger Jahre zu erheblichen Problemen für die Gemeinschaft geführt. Weder die Straßen noch die Fahrzeuge, weder das Verkehrsrecht noch das Rettungswesen waren auf diese Entwicklung vorbereitet. So sind auch die **Verkehrsunfallzahlen** bis zum Jahre 1970 Jahr für Jahr unaufhaltsam angestiegen.

(Latendorf [CDU]: Leider!)

So mußten wir im Jahre 1971 19 193 Getötete im Straßenverkehr beklagen. Seit 1971 jedoch ist die Zahl der Verkehrstoten ständig zurückgegangen, und wir haben im Jahr 1982 mit 11 608 Getöteten den tiefsten Stand seit 1954 erreicht, obwohl in der Zwischenzeit der Motorisierungsgrad der Bevölkerung stark zugenommen hatte.

Meine Damen und Herren, diese Verkehrsentwicklung darf uns allerdings nicht zufriedenstellen. Auch heute noch ereignen sich täglich 5000 Unfälle in der Bundesrepublik, 1400 Mitbürger kommen nicht heil nach Hause, 55 davon werden so schwer verletzt, daß sie dauernde Schäden behalten, und 32 verlieren sogar ihr Leben. Die jährlichen volkswirtschaftlichen Unfallkosten betragen sage und schreibe 38 Milliarden DM, und deshalb, meine Damen und Herren, ist meine Fraktion der Auffassung, daß das Thema der **Verkehrssicherheit** auf der politischen Tagesordnung bleiben und auch eine hohe Priorität in unserer Arbeit behalten muß.

(Beifall bei der CDU)

Verbesserung der Verkehrssicherheit, meine Damen und Herren, heißt allerdings, daß wir die bestehenden Maßnahmen auf ihre Effektivität hin überprüfen und gleichzeitig immer wieder überlegen, ob es neue zusätzliche Maßnahmen gibt, die die Gesundheit und das Leben der Menschen besser als bisher schützen können.

(Beifall bei der CDU)

Was folgt daraus für unsere Verkehrssicherheitsarbeit? Ich will dazu vier Beispiele nennen. Meine Damen und Herren, wir müssen zunächst einmal all denjenigen in der Öffentlichkeit verstärkt entgegentreten, die den Eindruck zu erwecken versuchen, es gebe Patentrezepte, mit denen man die Unfallzahlen signifikant reduzieren könnte. Tatsache ist nämlich, daß bei den Unfällen häufig nicht nur eine, sondern mehrere Ursachen zusammenwirken. Ich will Ihnen nur die drei wichtigsten Risikofaktoren nennen: Das ist der Mensch, das ist das Fahrzeug, und das ist die Straße.

(Amthor [SPD]: Mehr Möglichkeiten gibt es auch nicht!)

- Das sind die drei; es sind also mehrere, Herr Kollege Amthor. Vielleicht einigen wir uns darauf.

Deshalb meine ich, daß wirksame Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Zukunft mehr als bisher versuchen müssen, diese drei Faktoren in einem integrierten Lösungsansatz zusammenzuführen.

Das zweite Beispiel: Straßenverkehrssicherheitsarbeit kann nicht allein und auch nicht in erster Linie Aufgabe des Staates sein. An dieser Aufgabe müssen alle gesellschaftlichen Kräfte freiwillig und gemeinsam mitwirken. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich im Namen meiner Fraktion all denen danken - all den vielen Institutionen und Verbänden, aber auch freiwilligen Helfern -, die sich in der Vergangenheit dieser Arbeit unter Einsatz ihrer Freizeit gewidmet haben.

(Beifall bei der CDU)

Worum es jetzt geht, ist, daß wir diese bestehende Basis verbreitern, und in diesem Zusammenhang appelliere ich ausdrücklich auch an die Kommunen, sich stärker als bisher an der Verkehrssicherheit im Lande zu beteiligen.

Das dritte Beispiel: Ich glaube, meine Damen und Herren, wir müssen allen Verkehrsteilnehmern noch deutlicher machen, daß die Sicherheit im Straßenverkehr wesentlich von ihnen selbst mit bestimmt wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das eigene Verhalten ist es, durch das der Verkehrsteilnehmer sich selbst oder auch andere gefährdet. Rücksichtnahme und Partnerschaft, auf die jeder von uns im Verkehr angewiesen ist, muß er insbesondere auch demjenigen entgegenbringen, der im Verkehr die schwächere Position als er selber einnimmt. Deshalb muß das dritte Ziel unserer Arbeit in der Zukunft sein, die Verkehrssicherheitsarbeit noch mehr als bisher auf diese Stärkung der eigenen Mitverantwortung des einzelnen auszurichten.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen leider bundesweit beobachten, meine Damen und Herren, daß sich bestimmte Verkehrsteilnehmer trotz aller Bemühungen im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit weiterhin gefährdend auf den Straßen verhalten. Ja, man kann manchmal den Eindruck gewinnen, daß insbesondere in den letzten zwei Jahren Leichtsinn und teilweise auch rücksichtsloses Fahrverhalten auf den Straßen wieder zunehmen.

(Ramler [SPD]: Das ist nicht nur ein Eindruck, das ist so!)

(Kribben)

- Es ist zunächst einmal ein subjektiver Eindruck, der von den Zahlen, Herr Kollege, die uns vorliegen, objektiv noch nicht so bestätigt worden ist.

Unser Ziel, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, muß es allerdings sein zu versuchen, gerade diese Verkehrsteilnehmer zunächst durch Aufklärung und Überzeugung zu einem besseren Verhalten zu bringen. Ich meine allerdings, daß wir auch unmißverständlich klarmachen müssen, daß wir, wenn alle Maßnahmen im Rahmen der **Verkehrserziehung** und im Rahmen der **Verkehrsaufklärung** erfolglos bleiben, auf weitergehende Gebote und Verbote - auch und insbesondere im Interesse der anderen Verkehrsteilnehmer - nicht verzichten können.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen hier meine persönliche Meinung. Ich habe es immer für richtig gehalten, das Bußgeld für Gurtmuffel im Rahmen der von mir eben hier dargestellten Grundsätze anzudrohen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn sich nämlich herausstellt, meine Damen und Herren, daß eine langjährige Aufklärungsarbeit nicht den gewünschten Erfolg hat - Sie wissen, daß die Anschnallquote innerorts unter 50 % lag -, dann muß man, wie es in diesem Fall von der Regierung geschehen ist, zum Mittel der Bußgeldbewehrung greifen. Das war konsequent, und das war auch erfolgreich, wie wir heute wissen, denn die Anschnallquote ist erheblich gestiegen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich ganz kurz das vierte Beispiel nennen. Weil die Sicherheit im Straßenverkehr primär vom Verhalten des einzelnen Verkehrsteilnehmers selbst abhängt, halte ich es für um so notwendiger, die Möglichkeiten eines Fehlverhaltens und dessen Auswirkungen durch **sichere Verkehrsmittel und sichere Straßen** soweit wie möglich einzuschränken. Wir haben, meine Damen und Herren, das können wir mit einigem Stolz auch gemeinsam feststellen, in der Vergangenheit Erfolg erzielt. Es hat noch nie so sichere Autos und so sichere Straßen gegeben wie jetzt, aber auch hier gilt der Erfahrungsgrundsatz: Stillstand ist Rückschritt. Deshalb fordere ich alle Verantwortlichen auf, sich auch weiter in diesen Bereichen für Verbesserungen einzusetzen.

Ich will Ihnen auch dazu zwei Beispiele nennen, die ich für besonders vordringlich halte. Ich glaube, daß wir die breite Anwendung eines automatischen **Blokkierverhinderers** zu erschwinglichen Preisen, also auch bei kleineren Autos, und auf der anderen Seite den weiteren Bau von **Ortsumgehungen** und die Beseitigung von **Unfallschwerpunkten** vorantreiben sollten.

(Beifall bei der CDU)

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren. Die Erhöhung der Verkehrssicherheit bedarf der Anstrengung aller. Ein verstärktes gemeinsames Handeln der für die Verkehrssicherheit Verantwortlichen in Staat, Gemeinden, in Verbänden, in der Wirtschaft ist unabdingbar.

Vor diesem Hintergrund ist unsere Große Anfrage zu sehen. Diese Initiative soll dazu beitragen, die Bedeutung der Verkehrssicherheit zunächst einmal im Meinungsbild der Öffentlichkeit weiter zu festigen. Von der Landesregierung erwarten wir Aussagen über ihre bisherige Verkehrssicherheitsarbeit im Lande, über deren Erfolge, aber auch eine Antwort auf die Frage, was sie zu tun gedenkt, um in Zukunft die Verkehrssicherheit auf den Straßen Schleswig-Holsteins weiter zu verbessern.

Meine Fraktion, meine Damen und Herren, wird sodann anhand der Antwort der Landesregierung sowie der Ergebnisse der heutigen Diskussion prüfen, welchen Beitrag sie im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in unserem Land leisten kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Zur Beantwortung der Großen Anfrage hat der Herr Wirtschaftsminister das Wort.

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Verkehrssicherheit** zu verbessern war und ist eine schwierige Daueraufgabe. Sie ist in den letzten Jahren nicht leichter geworden. Dies wird deutlich, wenn man sich folgende Rahmenbedingungen vor Augen hält.

Die gesamte in Schleswig-Holstein von Kraftfahrzeugen gefahrene Strecke - also das, was wir Fahrleistung nennen - hat in den letzten zehn Jahren um 25 % zugenommen. Der Kraftfahrzeugbestand hat sogar um 40 % in den letzten zehn Jahren zugenommen. Bei nur geringfügig gewachsenem Straßenverkehrsnetz, was die Kilometerlänge angeht, heißt das, daß die Verkehrsdichte in Schleswig-Holstein erheblich größer geworden ist. Die Zahl der **Verkehrsunfälle** - aller Verkehrsunfälle - stieg in den letzten zehn Jahren etwa entsprechend der Fahrleistung, nämlich um rund 26 %. Die Zunahme der Unfälle mit Personenschäden blieb aber erfreulicherweise mit nur 8 % Steigerung erheblich dahinter zurück. Die Zahl der Todesopfer ging 1984 gegenüber dem Vorjahr sogar um ein Siebentel zurück. Die Unfallentwicklung muß also sehr differenziert gesehen werden und zeigt auch einige positive Trends auf.

Trotz solcher positiven Aspekte ist - und hierin stimmen wir alle überein - jeder Unfall ein Unfall zuviel. Auch weiterhin gilt es daher, mit allen Kräften die Verkehrssicherheit zu verbessern. Eine Fülle von Maßnahmen ist zu nutzen. Von der Erhöhung der Sicherheit durch verbesserten Straßenbau und beim Fahrzeugbau - eben von dem Herrn Kollegen Kribben als eine der in Betracht kommenden Komponenten angesprochen - über die Verkehrslenkung und Verkehrsüberwachung bis zur Überarbeitung des Verkehrsrechts gibt es eine Fülle von begonnenen, durchgeführten oder in der Zukunft noch notwendig wer-

(Minister Dr. Westphal)

denden Maßnahmen, um auch dem veränderten Verkehrsgeschehen in richtiger Weise Rechnung tragen zu können.

Ich möchte hier nicht alle einzelnen Punkte aus der sehr umfangreichen Antwort wiederholen, sondern mich bei der mündlichen Beantwortung auf einige Schwerpunkte konzentrieren. Schlüssel zur Hebung der Verkehrssicherheit muß die Einwirkung auf den Menschen sein, auf den Menschen als **Verkehrsteilnehmer** – und zwar in jeder Form, auch als Fußgänger und als Radfahrer, nicht nur als Autofahrer. Denn daß es trotz verbesserter Straßen, trotz sichererer Fahrzeuge, trotz verbesserter und verfeinerter verkehrsrechtlicher Regelungen und deren ständiger Überwachung zu so vielen Unfällen kommt, liegt natürlich zumeist am menschlichen Verhalten, an der Nichtbeachtung von Verkehrsregeln und an Rücksichtslosigkeit gegenüber dem anderen im Straßenverkehr. Man behandelt ihn nicht als Partner, sondern man versucht, sein eigenes Ich gegenüber dem Ich des anderen durchzusetzen.

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr kann aber nicht durch immer mehr Gesetze, höhere Bußgelder oder schärfere Bestrafung erreicht werden – jedenfalls kann dies nur unterstützend und flankierend wirken –; sie muß aus zwei Quellen erwachsen, und zwar aus der **Rechtstreue** der Bürger und vor allem aus der **Achtung vor dem Leben** und der körperlichen Unversehrtheit des Mitmenschen,

(Beifall bei der CDU)

sozusagen also als Ausdruck des kategorischen Imperativs. Die Motivation, aus diesen Einsichten heraus im Straßenverkehr zu handeln, muß bei allen gesellschaftlichen Kräften geweckt und verstärkt werden. Verkehrssicherheit als Ergebnis des einsichtigen, verantwortungsbewußten Handelns aller Verkehrsteilnehmer muß daher das erste Ziel der Verkehrssicherheitsbemühungen sein. Hier sind nicht nur der Staat in allen seinen Formen – und darin stimmen wir sicherlich überein –, sondern vor allem auch das Elternhaus gefordert, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

weil hier das Wort „Vorbild" wirklich auch eine sehr sinnfällige Bedeutung hat. Hier müssen sich die Pädagogen, die Ausbilder, die Verbände, die Kirchen und die Medien mit gefordert fühlen – und ich darf hinzufügen: sie tun es erfreulicherweise auch.

Herr Kollege Kribben hat hier bereits den vielen Menschen gedankt, die sich dieser Arbeit widmen. Ich möchte aus langjähriger Zusammenarbeit mit einer großen Zahl von Menschen aus allen Bevölkerungsbereichen, Frauen und Männern, jungen und alten Leuten, aus den verschiedensten Teilen des Landes und aus den verschiedensten Organisationen diesen Dank noch einmal in voller Breite wiederholen: Die ganze Arbeit zur Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Aufklärung und Information wäre ohne dieses ehrenamtliche Element nicht möglich. Daher möchte ich hier noch einmal ausdrücklich dafür danken.

(Beifall bei der CDU)

Die beeindruckende Fülle von Ideen und die erstaunliche Bandbreite der **Verkehrssicherheitsarbeit der Verbände** bei uns im Lande macht das immer wieder deutlich. Überall in Schleswig-Holstein – nicht nur im Rahmen der Verkehrssicherheitswoche, sondern auch bei vielen anderen Gelegenheiten – finden Veranstaltungen dieser Art statt. Fast jeder im Lande – so möchte ich eigentlich annehmen – ist schon einmal dadurch angesprochen worden, sei es durch die großen Partner-Aktionen, durch Zielgruppenveranstaltungen oder durch andere Maßnahmen wie die Beleuchtungsaktion, Abgasaktion – alles Veranstaltungen, die wir ja sehr intensiv mit den Verbänden zusammen betrieben haben. Ich werde ohnehin in einem besonderen Kapitel meiner Einbringungsrede auf die erfolgreichen Bemühungen der Schulen und auch der Kindergärten zurückkommen.

Die Landesregierung wird ihre Unterstützung dieser Arbeit fortsetzen. Sie wird versuchen, das Ergebnis durch das Angebot verbesserter Koordinationsmöglichkeiten noch günstiger zu gestalten. Diese Koordination wird freilich niemals die Eigenständigkeit der Organisationen und die sich daraus ergebende Leistungsbereitschaft ersetzen, sondern es wird bei einem freiwilligen selbständigen Miteinander bleiben. Ich denke, daß das die beste Grundlage für diese Arbeit ist.

(Beifall bei der CDU)

Neben der Förderung dieser Arbeit nutzen wir alle Möglichkeiten, die Verkehrsteilnehmer direkt anzusprechen. Der Kultusminister faßt den **Bildungsauftrag** des Staates auch als Auftrag auf, junge Menschen zur Teilnahme am Straßenverkehr zu befähigen und ihnen zu helfen, in diesem Punkte selbständige Bürger zu werden. Die entsprechend konsequente Ausrichtung der Lehrpläne auch auf dieses Ziel hin finden Sie ausführlich in der schriftlichen Antwort auf die Große Anfrage dargestellt. Aufbauend auf erste Hinweise in den Kindergärten beginnt schon vom ersten Schultag an die **Verkehrserziehung**, die sozusagen mit der Radfahrausbildung oder der Mofaschulung endet – als ein ständiges, den Unterrichtsverlauf in den Jahren begleitendes Prinzip, als ein Erziehungsziel, das alle Jahrgänge hindurch verfolgt wird.

Gerade die Mofaschulung, an der die Landespolizei wesentlich beteiligt ist, macht deutlich, daß sich auch die **Polizei** im wahrsten Sinne des Wortes als Freund und Helfer gerade der jungen Menschen versteht und auch so verstanden wird. Ich denke, daß auch diese Feststellung sehr wichtig ist. Neben dem täglichen Dienst, in dem sie die Verkehrsteilnehmer zu verkehrsgerechtem Verhalten aufruft, geht sie in die Schulen, in die Altersheime, zu Vereinen – überall dorthin, wohin sie gebeten wird – und leistet in zahllosen Veranstaltungen unverzichtbare Verkehrserziehungs- und Aufklärungsarbeit. Ohne die Polizei, meine Damen und Herren, ohne den good will, den

(Minister Dr. Westphal)

sie mitbringt, könnte diese Arbeit nicht so gut verlaufen, wie es tatsächlich geschieht.

(Beifall bei der CDU – Minister Claussen: Einschließlich Verkehrskasper!)

– Natürlich, einschließlich Verkehrskasper! Die wollte ich in meinen Ausführungen an anderer Stelle noch erwähnen, aber ich tue es auch gern zweimal, weil die Verkehrskasper es wirklich verdienen.

Natürlich muß **Verkehrsüberwachung** hinzutreten. Die Verkehrsteilnehmer brauchen sozusagen die Furcht vor Sanktionen, um sich verkehrsgerecht zu verhalten. Wir alle sind ja, wie jeder zugeben wird, von einem solchen Verhalten ebenfalls nicht ganz frei; die Furcht vor Strafe ist immer noch eine Motivation, sich richtig zu verhalten.

Ein Beispiel dafür – ich möchte es an dieser Stelle anführen, weil es besonders wichtig ist –, daß Verkehrsaufklärung und Verkehrsüberwachung einander sinnvoll ergänzen müssen, ist die **Bekämpfung des Alkohols im Straßenverkehr**. Daß in Schleswig-Holstein die Zahl der Unfälle durch Alkohol am Steuer von 9,5 % auf 8 % aller Unfälle sank, ist erfreulich und ist sicherlich auch das Ergebnis verbesserter Aufklärung ebenso wie verbesserter Überwachung. Auch künftig werden wir diese Doppelstrategie – ich darf dieses Wort an dieser Stelle einmal benutzen – zu betreiben haben, wenn wir den Mißbrauch des Alkohols im Straßenverkehr bekämpfen wollen. Dazu sind wir nach meiner Meinung schon wegen der Schwere der Unfälle, die durch Alkohol im Straßenverkehr nun einmal entstehen, in besonderer Weise verpflichtet.

Als Aufklärungsmaßnahme wird in diesem Jahr eine von der Landesregierung mit geförderte Ausstellung „Verkehrssicherheit – aber nur ohne Alkohol" des Bundes gegen den Alkohol im Straßenverkehr im ganzen Lande gezeigt. Außerdem wird in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat, dem Bund gegen den Alkohol im Straßenverkehr und in Zusammenarbeit mit der Landesverkehrswacht die Aktion „Nüchtern fahren – sicher ankommen" durchgeführt. An ihr ist auch die Landesregierung beteiligt.

Daneben ist eine intensive Verkehrsüberwachung unverzichtbar, um gegen den Alkohol am Steuer vorzugehen. Die Polizei wird in Zukunft – sie tut es auch schon jetzt – zu allen Tageszeiten an den verschiedensten Orten Kontrollen durchführen. Wenn ein alkoholisierter Fahrzeugführer mit seiner Entdekkung rechnen muß, ist er eher bereit, sein Fahrzeug nicht zu benutzen. Das ist nun einmal so.

Die Reaktionen in der Presse und bei den Bürgern auf die große Verkehrskontrolle vor den Karnevalstagen, meine Damen und Herren – und ich nehme an, daß nahezu jeder von Ihnen darauf angesprochen worden ist –, zeigt doch, daß solche Überwachungsmaßnahmen erhebliche präventive Wirkungen haben. Ich halte das gerade auch in der etwas massierten Überwachung und der sehr deutlichen Darstellung für ein richtiges Mittel, um gegen den Alkohol im Straßenverkehr zu kämpfen.

(Beifall bei der CDU)

Alkohol und Verkehrsteilnahme, meine Damen und Herren, sind im Grunde genommen unvereinbar. Diesen Grundsatz muß man als erstes aufstellen. Die Frage ist dann, wie man dieses Prinzip realisieren kann. Zwar wird in diesem Zusammenhang immer wieder darüber gesprochen: „Ist die Blut-Alkohol-Grenze von 0,8 ‰ eigentlich die richtige Grenze? Kann sie verändert werden?" Dabei ist zu berücksichtigen – ich hoffe, daß das in dieser Diskussion deutlich wird –, daß heute schon derjenige verurteilt werden kann, dem ab einer Blutalkoholkonzentration von nur 0,3 ‰ Fahruntüchtigkeit nachgewiesen wird, zum Beispiel bei einem Unfall.

Aber ganz unabhängig davon sollte jeder Kraftfahrer aus eigener Einsicht Alkohol und Straßenverkehr säuberlich trennen, auch als Mofafahrer und als Radfahrer. Diese Bestimmungen gelten ja, meine Damen und Herren, letztlich auch für Fußgänger, wenn auch mit meiner Forderung natürlich vor allem der Autofahrer angesprochen ist.

Um generell die Überwachung der Einhaltung der Verkehrsregeln weiter zu intensivieren, überarbeitet die Schutzpolizei zur Zeit ihr **Konzept für die Verkehrsüberwachung**. Darin sollen insbesondere verbesserte Grundsätze der Organisation, der Schwerpunktbildung und der Zusammenarbeit in der Verkehrsüberwachung festgelegt werden, um die vorhandenen personellen Kapazitäten und die sachlichen Mittel in der Verkehrsüberwachung noch effektiver einzusetzen.

Meine Damen, meine Herren, auch bei der sächlichen Vorbedingung für sicheren Straßenverkehr, nämlich bei dem **Straßennetz**, läßt sich die Landesregierung in erster Linie von Sicherheitsüberlegungen leiten. Ich bitte Sie alle, das draußen noch einmal etwas deutlicher zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die gelegentlich so pauschal aufgestellte Behauptung, Straßenbau sei ja eigentlich nicht nötig, vernachlässigt nach meiner Meinung in einer menschenfeindlichen Weise die Sicherheitsinteressen insbesondere von Kindern und von alten Leuten.

(Beifall bei der CDU)

Gerade sie sind nicht nur Zielgruppe der Verkehrsinformation und -aufklärung, sondern sie sind Zielgruppe des Straßenbaues. Denn wenn wir uns so auf den Bau von Umgehungsstraßen konzentrieren, dann doch deshalb, weil der weitaus größte Teil der Unfälle innerorts passiert und weil der Anteil der Kinder und der alten Leute, die sich vor allem innerorts aufhalten, ganz besonders hoch ist. Straßenbau hat hier also eine humane Aufgabe. Sie sollte auch als solche verstanden werden.

Deswegen geht es für uns entscheidend auch nicht um die quantitative Verlängerung des Straßennetzes,

(Minister Dr. Westphal)

sondern um seine qualitative Verbesserung. Das heißt in concreto – ich habe es hier oft genug vorgetragen, deswegen will ich es nur in Stichworten wiederholen –: Bau von Ortsumgehungen, Geh- und Radwegebau, wo wir nach wie vor eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik Deutschland haben, sowie die Entschärfung von gefährlichen Kreuzungen und allgemein von Unfallschwerpunkten.

Natürlich haben wir beim Straßenbau auch abzuwägen, daß **Eingriffe in die Umwelt** so gering wie möglich sein müßten. Auch dies gehört zu unseren Zielen, wichtigen Zielen, die aber koordiniert werden müssen mit dem Ziel von mehr Sicherheit für die Menschen im Straßenverkehr.

Einen deutlichen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in Städten und Gemeinden erwarten wir durch straßenbauliche beziehungsweise **verkehrslenkende Maßnahmen** wie Fußgängerzonen, verkehrsberuhigte Bereiche und Zonen mit beschränkter Geschwindigkeit. Solche Instrumente ermöglichen eine entscheidende Verbesserung, wenn ich es einmal so nennen darf, des Lebensraumes Straße.

Während die Fußgängerzonen vielerorts als ein bewährtes Instrument auch der Verkehrslenkung – sie haben natürlich auch andere Ziele – genutzt werden, sollten in Zukunft mehr **verkehrsberuhigte Bereiche** eingerichtet werden. Ich rufe daher die Kommunen auf, solche Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit stärker als bisher zu nutzen. Ich bin ganz froh über die vielen Diskussionen, die in Städten und Gemeinden unseres Landes darüber schon stattgefunden haben und stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Finden solche Maßnahmen übrigens im Zusammenhang mit Sanierungskonzepten statt, dann können wir den Kommunen dabei auch finanziell zur Seite stehen.

Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche sind gerade deshalb besonders zu begrüßen, weil sie in der Verkehrsfläche zumeist keine Höhenabsätze aufweisen. Das ist besonders wichtig und angenehm für behinderte Menschen, aber auch für ältere Menschen und für Kinder. Wo aber Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche aus Kostengründen oder wegen eines zu starken Kraftfahrzeugverkehrs nicht oder noch nicht verwirklicht werden können, empfehle ich da – wenn das gut abgestimmt ist – Zonen mit Geschwindigkeitsbegrenzungen. Die Entscheidung der Bundesregierung, versuchsweise **Geschwindigkeitsbegrenzungen** vor allem in Wohngebieten zu ermöglichen, wird von der Landesregierung ausdrücklich begrüßt.

In Gebieten mit gleichartigen Straßenverhältnissen kann ab Anfang dieses Monats eine einheitlich für eine ganze Zone geltende Höchstgeschwindigkeit angeordnet werden. In der Regel wird es die Geschwindigkeit 30 km/h sein. Ich habe die Straßenverkehrsbehörden bereits gebeten, über Anträge auf Zonengeschwindigkeitsbegrenzungen soweit irgend möglich positiv zu entscheiden, weil wir hierin unter anderem auch eine Möglichkeit der größeren Verkehrssicherheit sehen.

In Einzelfällen kann der Verkehrssicherheit auch dadurch mehr Rechnung getragen werden, daß bei starkem Durchgangsverkehr gezielte Eingriffe in das Straßennetz vorgenommen werden, zum Beispiel durch Schaffung von Sackgassen, sogenannten Schleifenstraßen oder durch die Schaffung von Einbahnstraßen.

Dabei muß man natürlich immer aufpassen, meine Damen und Herren, daß man nicht nachher den Verkehr in bisher ruhige Straßen abdrängt und dadurch das Problem sozusagen nur von einer Ecke der Gemeinde in die andere schiebt. Das ist sicherlich nicht das Ziel.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren, die Landesregierung ist mit dem Bundesminister für Verkehr der Auffassung, daß besseres Verhalten im Straßenverkehr nicht durch immer weitergehende Gebote und Verbote erzwungen werden kann, daß dies nicht das Hauptziel sein soll. Das schließt nicht aus – wie Herr Kollege Kribben es hier auch zum Ausdruck gebracht hat –, daß das **Straßenverkehrsrecht** überarbeitet wird, um auf diesem Wege mehr Verkehrssicherheit und Anpassung an veränderte verkehrliche Verhältnisse zu erreichen.

Die Bundesregierung hat in ihrem **Verkehrssicherheitsprogramm** eine breite straßenverkehrliche Offensive für mehr Verkehrssicherheit eröffnet. Die Landesregierung wirkt daran aktiv mit. Ich freue mich, daß die Vorschläge, die hier gemacht werden, meines Wissens auch von der SPD – von einer sehr breiten Mehrheit – im wesentlichen mitgetragen werden. Das erleichtert auch die Realisierung im Bundesrat.

In erster Linie geht es dabei nicht um höhere Bußgelder,

(Beifall bei der CDU)

auch nicht – hier hat es auch eine kleine Diskussion gegeben – um eine Perfektion des Bußgeldkatalogs bis zum letzten, bei dem dann sogar der Radfahrverkehr auf der Insel Helgoland geregelt wird. So perfektionistisch brauchen wir nicht zu sein. Es geht im Grunde darum, durch solche Maßnahmen zu erreichen, daß die Verkehrsteilnehmer besser auf ihre eigene persönliche Aufgabe im Straßenverkehr vorbereitet sind. Dazu dient die Pflicht für Mofafahrer, künftig nicht nur theoretische Kenntnisse, sondern auch eine praktische Ausbildung nachzuweisen. Die **Mofaschulen** unserer Polizei haben in diesem Sinne bereits Maßstäbe gesetzt. Ich halte das für notwendig, meine Damen und Herren, und unterstütze es gerade angesichts der Unfallentwicklung bei diesem Fahrzeugbereich mit allen Kräften.

Generell ist bei der Ausbildung von künftigen Fahrerlaubnisinhabern mehr auf rücksichtsvolles, verantwortungsbewußtes Fahren zu achten. Das gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein wichtige Überlandfahren auf Bundes- und Landesstraßen ist mehr zu üben.

(Minister Dr. Westphal)

Damit Fahrlehrer die gesteigerten Ausbildungsinhalte auch vermitteln können, soll ihre Ausbildung verlängert und auf den sicherheitsrelevanten Gebieten sowie bei der Verbesserung der pädagogischen Fähigkeiten noch aktiviert werden.

In der **Fahrerlaubnisprüfung** sollen noch mehr als bisher sicherheitsrelevante Fragen gestellt werden. Das heißt, daß die Prüfung schwerer wird, die Ausbildung länger dauert. Das ist zunächst etwas, was man unter dem Gesichtspunkt der Entbürokratisierung bedauern könnte. Aber auf der anderen Seite verbinden wir damit die berechtigte Hoffnung, daß weniger Unfälle entstehen. Selbst wenn Sie den menschlichen Aspekt, der hier der wichtigste ist, einmal unberücksichtigt lassen, heißt das letztlich auch volkswirtschaftlich weniger Schäden. Sie haben die enorm hohe Zahl genannt, Herr Kollege Kribben. Das heißt auch weniger Bearbeitung, also letztlich auch wieder Entlastung auf der Seite der Bürokratie. Unter all diesen Gesichtspunkten, meine ich, können diese Schritte unterstützt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wegen der hohen Unfallbeteiligung von Fahranfängern halte ich es weiter für erforderlich, mit dem **„Führerschein auf Probe"** einen weiteren verkehrserzieherischen Effekt herbeizuführen. Kern dieses Konzepts ist die theoretische und fahrpraktische Nachschulung von Fahranfängern, die in der Probezeit von zwei Jahren auffällig geworden sind. Ihr Verkehrsverhalten kann auf diese Art und Weise korrigiert werden. Und die Zahl der Unfälle durch Fahranfänger liegt eben relativ hoch. Daher scheint mir das eine vernünftige Maßnahme zu sein.

Ein Hineinwachsen in die Verantwortung als motorisierter Verkehrsteilnehmer wird insbesondere durch den Stufenführerschein für Motorradfahrer erreicht. Nachdem 18- und 19jährige Anfänger auf dem Motortorrad zunächst nur ein Motorrad mit beschränkter Leistung führen dürfen, wird die aus der höheren Risikobereitschaft dieser Altersgruppen nun einmal gegebene entsprechende Gefahr gemildert. Schließlich sind Möglichkeiten, durch verbesserte technische Schutzvorschriften die Verkehrssicherheit zu erhöhen, zu nutzen, zum Beispiel mehr Schutz für Radfahrer, Verpflichtung für Motorradfahrer, auch am Tage mit Abblendlicht zu fahren,

(Beifall bei der CDU)

Ausdehnung der Schutzhelmtragepflicht für Mofafahrer ab 1. Oktober dieses Jahres, Überprüfung der Vorschriften der Straßenverkehrsordnung zum besseren Schutz der Fußgänger.

Meine Damen und Herren, ich will mich im wesentlichen auf diese Schwerpunkte beschränken. Ich habe bewußt davon abgesehen, zu anderen zur Zeit sehr stark diskutierten Themen Stellung zu nehmen, weil das auch außerhalb der Fragestellung der CDU-Fraktion liegen würde, etwa zu der Frage des Katalysator-Autos und seiner Einführung. Das hat ja wohl – ich möchte gleich nachfolgende Redner darauf hinweisen – mit der Frage der Verkehrssicherheit nichts zu tun, wenn auch natürlich sehr viel mit der Frage des Umweltschutzes. Ich bin bewußt auch nicht auf die Frage von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Bundesautobahnen eingegangen, weil zur Zeit der Großversuch läuft. Ich glaube, daß wir alle gut beraten sind, die Diskussion dann fortzusetzen, wenn wir das Material haben, das wir alle erst kennen wollen.

(Amthor [SPD]: Es gibt doch genügend Material!)

Ich spreche das bewußt an, damit hier kein Erstaunen darüber herrscht, daß diese Themen von mir nicht vertieft worden sind.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Ich glaube, der Bericht macht sehr deutlich: In der Verkehrssicherheitsarbeit sind sichtbare Erfolge erzielt worden, was die Zahlen angeht.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in der Verkehrssicherheitsarbeit ein gutes System der Zusammenarbeit zwischen Einzelpersonen, Verbänden, Polizei, Schulen und anderen Landesbehörden, ein System, das wir – so glaube ich – konsequent weiter anwenden sollten.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich dies abschließend sagen: Wir haben noch einen langen und weiten, einen wahrscheinlich niemals zu Ende gehenden Weg vor uns, die Menschen zu noch mehr Partnerschaft, zu noch mehr Fairneß, zu noch mehr Menschlichkeit als Verkehrsteilnehmer zu bringen. Dazu wollen wir unsere Kräfte vollen Umfangs anstrengen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gunnesson.

Gunnesson [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich mit Sorgfalt in die Fragestellung der CDU-Landtagsfraktion vertieft, dann wird man leider den Eindruck nicht los, Herr Kribben, daß es sich um eine reine Gefälligkeitsanfrage handelt.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abgeordneten Kribben [CDU])

Gerade elf Fragen – zwei Fragen mehr, als die entsprechende Kleine Anfrage meines Kollegen Abgeordneten Peter Zahn vom November des vergangenen Jahres enthielt – und sechs Unterfragen haben Sie, Herr Kribben, mit Ihrer Truppe zustande gebracht. Und in große Tiefen, Herr Kribben, sind Sie dabei nicht vorgedrungen.

Die **Antwort der Landesregierung** war wie erwartet. Es gab sicherlich positive Aspekte, aber was mich immer wieder stört: Man klopft sich am meisten selbst auf die Schulter,

(Heiterkeit des Abgeordneten Neugebauer [SPD])

(Gunnesson)

als seien die Probleme bereits gelöst

(Graf Kerssenbrock [CDU]: Wie würden Sie das denn machen?)

beziehungsweise voll im Griff. - Problematisieren, Herr Kollege Graf Kerssenbrock!

(Zuruf von der CDU: Ihnen fällt doch nichts mehr ein!)

Die Landesregierung stellt fest: Sie hält die Sicherheit im Straßenverkehr für lebenswichtig - das ist schon eine erstaunliche Feststellung! -,

(Heiterkeit bei der SPD)

sie hält es mit dem mündigen Bürger, der sich in der Verantwortung einer freiheitlich geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung bewähren muß. Wenn sie doch an den mündigen Bürger genauso denken würde, wenn es um die Frage des Demonstrationsrechts geht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Sie dankt allen ehrenamtlich tätigen Bürgern und sieht die Verkehrssicherheit als Daueraufgabe. Wir danken ebenfalls den ehrenamtlich Tätigen und sehen das ebenfalls als Daueraufgabe - das bezieht sich nicht nur auf den Dank, sondern auch auf die Tätigkeit für die Verkehrssicherheit.

Es heißt in der Antwort weiter: Fahrzeugzahl und Fahrleistung sind weiter gestiegen, die Unfallzahlen aber auch; es gab weniger Tote, auch weniger verunglückte Kinder, Jugendliche und ältere Menschen. - Die letzte Feststellung wird aber nur unvollkommen bewiesen. Ich werde darauf eingehen.

Die Landesregierung nennt zwar die Unfallursachen, geht ihnen aber nicht nach. Als Mittel zur Erreichung dieses Ziels „höhere Verkehrssicherheit" werden insbesondere der Straßenbau, die Kraftfahrzeugsicherheit, das Verkehrsrecht, die Erziehung, die Aufklärung und so weiter genannt, jedoch ohne irgendeinen Tiefgang, meine Damen und Herren.

Bei der Frage nach den finanziellen Mitteln muß die Landesregierung fast passen. Sie steht nämlich laut Tabelle, die sie selbst mit veröffentlicht hat, in einer schlechten Position im Vergleich zu den anderen Ländern.

(Beifall bei der SPD)

Dann folgen letztlich die Programme für die Verkehrserziehung in den verschiedenen Altersstufen und so weiter.

Meine Damen und Herren, wir werden uns darüber nicht streiten, daß die **Sicherheit im Straßenverkehr** für alle Bürger eine große, lebenswichtige Bedeutung hat. Wir werden uns ebenfalls nicht darüber streiten, daß jeder einzelne und alle gesellschaftlichen Kräfte mitwirken müssen, die Straßenverkehrssicherheit zu verbessern. Wir stimmen mit Ihnen überein: Ohne Konsens mit den Bürgern wird es der Staat allein nicht schaffen.

(Beifall des Abgeordneten Amthor [SPD])

Aber, meine Damen und Herren, wir werden über den Weg zur richtigen Verkehrssicherheitspolitik streiten, über das Wie zur Erreichung höherer Sicherheit. Oder anders ausgedrückt - in eine Frage gekleidet -: Wie können wir politisch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das Maß unendlichen Leids, das jeweils hinter den **Unfallzahlen** steht, zu verhindern und zu mindern? Das ist unsere Frage.

1983 über 500 000 Verunglückte - diese Zahl ist die letzte umfassende Zahl, die wir haben -, davon über 11 700 getötete Personen, über 145 000 Schwer- und 344 000 Leichtverletzte! Das ist die traurige Bilanz des Straßenverkehrs 1983. Beziehen wir das auf die Zahl der Unfälle mit Personenschäden, so waren es über 370 000, von denen nach den Angaben in der Antwort auf die Große Anfrage über 78 000 auf Schleswig-Holstein entfielen.

Die Unfallzahlen steigen weiter. Das gilt auch, meine Damen und Herren, für die Zahl der Schwerverletzten. Ich will die Zahlen im einzelnen nicht nennen; ich verweise auf die Antwort. Lediglich die Zahl der Getöteten ist - so kann man sagen - Gott sei Dank weiter rückläufig, was mit Sicherheit - darin stimmen wir überein - auf die Gurtanschnallpflicht - ich betone das Grundwort „Pflicht" - zurückzuführen ist.

Meine Damen und Herren, man muß sich schon wundern, wenn die Landesregierung eine starke Abnahme - hier ist davon die Rede, daß das seit 1975 gelte - bei der Zahl der verunglückten Kinder im Alter bis zu fünf Jahren - minus 34,3 % - und bei der Zahl der verunglückten Jugendlichen im Alter von sechs bis fünfzehn Jahren - minus 17,5 % - hinsichtlich der letzten Gruppe damit begründet, daß intensive Verkehrserziehung und Verkehrsaufklärung so erfolgreich waren, ohne dabei zu erwähnen - man hätte ja nur einmal beim Kultusministerium anrufen sollen; dann hätte man etwas über die neuesten **Geburtenraten** seit 1970 erfahren -, daß die Zahl der Kinder und Jugendlichen außergewöhnlich stark rückläufig ist. Dies wird überhaupt nicht in Betracht gezogen.

(Beifall bei der SPD)

Die andauernd hohen Unfallzahlen im Verkehrsbereich, insbesondere im Straßenverkehr, haben für die Landesregierung - und das ist in meinen Augen auch ein Vorwurf - ganz offensichtlich keinen aufrüttelnden Stellenwert. Man nimmt sie so hin und versucht mit den herkömmlichen Mitteln - ich bestreite überhaupt nicht, daß es hier sehr viele Aktivitäten und Aktionen gibt; dies letztlich aber alles, ohne aufzurütteln -, den Menschen von der Wiege bis zur Bahre - und zwar überwiegend den Fußgänger und weniger den Auto fahrenden Menschen - an dieses Geschehen anzupassen.

Ein Blick über die Grenzen: Im internationalen Vergleich - Sie können das alles nachlesen im Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 1983, erschienen als Bundestagsdrucksache X/963 - ist die Unfallbilanz der Bundesrepublik Deutschland beängstigend. Dies

(Gunnesson)

gilt noch immer bei der Zahl der verunglückten Personen und insbesondere der getöteten Kinder. Hier halten wir eine bedenkliche, eine äußerst bedenkliche Spitzenposition und liegen zum Teil dreimal so hoch wie in andere Länder, insbesondere Schweden, aber auch die USA und Japan.

Ich komme damit schon ein bißchen zu dem Thema der Geschwindigkeitsbeschränkungen auf allen Straßen. Haben wir als Verkehrsteilnehmer einen Grund, uns damit zu begnügen, daß die Unfälle mit Todesfolge seit 1970 rückläufig sind? Darf die Öffentlichkeit, dürfen wir uns damit beruhigen lassen, daß die Bundesautobahnen ein geringeres Unfallrisiko aufweisen? Wir hätten von der Antwort der Landesregierung tiefergehende Untersuchungen zu den **Unfallursachen** erwartet.

(Beifall bei der SPD)

Aber wie konnten wir das auch erwarten! Der Wirtschaftsminister hat es ja selbst gesagt: Dies war von der CDU nicht gefragt worden, also konnte man darauf nicht eingehen. Trotzdem, meine Damen und Herren, sind die Antworten der Landesregierung interessant.

Die häufigste Unfallursache mit 34 % ist nicht angepaßte **Geschwindigkeit**.

(Neugebauer [SPD]: Hört, hört!)

An dritter Stelle der häufigsten Unfallursachen steht mit 17,5 % die Verletzung der Vorfahrt, das heißt in den meisten Fällen ebenfalls nicht angepaßte Geschwindigkeiten. Mit über 50 % ist also die Geschwindigkeit Ursache der Unfälle, Anlaß genug, diesem Problem auf den Grund zu gehen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist das einzige Land, in dem es noch für große Teile des Pkw-Verkehrs – immerhin handelt es sich um eine Größe von 25 % des Gesamtverkehrs, der sich auf Autobahnen abspielt – an jeglicher Geschwindigkeitsbegrenzung fehlt. Es stimmt schon nachdenklich, daß das Thema des **Tempolimits** in den vergangenen Jahrzehnten, in denen wir ständig steigende Unfallzahlen hatten, fast tabu war und erst durch das Waldsterben wieder an Aktualität gewonnen hat. Manche haben fast resignierend festgestellt: Nicht der Mensch, sondern erst der Wald hat die Menschen betroffen gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist jedoch nur oberflächlich richtig. Es wird darauf ankommen, das Thema Tempolimit unter Verkehrssicherheitsaspekten – das ist der wichtigste Aspekt –, aber auch unter energiepolitischen, ökologischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten zu beleuchten. Hierbei geht es einerseits um die Einführung eines Tempolimits in Wohngebieten. Ich bin froh, daß das kein Streitpunkt mehr ist, nur wünschen wir uns hier etwas mehr Aktivitäten der Landesregierung und nicht nur passives Verhalten. Andererseits geht es um die erstmalige Verwirklichung eines Tempolimits auch auf Autobahnen. Ich sage Ihnen heute: Wir werden nicht darum herumkommen.

(Beifall bei der SPD)

Jedenfalls werden die anderen europäischen Länder dafür sorgen.

Ich gehe bei meinen Ausführungen auf eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen ein, die Sie offensichtlich alle nicht kennen, denn Sie haben ja bestritten, daß es derartige Erkenntnisse überhaupt gibt. Ich gehe also auf wissenschaftliche Untersuchungen ein, die zum Teil in der „Zeitschrift für Verkehrssicherheit" erschienen sind. Sie sollten diese Zeitschrift vielleicht einmal halten. Zum Teil sind es auch Veröffentlichungen in anderen Zeitungen, wie zum Beispiel der „Frankfurter Rundschau", die dort in vollem Umfange abgedruckt wurden.

1. Die Geschwindigkeit stellt eine zentrale Qualität des Straßenverkehrs dar und ist untrennbar – untrennbar! – mit der Verkehrssicherheit verbunden.

2. Es ist davon auszugehen – alles Feststellungen, die ich belegen kann –, daß das allgemeine Geschwindigkeitsniveau und damit auch das Gefahrenniveau im Straßenverkehr in den letzten 20 Jahren erheblich angestiegen ist.

(Beifall bei der SPD)

Nachgewiesen wurde dies im Außerortsverkehr 1983 bei einem Geschwindigkeitsvergleich mit 1958, da lagen die Zahlen vor. „Ähnliches ist auch für den Innerortsverkehr anzunehmen", stellt die Untersuchung fest. Nicht angepaßte Geschwindigkeit ist immer noch die am häufigsten polizeilich festgestellte Unfallursache. Die Landesregierung liefert ja jetzt den Beweis. In der Antwort auf die Große Anfrage steht wörtlich: Etwa 95 % aller Straßenverkehrsunfälle sind auf menschliches Fehlverhalten zurückzuführen. Es heißt weiter: Häufigste Unfallursache ist nicht angepaßte Geschwindigkeit, nämlich zu 34 %.

3. 60 % der Verkehrsunfälle mit Fußgängerbeteiligung ereignen sich bei Geschwindigkeiten der beteiligten Kraftfahrzeuge von 40 km/h und mehr. Für 1982 gilt: 69 % aller Unfälle mit Personenschäden ereignen sich innerorts. Das Unfallrisiko liegt also innerorts wesentlich höher.

Noch eine Untersuchung: Von Uni Royal wird bestätigt, daß sich nur 21 % der Kraftfahrer an die Höchstgeschwindigkeit halten. Diese wird auch immer als Normalgeschwindigkeit gesehen und nicht als die höchste Geschwindigkeit, die man in einem bestimmten Bereich überhaupt fahren sollte. 43 % überschreiten sie häufig, 32 % manchmal. Ein erheblicher Teil der Autofahrer fährt ständig 20 km/h schneller als erlaubt.

Alle diese Beispiele verdeutlichen das hohe Unfallrisiko durch die Geschwindigkeit. Wer häufig andere **europäische Länder**, zum Beispiel Skandinavien oder den Ostblock, mit dem Pkw bereist und dort auch selbst fährt, dem fallen die dort herrschenden Fahrverhaltensweisen auf. Defensives Fahren herrscht dort vor, besonders bedingt durch Tempolimit auf allen Straßen. Die Unterlagen sind ja im Wirtschaftsausschuß als Umdruck verteilt worden. Im europäischen Vergleich liegen auf Landstraßen die Geschwin-

(Gunnesson)

digkeitsbegrenzungen bei 70 bis 100 km/h, bei Autobahnen zwischen 90 und 120 km/h; Italien bildet mit 140 km/h eine Ausnahme. In diesen Ländern herrscht fast überall eine defensive Fahrweise. Es trifft mit Sicherheit den Kern, wenn die Fahrmentalität in der Bundesrepublik mit „aggressiv" bezeichnet wird.

Man muß sich die Fahrzeuge nur einmal ansehen, wenn sie von Dänemark aus über die Grenze nach Deutschland fahren. Kaum haben sie die Grenze passiert, beginnt die Raserei, die Raserei der dänischen Fahrzeuge und genauso die Raserei der Lkw. Ich finde es doch erstaunlich und eine gute Feststellung beziehungsweise Maßnahme, die man getroffen hat, daß man Lkw mit gefährlicher Ladung an der Grenze zu den Niederlanden gestoppt hat. Das war die Meldung von heute. Wir sollten die Lkw viel mehr in Obhut nehmen. Sie sind es nämlich, die auf den Autobahnen außerordentlich gefährliche Situationen und Reaktionen entstehen lassen. Ich habe es gestern wieder erleben können, wie durch ständige Überholmanöver gefährliche Situationen entstehen, und dies bei Geschwindigkeiten, die zum Teil bei 110 km/h liegen.

(Zimmermann [CDU]: Sie müssen aber auch sagen, weswegen die an der holländischen Grenze festgehalten worden sind!)

- Ich möchte nur auf eine Zeitungsmeldung vom 30. Januar dieses Jahres verweisen, und zwar - der Innenminister ist auch hier - hat die Polizeidirektion Nord in Flensburg festgestellt:

„Auf den Straßen in Südschleswig wird gerast wie nie zuvor. Innerhalb eines Jahres verdoppelte sich die Zahl der Verkehrsunfälle, die überhöhte Geschwindigkeiten zur Ursache hatten."

Dann folgt die Feststellung:

„Es wird aggressiv gefahren. Bei überhöhter Geschwindigkeit als Unfallursache wurden mit 2710 Unfällen im vergangenen Jahr doppelt so viele gezählt wie 1983."

Die Autoindustrie mit ihrer Werbung - so wird hier sehr kritisch angemerkt - trägt nicht dazu bei, daß hier ein bewußteres Verhalten Platz greift.

(Beifall bei der SPD)

Die Polizei fordert in diesem Bericht höhere Geldbußen. Wir fordern **Geschwindigkeitsbegrenzungen** auf allen Straßen - unser Antrag wird hier ja noch behandelt werden -, das heißt auch auf Autobahnen; denn die Folgen dieser aggressiven Fahrmentalität treten nicht nur auf den Autobahnen ein. Deshalb ist die Unfallhäufigkeit auf Autobahnen überhaupt kein Kriterium. Nur derjenige, der diese Zusammenhänge nicht sehen will, kann so argumentieren.

Es muß endlich Schluß sein mit der Raserei auf bundesdeutschen Straßen. Die Bundesanstalt für Straßenwesen hat den Sicherheitsgewinn - es handelt sich hierbei um eine Anhörung vor der SPD-Fraktion im Bundestag im vergangenen Jahr - wie folgt beziffert:

Bei Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen ein Minus von 250 Toten und ein Minus von 1000 Schwerverletzten, außerorts bei Tempolimit von 80 km/h ein Minus von 1000 Toten und 4000 Schwerverletzten, bei Innerortsgeschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h 1000 Tote weniger, 15 000 Schwerverletzte weniger. Insgesamt könnte die Unfallstatistik erheblich verbessert werden,

(Beifall bei der SPD)

wenn es zu dieser Regelung käme.

Diese Einschätzung wird auch von Professor Traube von der Technischen Universität in Berlin geteilt, ja sogar als übermäßig vorsichtig bezeichnet und noch als zu niedrig angesehen. Wir brauchten also diesen Versuch, den die Bundesregierung gestartet hat, überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es lagen genügend Erkenntnisse vor.

In der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage einer Oppositionsfraktion wurden die unfallbedingten volkswirtschaftlichen Gesamtkosten des Kfz-Verkehrs - Herr Kribben hat die Zahl genannt - für 1982 mit genau 37,5 Milliarden DM angegeben.

(Stock [CDU]: Warum sollen wir das machen?)

- Ihre Regierung wirkt doch über den Bundesrat mit, und die meisten Initiativen in dieser Angelegenheit kommen über den Bundesrat. Wenn die Bundesregierung das nicht will, kann man dort einiges unternehmen.

Wer sich angesichts derartiger Fakten und Zahlen immer noch dagegen stemmt, auf allen Straßen der Bundesrepublik zu einem differenzierten Tempolimit zu kommen, der macht sich einfach mitschuldig - mitschuldig an dem Tod von Menschen, mitschuldig an dem Leid von Tausenden von Schwerverletzten. Sie machen sich mitschuldig, Sie können das nicht bestreiten. Sie, das sind die, die so argumentieren - ich sage das jetzt nicht bezogen auf eine bestimmte Person. Diese Argumentation ist gefährlich.

(Minister Dr. Westphal: Das ist eine unerhörte Unterstellung! Unerhört!)

Von 1953 - ich nenne Ihnen noch einmal die gesamten Zahlen, Herr Wirtschaftsminister; wenn Sie die bitte zur Kenntnis nehmen wollen! - bis 1982 gab es über 10 Millionen Unfälle mit Personenschäden. Dabei wurden 442 669 Menschen getötet, 4 345 027 schwer verletzt und 9 122 167 Personen leicht verletzt. Bei weiteren 24 687 999 Unfällen gab es Sachschäden.

Es liegt wirklich der Schluß nahe, daß das fehlende Tempolimit mit dem bösen Spruch „Freie Fahrt für freie Bürger" diese Mentalität über Jahrzehnte hat entstehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie sich am Anfang Ihrer Antwort auf die Große

(Gunnesson)

Anfrage mit Ihrem Pochen auf den mündigen Bürger im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr, mit Ihrem Pochen auf den mündigen Bürger, der sich in der Verantwortung einer freiheitlich geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung bewähren soll, aus der Verantwortung, Entscheidungen zu fällen, herausstehlen wollen. Sie wollen ganz offensichtlich dem Bürger nicht den Rahmen setzen, innerhalb dessen er sich bewähren muß, das heißt aber auch, ihm die Grenzen mit einem differenzierten Tempolimit unmißverständlich aufzuzeigen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Argumentation kann man auch den Schußwaffengebrauch völlig freigeben und letztlich an das Verantwortungsbewußtsein der Bürger appellieren.

(Stock [CDU]: Das ist unerhört!)

Natürlich sind alle gesellschaftlichen Kräfte aufgefordert, die Einsichten bei allen Verkehrsteilnehmern zu stärken, um ein verantwortungsbewußtes Handeln zu erreichen. Dies wird nicht bestritten, aber es reicht nicht aus.

Meine Damen und Herren, verkennen Sie nicht die Gefährlichkeit eines jeden Fahrzeugs. Es kann jederzeit zu einem todbringenden Instrument werden. Ich bleibe dabei: Derjenige und diejenige machen sich mitverantwortlich für den Tod vieler Menschen im Straßenverkehr, für das Leid Tausender Schwerverletzter und der jeweiligen Angehörigen, die das Tempolimit verdrängen und die notwendige Entscheidung verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, wir sind damit bei der Mittagspause angelangt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15.00 Uhr.

Unterbrechung: 12.57 Uhr

Wiederbeginn: 15.00 Uhr

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Wir fahren in der Behandlung des Tagesordnungspunktes 4 – Große Anfrage der Fraktion der CDU zur Verkehrssicherheit in Schleswig-Holstein – fort.

Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Stock gemeldet. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter Stock!

Stock [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Dr. Westphal hat bereits grundsätzliche Ausführungen zur **Verkehrssicherheit** gemacht. Ich möchte mich mit der Sicherheit einzelner Verkehrsgruppen und Verkehrsteilnehmer befassen. Herr Kribben hat ja vom Grundsätzlichen her auch einiges gesagt. Und Herr Gunnesson ist nicht hier; dem hätte ich gern etwas gesagt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich hoffe aber, daß Herr Gunnesson noch eintrifft, und hole das dann nach. Man hat heute morgen ja das Fehlen einiger meiner Freunde hier im Saal bemängelt, aber wenn man in diesem Hause aus der Sicht der Opposition eine verkehrspolitische Debatte einläutet, dann sollte man sich auch anhören, was die Regierung und die Mehrheitsfraktion dazu zu sagen haben.

Meine Damen und Herren, so erfreulich einige Zahlen der **Unfallstatistik** sind, so gibt es auch Gruppen von Verkehrsteilnehmern, die wegen ihrer Unfallhäufigkeit unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen. So ist die Anzahl der verunglückten Radfahrer von 1975 bis 1983 von 2469 auf 3338 gestiegen, also um ganze 55 %. Verglichen mit der durchschnittlichen Zunahme der Verkehrsunfälle und der Fahrleistung der Kraftfahrzeuge von etwa 25 %, ist die Gruppe der **Radfahrer** also in besonderem Maße gefährdet.

Nun weiß jeder, daß der Bestand an Fahrrädern in den letzten Jahren ganz enorm zugenommen hat. Dementsprechend wird das Rad als Verkehrsmittel auch in weit stärkerem Maße als früher genutzt. Das ist sicherlich ein positiver Aspekt, denn schließlich ist das Fahrrad ein sehr gesundes Beförderungsmittel, und zum anderen ist es auch umweltfreundlich. Die Kehrseite dieses vermehrten Radfahrens ist aber auch die gesteigerte Unfallhäufigkeit bei Radfahrern. Daß dennoch die Zahl der tödlich verunglückten Radfahrer von 1975 bis 1983 um 25 % gesunken ist, ist ebenso erstaunlich wie erfreulich. Dennoch ist jeder verunglückte, insbesondere tödlich verunglückte Radfahrer – ich darf Sie, Herr Minister Westphal, zitieren – ein Unfall zuviel. Es muß also alles getan werden, um Radfahrerunfälle gezielt zu vermeiden.

Die Landesregierung ist dazu auf dem richtigen Weg, gewissermaßen, meine Damen und Herren, auf dem richtigen Radweg; denn die Landesregierung hat gerade den **Radwegebau** in den letzten Jahren erheblich forciert. Das ist eines der Instrumente, um die Situation der Radfahrer im Straßenverkehr zu verbessern. Das Stichwort hierzu lautet eigentlich: Trennung der Verkehrsarten. Daß die Landesregierung hierzu bereits Erhebliches geleistet hat und eine führende Position unter den Bundesländern einnimmt, ist ebenso erfreulich wie der Umstand, daß sie ihr erhebliches Radwegebauprogramm auch in dieser Legislaturperiode weiter fortsetzt und damit Kilometer für Kilometer die Sicherheit der Radfahrer verbessert.

Gleiche Anstrengungen, wie sie das Land für Bundes- und Landstraßen geleistet hat, müssen aber auch – und dies wurde heute morgen auch in den Beiträgen deutlich – von den **Kommunen** erbracht werden, damit auch innerorts die Sicherheit der Radfahrer verbessert wird; denn der größte Teil der Fahrradunfälle, der Verkehrsunfälle insgesamt, ereignet sich

(Stock)

ja innerorts. Gerade innerorts kann aber auch ein ausgebautes Radwegenetz den innerstädtischen Kfz-Verkehr entlasten und so in einem weiteren Sinne zur Verkehrssicherheit beitragen.

Neben den baulichen Maßnahmen für Radfahrer muß natürlich durch eine gründliche **Verkehrserziehung** und Aufklärung auf ein verkehrsgerechtes Verhalten der Radfahrer hingewirkt werden. Da Radfahrer überwiegend **Kinder und Jugendliche** sind, sind die Voraussetzungen für Verkehrserziehungsarbeit besonders günstig. Mit Befriedigung stelle ich fest, daß die Antwort der Landesregierung umfassend ist und eine hervorragende Erarbeitung der Verkehrsprobleme auf Landesebene darstellt, meine Damen und Herren - nicht so, wie Herr Gunnesson das heute morgen dargestellt hat -, die deutlich macht, welche Maßnahmen bereits getroffen worden sind. Bereits in der ersten und vierten Klassenstufe ist es Ziel der Lehrpläne für Verkehrsunterricht, die Schüler auch in ihre Situation als Radfahrer einzuführen. Dies ist um so wichtiger, als zunehmend mehr Schüler als Fahrradfahrer am Verkehr teilnehmen und insbesondere mit dem Fahrrad zur Schule fahren. Dementsprechend ist die sichere Beherrschung des Fahrrades im Verkehr das Schwerpunktthema der Verkehrserziehung in den vierten Klassenstufen. Am Ende der Grundschule nehmen dann alle Schüler an einer Radfahrprüfung teil, die aus einer theoretischen und praktischen Prüfung besteht und von Fachleuten, nämlich von unseren Polizeibeamten, abgenommen wird. Die Fahrradprüfung dient dabei auch der technischen Kontrolle dieser Fortbewegungsmittel. Im letzten Jahr wurden etwa 30 000 Radfahrprüfungen erfolgreich abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, zu begrüßen sind auch die Bemühungen, die **technische Sicherheit von Zweirädern** durch Weiterentwicklung der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung und der ergänzenden Richtlinien zu verbessern. Unter Mitwirkung der Landesregierung ist es gelungen, durch verbindliche Einführung von rückstrahlenden Ausrüstungsteilen die Sicherheit der Zweiräder bei Dunkelheit wesentlich zu verbessern. An die Fahrradfahrer appelliere ich allerdings auch, nicht allein auf reflektierende Sichtbarkeitshilfen zu vertrauen, sondern schon bei mäßigen Sichtverhältnissen den Dynamo einzuschalten, auch wenn es Kraft kostet. Wer das nicht tut - und dies ist leider auch bei vielen erwachsenen Radfahrern der Fall -, gefährdet nicht nur sich, er gibt auch ein schlechtes Beispiel, das die intensiven Bemühungen der Verkehrserziehung und ihre Erfolge leichtsinnig beeinträchtigt.

(Beifall bei der CDU)

Wir können, Herr Gunnesson, mit einer **Tempobegrenzung** diese Probleme nicht alle lösen. Ich wollte das eigentlich schon zu Anfang sagen, aber Sie waren noch nicht hier. Im übrigen haben Sie heute morgen in Ihrer Replik - das darf ich Ihnen auch einmal sagen - auf diese eigentlich sehr gute Darstellung der Landesregierung und auch auf die Antwort des Ministers hier eigentlich in demagogischer Weise argumentiert. Wenn ich mit Ihren eigenen Vokabeln von heute morgen antworten wollte, Herr Gunnesson, dann würde ich sagen: Sie sind ein alter Miesmacher.

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Das ging ja schon so weit, daß Sie uns unterstellen und hier anklagen wollten, wir seien zum Teil schuld daran - zumindest begrenzt -, daß es zu viele Tote auf den Straßen gibt. Sie haben hier anscheinend einen sehr großen Denkfehler begangen. Wenn Sie auf der einen Seite argumentieren und uns sagen, daß die Unfälle, die im allgemeinen passieren, auf menschliches Versagen zurückzuführen seien, dann heißt das doch, daß die Verkehrsteilnehmer Verbote und Gebote nicht in ausreichendem Maße respektieren, wahrnehmen und befolgen, und wenn Sie nun mit neuen Verboten und Geboten unseren Straßenverkehr neu regeln wollen, dann müssen Sie doch davon ausgehen, daß das auch wieder nicht in dem erwarteten Umfang angenommen wird. Also, ich glaube, Sie könnten im Blick auf Ihren Vorschlag gar nicht verbindlich nachweisen, daß hier effektive Verbesserungen herauskommen würden.

Zum anderen schließe ich mich der Meinung des Ministers an, daß wir die Auswertung des Großversuchs der Bundesregierung abwarten, dann unsere Rückschlüsse ziehen und unter Umständen auch entsprechende Maßnahmen ergreifen sollten. Nur, Herr Gunnesson, eine pauschale Anklage, wie Sie sie heute morgen hier vorgenommen haben, weise ich zurück.

Meine Damen und Herren, es ist gut, wenn neben der Verkehrserziehung durch die Schule und die Polizei auch die freiwilligen Organisationen der Verkehrssicherheitsarbeit durch ihre Aktionen immer wieder auch Radfahrer zur Beachtung der lebenswichtigen Sicherheitsregeln anhalten, zum Beispiel durch den Einsatz von Moderatoren bei Informationsveranstaltungen mit dem Thema „Kinder als Radfahrer".

Bei den **motorisierten Zweiradfahrern** ist die Zahl der Verunglückten leider überdurchschnittlich hoch - wohlgemerkt: überdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Verkehrsteilnehmern. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt liegen die Zahlen für die einzelnen Gruppen durchaus im allgemeinen Trend. In Schleswig-Holstein stieg die Zahl der Verunglückten von 1975 bis 1983 von 3100 auf 4700 um mehr als 50 %. Erfreulich ist dagegen, daß die Zahl der Todesopfer um 23 % zurückging. Gleichfalls erfreulich ist, daß von 1983 bis 1984 die Gesamtzahl der Unfälle mit motorisierten Zweirädern um mehr als 9 % zurückging.

Dieser Trend kann auf verbesserte Ausbildung - zum Beispiel durch die Mofaschule oder auch durch ein Programm des Deutschen Verkehrssicherheitsrates unter der Überschrift „50 Kubik", bei dem es um eine Einführung in den motorisierten Straßenverkehr geht - zurückgeführt werden. Weiter nenne ich die umfassende Belehrung über die relevanten Gefahren und damit erzielte Verbesserungen des Verkehrsverhaltens, intensive polizeiliche Überwachung und schließlich auch die technischen Verbesserungen an den motorisierten Zweirädern.

(Stock)

Besonders positiv erscheinen die statistischen Tendenzen vor dem Hintergrund, daß seit 1975 die Zahl der Krafträder um etwa 380 % geradezu raketenartig hochgeschnellt ist. Wir beschäftigen uns hier ja mit den Problemen in Schleswig-Holstein, nicht mit denen in Schweden, in den Niederlanden oder in Dänemark.

Auch bei den motorisierten Zweiradfahrern wird die beste Verkehrserziehung diejenige sein, die möglichst frühzeitig beginnt.

(Beifall bei der CDU)

Daher ist es wichtig, in der **Schule** die Schüler der siebenten und der zehnten Klassenstufe verstärkt auf ihre künftige Rolle als Kraftfahrer vorzubereiten. Besonders hervorzuheben ist das Angebot an die vielen Schüler der neunten Klassenstufe an den Hauptschulen, bei den **Mofaschulen** der Landespolizei und der Verkehrswachten den Einstieg in die Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr zu finden. Nur mit Hilfe der drei mobilen Mofaschulen der Polizeidirektionen, der regionalen Mofaschulen und der Verkehrsaufklärer, die alle in Zusammenarbeit mit der Landesverkehrswacht Schleswig-Holstein den Schulen zur Vorbereitung der Jugendlichen auf die Teilnahme am motorisierten Verkehr zur Verfügung gestellt werden, konnten die Ziele der Verkehrserziehung an den weiterführenden Schulen mit den jetzigen guten Ergebnissen erreicht werden.

Auch die **Verkehrserziehungsarbeit der Verbände** leistet wertvolle Beiträge zur Verbesserung des Straßenverkehrsverhaltens der motorisierten Zweiradfahrer. Ich nenne insbesondere das für dieses jahr geplante Sicherheitstraining für motorisierte Zweiradfahrer in Bad Oldesloe, das Zweiradtraining mit Moderatoreneinsatz und die Aufklärungsaktion „Junge Fahranfänger".

In technischer Hinsicht ist die Erarbeitung des **Antimanipulationskatalogs** ein Schritt in die richtige Richtung. Allzu viele Zweiradfahrer frisieren ihre Motoren, um eine höhere Leistung ihrer Zweiräder zu erreichen, die dann in einem Mißverhältnis zu den Sicherheitsvorkehrungen des Fahrzeugs stehen. Sie basteln an allen möglichen Einzelheiten ihrer Zweiräder herum und denken dabei weder daran, daß technische Änderungen meistens einer Genehmigung des TÜV bedürfen, noch daran, daß damit in der Regel die Sicherheit des Fahrzeugs und damit auch des Fahrers erheblich verringert wird. Ich meine, daß nicht nur die Polizei ein schärferes Auge auf die Zweiräder haben sollte, sondern daß insbesondere auch die Eltern dieser Zweiradfahrer prüfen sollten, was denn da wohl hinter dem Haus oder hinter der Garage am Moped oder am Motorrad gebastelt und geschraubt wird.

Ich begrüße es ausdrücklich, daß die Bundesregierung – wie ich höre, mit Zustimmung der Landesregierung – das Tragen eines **Schutzhelmes** auch für Mofa-Fahrer zum 1. Oktober zur Pflicht gemacht hat. Es ist zu hoffen, daß die Helmhersteller bald leichtere Modelle speziell für Mofa-Fahrer anbieten. Damit würde auch die Akzeptanz der neuen Helmtragepflicht erhöht.

Einen besonderen verkehrssicherheitserzieherischen Effekt verspreche ich mir gleichfalls ab 1. Oktober von der zur Pflicht gemachten **praktischen Mofaschulung**. Bisher genügte es ja, wenn Mofa-Fahrer in einer Prüfung ihr theoretisches Wissen nachwiesen, um die ersehnte Mofa-Fahrbescheinigung zu erhalten. Jetzt kommt die Pflicht zur Teilnahme an praktischen Schulungskursen dazu, die von den Schulen oder von den Fahrlehrern angeboten werden sollen.

Da auch bei den jugendlichen Motorradfahrern – obwohl sie gegenüber den Mofa-Fahrern schon etwas älter sind – die Beteiligung an Unfällen überproportional hoch ist – in erster Linie wegen der jugendlichen Risikobereitschaft –, ist auch die Einführung des **Stufenführerscheins für Motorräder** ein geeigneter Schritt, um jugendliche Motorradfahrer von den besonders gefährlichen schweren Motorrädern zunächst fernzuhalten.

Lassen Sie mich jetzt noch eine andere Gruppe von Verkehrsteilnehmern betrachten – das sind unsere älteren Mitbürger. Ihre nachlassenden körperlichen und mitunter auch geistigen Fähigkeiten machen sie im Verkehr besonders anfällig für Unfälle. Daß aber in den letzten zehn Jahren trotz höherer Verkehrsdichte auf unseren Straßen die Zahl der verunglückten **älteren Menschen** zurückging – die Zahl der tödlich Verunglückten sogar um 21 % –, ist besonders erfreulich. Dieser Rückgang findet seine Ursache vermutlich darin, daß in zunehmendem Maße ältere Menschen am Straßenverkehr beteiligt sind, die bereits über eine langjährige Fahrpraxis als Kraftfahrer verfügen. Sie haben also gelernt, sich im Straßenverkehr richtig zu bewegen, und können auch die spezifischen Gefahren durch Autos oder Motorradfahrer richtig einschätzen.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit älterer Menschen ist es auch erforderlich, daß ihnen ihre Leistungseinschränkung bewußt ist. Insbesondere sollten sie im eigenen Interesse regelmäßig ihr Sehvermögen überprüfen lassen.

Die eingeschränkte Leistungsfähigkeit älterer Menschen rechtfertigt es aber nach meiner Ansicht nicht, daß jedem älteren Menschen sein Führerschein entzogen oder daß ihm nach einer Überprüfung seiner Leistungsfähigkeit der Führerschein jeweils mit einer Restlaufzeit von weiteren zwei Jahren verlängert wird. Solche Vorschläge stellen nach meiner Ansicht eine Mißachtung der Würde unserer älteren Mitbürger dar, die zu der Gefährdung, die von manchen älteren kraftfahrenden Mitbürgern ausgehen mag, in keinem angemessenen Verhältnis steht.

(Beifall bei der CDU)

Man sollte also an die Eigenverantwortung älterer Menschen appellieren, den Führerschein abzugeben, wenn sie sich nach eigener Einschätzung oder nach dem Urteil ihres Arztes zum sicheren Führen eines Fahrzeugs nicht mehr in der Lage sehen.

Daneben muß den älteren Menschen natürlich auch geholfen werden, sich im Verkehr richtig zu bewegen. Auch dazu ist in erster Linie die **Verkehrsaufklärung**

(Stock)

gefordert. Der Sozialminister des Landes wird dem gerecht, indem er schon bei der Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern der Verkehrsaufklärung besondere Bedeutung beimißt. Auch die Polizei wendet sich aufklärend an ältere Menschen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf zahlreichen für diese älteren Menschen angebotenen Vorträgen und Veranstaltungen aller Art.

Außerdem unterstützt die Landesregierung zielgruppenorientierte Verkehrssicherheitsarbeit der Verbände und Organisationen – dies wurde in dem Bericht deutlich – für alte Menschen durch die Finanzierung oder Mitfinanzierung von Fortbildungsveranstaltungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Als Maßnahmen der freiwilligen Verkehrssicherheitsarbeit der Verbände möchte ich beispielhaft das Programm des Deutschen Verkehrssicherheitsrates „Ältere Menschen als Fußgänger im Straßenverkehr" nennen, die Ausbildung von Moderatoren für die Verkehrserziehungsarbeit mit alten Menschen durch die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände. 1983 waren in Schleswig-Holstein 130 ehrenamtliche Moderatoren tätig – 130 von insgesamt 500 Moderatoren im ganzen Bundesgebiet –, die in 350 Veranstaltungen mehr als 5000 ältere Bürger über sicheres Verkehrsverhalten informiert haben.

Dieses Zahlenverhältnis beleuchtet schlaglichtartig die intensive Verkehrserziehungsarbeit in Schleswig-Holstein. Die von Herrn Minister Dr. Westphal empfohlenen Fußgängerzonen, verkehrsberuhigten Bereiche, Umgehungsstraßen – mit Geschwindigkeitsbegrenzungen – sind sicherlich ebenfalls wirksame Beiträge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit alter Menschen. Ich schließe mich daher dem Appell des Ministers an die Kommunen an, sich verstärkt dieser Instrumente zur Erhöhung der Verkehrssicherheit gerade auch im **innerörtlichen** Bereich zu bedienen.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere für die Gehörschwachen unter den älteren Menschen sind auch Fußgängerampeln mit akustischen Signalen eine gute Hilfe. Wir sollten bei der Anlage von Fußgängerüberwegen auch Behinderten die nötige Beachtung schenken.

Meine Damen und Herren, ich fürchte, die mir zur Verfügung stehende Redezeit ist zu Ende. Lassen Sie mich zusammenfassen.

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Sie haben noch zwölf Minuten Zeit.

Stock [CDU]:

Die von mir dargestellten Möglichkeiten der Erhöhung der Verkehrssicherheit für spezifische Gruppen der Verkehrsteilnehmer zeigen, daß die Landesregierung im wesentlichen die Probleme dieser Verkehrsteilnehmer erkannt und richtige Maßnahmen ergriffen hat. Gleichzeitig zeigt meine Darstellung aber auch, daß die Verkehrssicherheit ein außerordentlich komplexes Thema ist, an dem ständig mit hohem Einsatz gearbeitet werden muß. Daß die Landesregierung dies auch in Zukunft tun wird, entnehme ich der Fülle neuer Anregungen, die sie in ihrer Antwort aufgezeigt hat. Wir als Fraktion werden sie dabei unterstützen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Herr Abgeordneter Stock, darf ich Sie noch einen Augenblick um Gehör bitten? Sie haben vorhin die Formulierung gebraucht, daß der Abgeordnete Gunnesson ein „alter Miesmacher" sei. Wir sollten davon absehen, persönliche Qualifizierungen hier vorzunehmen.

Sie sind ein neuer Abgeordneter. Wenn Sie die Rede abqualifizieren wollen, dann dürfen Sie dies tun – das wird der Präsident immer durchgehen lassen –, aber nicht die Person.

Stock [CDU]:

Herr Präsident, ich habe mit dem Wortschatz geantwortet, den der Herr Kollege Gunnesson heute vormittag auch gebraucht hat.

(Unruhe und Widerspruch bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Ich bin weiterhin der Meinung, daß meine Ermahnung angebracht war.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Meyer das Wort.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Es ist gut, daß man einmal anhand von Zahlen die Entwicklung auf diesem so wichtigen Sektor verfolgen kann. In Friedenszeiten ist der **Straßenverkehr** immer noch die Hauptursache für eine unheilvolle Dezimierung der Bevölkerung.

Leider hat man sich in unheimlichem Maße an diesen Zustand gewöhnt. Man muß mit dem Verkehr leben. Auch auf diesem Gebiet ist festzustellen, daß sich **menschliche Verhaltensweisen** nicht im selben Maße wie die technischen Möglichkeiten fortentwikkelt haben.

Die Hauptursachen der Unfälle sind in allzu hohem Grade auf aggressives Verhalten und Alkoholkonsum zurückzuführen. Dies läßt den Schluß gerechtfertigt erscheinen, daß die Ursachen letztlich im psychologischen Bereich zu suchen sind. Wenn das stimmt, müssen sie auch auf diesem Gebiet bekämpft werden, das heißt durch Erziehung und Einwirkung auf menschliche Verhaltensweisen.

Mit anderen Worten: Teilnahme am Straßenverkehr ist eine charakterliche Frage und keine sportliche

(Meyer)

Darstellung. Wenn diese Erkenntnis Allgemeingut würden, wären wir einen guten Schritt weitergekommen.

Was können nun der Gesetzgeber und die öffentliche Verwaltung dazu beitragen? Erstens bin ich mit dem Bericht darin einig, daß in erster Linie aufklärerische Maßnahmen stattfinden müssen. Zweitens – und das ist nicht minder wichtig – sollte man über die Gestaltung der Bebauungspläne einen größeren Einfluß auf das Verkehrsgeschehen nehmen, das heißt den Bau von Radwegen, verkehrsberuhigten Zonen und so weiter.

Die Annahme, daß der fließende Verkehr bei der **Stadtplanung** erste Priorität haben sollte, ist ein Trugschluß. Erste Priorität muß die Lebensqualität haben.

(Beifall des Abgeordneten Amthor [SPD])

Dazu gehört die Sicherheit der Menschen, der sich die Interessen zügigen Verkehrsgeschehen unterzuordnen haben.

Ich denke hier auch an die immer wieder beschworene Stellung des **öffentlichen Personennahverkehrs** im Verkehrsablauf. Hier liegt noch ein sehr weites unbestelltes Feld.

(Beifall des Abgeordneten Amthor [SPD])

Eine Priorität des ÖPNV würde mit Sicherheit das Unfallgeschehen einschränken, wobei sich außerdem notwendige positive Folgerungen hinsichtlich der verringerten Umweltbelastung ergeben würden.

Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen. Diese Erkenntnis ist auch keineswegs neu. Sie wiegt jedoch mit jedem ungenutzten Jahr schwerer, weil sich die Verkehrsdichte in jedem Jahr erhöht.

Ein Bericht über diese Materie ändert an den Tatsachen gar nichts. Erforderlich wäre es, aus den – ich hätte fast gesagt, antiquierten – Erkenntnissen endlich verstärkt die praktische Nutzanwendung zu ziehen. Dazu ist die Regierung aufgefordert und sicherlich der Unterstützung des ganzen Hauses gewiß.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Amthor.

Amthor [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stock, war das, was Sie hier vorgetragen haben, eigentlich Ihr eigener Beitrag oder war das schlicht und ergreifend das Ablesen und Vortragen dessen, was die Landesregierung aufgeschrieben hat? Denn wesentlich neue Punkte, die nicht schriftlich in der Antwort auf die Große Anfrage enthalten sind, haben wir nicht gehört.

(Beifall bei der SPD)

Herr Gunnesson hat zu Anfang schon eine Einschätzung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage gegeben. Ich möchte sie anhand einiger Beispiele noch untermauern.

Erstens: Die Landesregierung stellt mit großem Stolz in ihrer Antwort dar, wieviel Kilometer **Radwege** in Schleswig-Holstein gebaut worden sind. Wenn man die Kilometer alle zusammenzählt, ist das sicherlich eine beeindruckende Zahl.

(Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Damit sind wir völlig einverstanden. Nur, wenn man jetzt einmal nachfragt, was Sie nicht aufschreiben, dann stellt sich die Frage: Wie verteilen sich eigentlich diese Kilometer Radwege auf das Land Schleswig-Holstein? Kann man wirklich von einem Radwegenetz sprechen oder muß man von einem Radwege-Flickenteppich sprechen?

Lassen Sie mich das belegen. Ein Radwegenetz bedeutet doch, daß man das Fahrrad wirklich als eigenständiges Verkehrsmittel begreift und deswegen Radwege auch als eigenständige Verkehrswege betrachtet und sie nicht nur als Anhängsel an irgendwelche Autostraßen hängt. Das bedeutet: Ein geschlossenes Radwegenetz muß den Schwerpunkt darauf legen, daß ich mit dem Fahrrad auch unabhängig von irgendwelchen Autostraßen an meinem Zielort hinkommen kann.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Latendorf [CDU])

– Das bedeutet nicht, Herr Latendorf, daß man nun unbedingt jeden Radweg asphaltieren und so bauen muß, als ob man eine Autobahn baut.

(Latendorf [CDU]: Hör doch damit auf!)

Das muß natürlich nicht sein.

Ich möchte ein anderes Beispiel anführen. Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, das auf seinen Fremdenverkehr stolz ist, sollte es wirklich ein Werbeslogan sein: „Ferien in Schleswig-Holstein mit dem Fahrrad". Wenn Sie das heute auf Ihre Werbeprospekte schreiben würden, wäre das eine glatte Irreführung der Bevölkerung. Denn das oberste Gebot ist bei uns immer noch der Autobahnbau.

(Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Ich möchte das an einem Beispiel aus der Stadt Offenbach darlegen. Diese Stadt hat es verstanden, die Radwege farblich abzuändern. Diese Wege sind sofort erkennbar als eigene Fahrspur. Vor Ampeln sind die Radwege beispielsweise ausgeweitet, so daß man sich nebeneinander aufstellen kann. Denn wer einmal auf dem Drahtesel durch die Stadt gefahren ist und gesehen hat, wie gefährlich es ist, gerade wenn „Grün" kommt, anzufahren, der wird verstehen, daß es für Radfahrer sehr wichtig ist – wenn das Rad ein eigenständiges Verkehrsmittel sein soll –, eigene Wege und eigene Ampelschaltungen vorzufinden.

Der nächste Punkt: Wenn man einmal in die Veröffentlichungen der Stiftung Warentest hineinguckt, die sehr oft Fahrräder testet – Herr Stock, ich hätte

(Amthor)

erwartet, daß Sie darauf eingehen würden –, und sich anguckt, wie katastrophal sehr oft die Testergebnisse in puncto Sicherheit sind, dann muß es doch unsere gemeinsame Forderung sein – ich hoffe, da stimmen Sie mit mir überein –, endlich einmal einen **bundeseinheitlichen Sicherheitsstandard für Fahrräder** zu kriegen, noch dazu, wenn es sich um Fahrräder für Kinder handelt.

(Zustimmung des Abgeordneten Stock [CDU] – Beifall bei der SPD)

– Gut, dann sind wir einer Meinung.

Zweitens: Die Sozialministerin hat sich in ihrem sozialen Bürgerprogramm unter anderem auch für Maßnahmen für **Behinderte** ausgesprochen. Nur, wenn man die Antwort auf die Große Anfrage nachliest, dann findet man dort praktisch an keiner Stelle eine Aussage über Behinderte. Sie haben ganz lapidar gesagt, Herr Stock, daß man die Kantsteine absenken soll.

(Zuruf des Abgeordneten Stock [CDU])

– Darauf komme ich gleich noch. – Dann lassen Sie uns doch gemeinsam die Landesregierung auffordern, die Kommunen wirklich verstärkt zu ermuntern, auch finanziell zu ermuntern, überall die Kantsteine abzusenken.

(Stock [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Dann gehört dazu auch, daß man die Blinden und die Sehgeschädigten – nicht die Gehörgeschädigten, wie Sie gesagt haben – durch eine akustische Ampel schützt. Die Hörgeschädigten können das ja nicht hören. Wenn Sie nun schon meinen „SIB" abschreiben, dann sollten Sie ihn richtig abschreiben.

(Rösler [CDU]: Ach du lieber Gott! – Zuruf des Abgeordneten Stock [CDU])

Es geht also um die Blinden und um die Sehgeschädigten. Das – so meine ich – müßte die Forderung sein, Herr Stock. Wir müssen überall im Land, an jeder Ampel und nicht nur an einigen wenigen – hier vor dem Landeshaus piept es ja öfter –, solche akustischen Signale haben; überall im Land brauchen wir die.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Wir sind sicherlich alle froh, daß die Zahl der **verunglückten Kinder** zurückgegangen ist. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Wir sind alle der Meinung, daß jeder Unfall ein Unfall zuviel ist. Aber leider bedarf es sehr oft – so makaber es klingt – eines Unfalls, noch dazu eines tödlichen Unfalls eines Kindes, damit überhaupt etwas passiert. Das möchte ich an Beispielen deutlich machen.

In Kaltenkirchen, in meiner Heimatstadt, haben Eltern gemeinsam mit der Verwaltung lange eine Ampel vor einer Schule gefordert. Nichts passierte. Verkehrszählungen ergaben: Es sind zuwenig Autos pro Stunde, als daß die eine Ampel rechtfertigen würden! Daraufhin wurde – so traurig das ist – ein Kind totgefahren. Was steht da jetzt mittlerweile? – Eine Ampel! Warum mußte es erst so weit kommen?

(Beifall bei der SPD)

Zweites Beispiel! In einem kleinen Ort in der Nähe von Kaltenkirchen kämpfte ein Gemeindevertreter lange Zeit für eine entsprechende Sicherung – Zebrastreifen, Ampel oder ähnliches – vor einer Schulbushaltestelle. Nichts passierte. Die Verkehrszählung ergab wieder, daß der Autoverkehr pro Stunde dafür nicht ausreicht. Erst als seine eigene Tochter beim Verlassen des Schulbusses tödlich überfahren wurde, obwohl sie sich völlig korrekt verhalten hatte, fand man einen Dreh – ich sage bewußt „Dreh" –, so daß dort heute eine Ampel steht. Wenn man sich mit denen, die dafür verantwortlich sind, unterhält, dann geben die einem immer noch zu: Eigentlich dürfte die da gar nicht stehen, aber nun steht sie da, und es sieht ja auch ganz gut aus. Da mußte erst wieder ein Kind totgefahren werden, damit etwas passierte.

Dann möchte ich noch ein drittes Beispiel anführen. Herr Böge und ich haben uns aus einem ähnlichen traurigen Anlaß gemeinsam darum gekümmert, daß an einer bestimmten Stelle etwas passiert, und diese Bemühungen scheinen – das darf ich wohl sagen – Früchte zu tragen. Aber auch dort mußte erst wieder etwas passieren.

Herr Minister, ich fordere Sie auf, daß Sie zum Beispiel bei Straßenbauverwaltungen, bei Verkehrsaufsichtsbehörden und ähnlichen Dienststellen ein Machtwort sprechen, damit man endlich diese bürokratischen Hemmnisse abbaut. Wenn sich Bürger an die Verkehrsaufsicht und an die Straßenbauverwaltung wenden, dann fordern sie ja nicht aus Jux und Dollerei, daß eine Verkehrssicherung kommt, sondern sie haben ernste Sorgen um ihre Kinder. Und das sollten wir bitte ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Apropos Schulbus, **Schulbushaltestellen**! In dem Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung von 1984 heißt es unter anderem – ich darf zitieren, Herr Präsident –:

„Die Bundesregierung hat ferner bei den Ländern die Erarbeitung eines bundeseinheitlichen Anforderungenkataloges für Schulbusse angeregt, um die in aller Regel für Erwachsene gebauten Kraftomnibusse kindgerechter zu gestalten und so das Verhalten von Kindern besonders zu berücksichtigen. Die daraufhin von den Ländern eingegangenen Vorschläge werden zur Zeit ausgewertet und sollen dann in den zuständigen Bund-Länder-Fachausschüssen sowie mit den betroffenen Verbänden erörtert werden. Die Bundesregierung appelliert darüber hinaus an die Länder und Gemeinden, bei der Auswahl und bei der Anlage von Schulbushaltestellen dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit Vorrang einzuräumen. Sie selbst stellt für solche Haltestellen an Bundesfernstraßen vorrangig Mittel bereit."

(Amthor)

Ich frage die Landesregierung: Was haben Sie eigentlich gemeldet? Was ist aus diesen Beratungen in Schleswig-Holstein herausgekommen? Wieweit unterstützen Sie jetzt mit diesem Appell der Bundesregierung die Gemeinden?

(Beifall des Abgeordneten Neugebauer [SPD])

Ich meine, daß wir hier endlich einmal dahin kommen müssen, auch für den Linienverkehr Schulbusse zu kriegen, die den Kindern angemessen sind. Wer einmal mit solch einem Schulbus - dann, wenn er proppevoll ist - gefahren ist, weiß, wovon ich spreche. Dazu - so meine ich - gehört es auch, Herr Minister, daß man beispielsweise akustische Rückfahrwarneinrichtungen an LKW und Bussen einführt. Wie oft liest man, daß ein Kind von einem LKW, der rückwärts gefahren ist, überfahren wurde? Der LKW- oder der Busfahrer kann nichts sehen. Das muß - so meine ich - auch kommen. Deswegen hoffe ich, daß wir darin Ihre Unterstützung haben werden.

Ein nächster Punkt - das ist ein ganz besonders trauriges Kapitel -: Alle von Ihnen haben vermutlich Kinder, und wer sich einmal genauer angeguckt hat, wie die Kinder leiden, wenn sie im Auto in sogenannten **Baby- oder Kindersitzen** untergebracht werden, wird das bestätigen: In der Regel bestehen diese Sitze für Kleinkinder aus Styropor, Styropor mit schwarzem Nylon überzogen. Das schwarze Nylon paßt natürlich hervorragend zu Papas Rallye-Streifen am Auto. Aber Styropor wird als Wärmedämmstoff benutzt. Resultat ist ein Wärmestau bei den Kindern - und dies noch besonders im Sommer.

Wir können uns technisch fast alles erlauben. Wir können fast alles entwickeln. Bloß einen vernünftigen **Sicherheitsgurt**, serienmäßig eingebaut, der mit dem Kind wächst, der das Kind nicht gefährdet, den gibt es offenkundig noch nicht. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, solche Initiativen aktiv und massiv zu unterstützten.

(Beifall bei der SPD)

Viertens: Ich möchte zum Abschluß noch auf ein Stichwort eingehen, das sich wie ein roter Faden durch die Antwort zieht: die autogerechte Straße, der **autogerechte Straßenbau**. Es ist sicherlich unbestritten, Herr Minister, daß gerade und glatte Straßen, gute Straßen ein Beitrag zur Verkehrssicherheit sind. Dazu gehören auch Umgehungsstraßen. Darüber sind wir uns völlig einig. Nur meine ich, daß es auch eine Reihe von Fällen gibt, in denen solch ein Straßenausbau widersinnig wird. Dazu möchte ich nur ein Beispiel nennen.

Im Kreis Stormarn wurde vor zehn Jahren beschlossen, die K 31 auszubauen, eine Straße zwischen Grönwohld und Linau; ich nenne nur einmal diese beiden Orte. Diese Straße führte in den Ort Grönwohld mit zwei mehr oder weniger scharfen Kurven hinein, davor war ein kurzes Stück gerade Strecke. Das Resultat war, daß die Autofahrer, die in den Ort hinein wollten, mit der Geschwindigkeit heruntergehen mußten und mit höchstens 50 km/h in den Ort hineinfuhren. Nach Aussagen der Bürger dort hat es nie einen Unfall gegeben, mit Ausnahme eines Unfalls; ein Möbelwagen ist einmal in den Graben gefahren, weil er die Kurve offenkundig eben doch nicht im Monza-Stil nehmen konnte. Was passierte nun? Vor zehn Jahren wurde beschlossen, diese Straße verkehrsgerecht und sicher zu bauen, sprich zu begradigen. Resultat ist: Jetzt kann man nicht mit 50 km/h, man kann jetzt mit 80 km/h bis 100 km/h in den Ort hineinfahren, um dann vor einer Ampel in die Bremse zu steigen. Obwohl sich die Bürger massiv gegen diese Straßenbaumaßnahme gewehrt haben, obwohl sie sich bemüht haben, Alternativen aufzuzeigen - es ist ja nicht nur so gewesen, daß sie nein gesagt hätten -, wurde gesagt: Beschlossen ist beschlossen; das wird gebaut! - Nun ist die Straße da. Dabei zeigt ein Blick über die Landesgrenze, Herr Stock - nicht nach Skandinavien, sondern nach Niedersachsen -, daß man in Niedersachsen zum Teil wieder so vorgeht, daß man begradigte Straßen dort, wo so gerast wird, wieder aufhebt und Kurven einbaut, damit man langsamer fährt. Ich habe selber diese Eingabe, die ich eben kurz geschildert habe, bearbeitet. Ich habe mir das angeguckt. Ich habe diese Straßenbaumaßnahme nicht begriffen.

(Beifall des Abgeordneten Schulz [SPD])

Da frage ich mich doch nun wirklich: Welchen Sinn haben solche Straßenbaumaßnahmen? Wir müssen doch auch heute bei jeder Straßenbaumaßnahme unter dem Gesichtspunkt Verkehrssicherheit nachfragen, ob die alte Lösung nicht gegebenenfalls auch die bessere ist.

(Beifall bei der SPD)

Über die Bürgernähe des Herrn Landrats wollen wir uns hier gar nicht unterhalten. Daraus kann man nun sicherlich einen eigenen Tagesordnungspunkt machen, wie er mit dem Eingabenausschuß des Landtages und seinen Bürgern als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung umspringt.

Zum Abschluß ein Hinweis: Auf der B 433, Kreuzung AKN hat man eine Sprungschanze abgeschafft. Diese Sprungschanze war sicherlich für die Autofahrer sehr gefährlich. Resultat nun ist aber: Die Sprungschanze ist weg, dafür liegen die Motorradfahrer flach, da jetzt der Winkel zwischen Schienen und Straße so unglücklich geworden ist, daß die Motorradfahrer mit ihren Motorrädern auf diesen Schienen garantiert ins Rutschen kommen. Es soll nach Aussagen von Motorradfahrern innerhalb eines Monats mindestens zu sechs schweren Verkehrsunfällen gekommen sein. Ich meine, daß das auch Punkte gewesen wären, die man einmal in einer Großen Anfrage hätte abfragen können. Aber wenn man die Landesregierung nicht ärgern will, dann fragt man so etwas besser nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort erhält jetzt der Herr Wirtschaftsminister.

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann ja verstehen, meine Herren von der SPD, daß Sie sich darüber ärgern, daß nicht Sie diese Große Anfrage gestellt haben, und daß Sie jetzt versuchen, eine Initiative der CDU – jetzt will ich das Wort nicht verwenden, Herr Präsident! – in den Dreck zu ziehen. – So darf ich es, glaube ich, noch ausdrücken.

Ich meine, es ist gut, daß wir einmal über Verkehrsinformation, Verkehrsaufklärung und **Verkehrssicherheit**, vor allem über das **Verhalten der Menschen** dabei sprechen. Wir alle sollten eigentlich dankbar sein, daß dieses Thema, das in der Öffentlichkeit oft im Schatten steht, hier einmal in dieser Weise diskutiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe bei Ihnen auch erkannt, daß die Dankbarkeit relativ groß ist. Das einzige, was Sie gemacht haben, war eine kleinliche Mäkelei an Dingen, die gar nicht gefragt waren.

(Beifall bei der CDU)

Das war ja auch nicht erstaunlich viel.

Das Erstaunlichste, was hier vorgetragen wurde, ist nun das, was Herr Amthor über die **Radwege** gesagt hat. Ich möchte ganz gern einmal aus der Antwort zitieren, Herr Kollege Amthor, damit Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen, was in diesem Land seit vielen Jahren vorbildlich für die gesamte Bundesrepublik Deutschland im Radwegebau gemacht wird.

(Zuruf von der CDU: Das war wieder ein Eigentor!)

Aber vielleicht ist es nicht so angenehm, sich Zahlen anzuhören. Ich kenne Ihr gebrochenes Verhältnis zu Zahlen, meine Damen und Herren. Im Bundesgebiet gibt es – –

(Selzer [SPD]: Sie sind wie immer schnoddrig!)

– Bitte? – Ich kann Sie leider nicht verstehen, Herr Selzer. Ich höre Sie sonst immer sehr gern.

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Herr Abgeordneter Selzer, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Die Radwege an den Bundesstraßen nehmen sich wie folgt aus: Im Bundesdurchschnitt haben 29 % der Bundesstraßen Radwege; in Schleswig-Holstein sind es 74 %.

(Beifall bei der CDU)

Im Durchschnitt der Landesstraßen in der Bundesrepublik Deutschland – also aller Länder – sind 12 % aller Landesstraßen mit Radwegen versehen; in Schleswig-Holstein sind es 27 %! 27 % – da können Sie doch einmal Beifall geben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Amthor?

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ja, gleich, wenn ich meine Zahlen zu Ende genannt habe. Moment, Herr Amthor!

Bei den Kreisstraßen sind es im Bundesdurchschnitt 8 % und bei uns 20 %. Ich glaube, diese Zahlen müssen hier noch einmal deutlich genannt werden.

(Beifall bei der CDU)

Amthor [SPD]: Herr Minister, können Sie mir bestätigen, daß ich darauf abgehoben habe, daß es mir darauf ankam festzustellen, daß Radwege eben nicht nur als Anhängsel an Straßen gesehen werden, sondern daß es ein eigenständiges Radwegenetz geben muß?

– Ja, darauf komme ich jetzt, Herr Amthor. Wir haben mit erheblichen Mitteln in den Fremdenverkehrsgebieten in Schleswig-Holstein durch ein besonderes Programm – das haben Sie jetzt vielleicht nicht vor Augen – gerade in diesen Gebieten geschlossene Radwegenetze bewußt gefördert, wobei ein **Radwegenetz an Bundes- und Landesstraßen**, das so dicht ist wie bei uns, natürlich mehr und mehr zu einem Netz wird. Gucken Sie sich aber auch einmal an, Herr Amthor – ich glaube, das kennen Sie –, mit welchen Schwierigkeiten wir heute zu kämpfen haben, wenn wir Radwege bauen, und was uns entgegengehalten wird – Herr Gunnesson wird sich an einen bestimmten Fall erinnern –, wenn wir versuchen, von einer Landesstraße Radwege abzusetzen. Da wird uns nämlich von besorgten Eltern entgegengehalten: Bitte tut das nicht, weil damit die Sicherheit unserer Kinder gefährdet ist. Ich denke, gerade auf Radwegen, die viel von Schulkindern befahren werden, haben wir solchen Wünschen und Sorgen auch Folge zu leisten. Nur, das berechtigt dann nicht zu dem Vorwurf, wir schafften Radwege, die nur Anhängsel von Bundesstraßen seien, wenn wir hier dem Wunsch der Bevölkerung folgen.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Behauptung, Herr Amthor, Urlauber könnten nicht nach Schleswig-Holstein kommen, weil es keine Werbung für Fahrradwege und Fahrradfahren gibt, ist ja nun geradezu erstaunlich.

(Beifall bei der CDU)

Gehen Sie doch einmal in die **Fremdenverkehrsorte** des Landes, dann sehen Sie, welch breitgefächertes Angebot es gibt. Gucken Sie sich doch einmal die Prospekte an, die mehr und mehr entstehen von Unternehmen, die Radwanderungen für Schleswig-Holstein vorschlagen. Ich möchte hier die Aktivitäten des Fremdenverkehrsverbandes Schleswig-Hol-

(Minister Dr. Westphal)

stein unterstreichen, die in diese Richtung gehen. Es ist ja nicht von ungefähr, Herr Amthor, daß der Fremdenverkehrsverband auf der ITB die silberne Reisekutsche verliehen bekommen hat. Wenn man Sie hört, kann man sich nur mit Erstaunen fragen, woher es eigentlich kommt, daß Schleswig-Holstein in der Beliebtheit bei den Urlaubsgästen inzwischen weltweit an fünfter Stelle liegt, an zweiter Stelle in der Bundesrepublik Deutschland und Baden-Württemberg inzwischen überholt hat. Wenn man Sie hört, kann man sich eigentlich nur vorstellen, keiner könnte hierher kommen, zumindest nicht derjenige, der gern Fahrrad fährt. Dies ist absolut falsch.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann man sich natürlich über dieses und jenes unterhalten, aber ich sehe es nicht als Aufgabe der Landesregierung an, dafür zu sorgen, daß **Kindersitze** in Autos nur aus einem bestimmten Material hergestellt werden. Dies ist eine Frage, die der Autofahrer, die Eltern, für ihre Kinder zu entscheiden haben. Es gibt eine Fülle von Angeboten an Kindersitzen. Wenn wir vom mündigen Bürger sprechen – und er ist mündig als Konsument –, dann hat er das Recht und die Pflicht, sich für sein Geld das auszusuchen, was für sein Kind am besten ist. Da sollten wir nicht von oben her, vom Staat her, irgendwelche Richtlinien oder Vorschläge machen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen – – Sie haben noch eine Zwischenfrage?

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Sie lassen eine Zwischenfrage zu, Herr Minister?

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ja!

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Bitte, Herr Abgeordneter Amthor.

> **Amthor** [SPD]: Herr Minister, wenn Sie das so sehen, können Sie mir dann bitte einmal erklären, warum zum Beispiel die Bundesregierung sehr großen Wert darauf legt, daß es in der Bundesrepublik einheitliche Gurtschlösser gibt, wo sich doch jeder mündige Bürger sein eigenes Gurtschloß aussuchen dürfte?

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Entschuldigen Sie, wir haben eben von Kindersitzen gesprochen, wenn ich Sie daran erinnern darf.

(Amthor [SPD]: Das ist doch die gleiche Ebene!)

– Gurtschlösser haben eine völlig andere Funktion.

(Zuruf des Abgeordneten Amthor [SPD])

– Nun hören Sie doch einmal zu! Gurtschlösser haben die Funktion, die Sicherheit des Angurtens nach bestimmten Regeln sicherzustellen, während vorhin bei den Kindersitzen ja nicht die Frage der Sicherheit, sondern die Frage der Bequemlichkeit des Materials, aus dem er gemacht wird, angesprochen wurde.

(Amthor [SPD]: Nein!)

Das ist der entscheidende Unterschied, und deswegen ist hier eine behördliche Regelung nicht notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß doch, meine Damen und Herren von der linken Seite: Alles, was nur reglementiert werden könnte, das möchten Sie gern reglementieren. Nur, das ist nicht unsere Auffassung; nehmen Sie das doch einmal hin!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Engholm [SPD]: Ja genau, gleichmachen und reglementieren! – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sickmann?

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ja, bitte!

> **Sickmann** [SPD]: Herr Dr. Westphal, ist Ihnen bekannt, daß der Deutsche Verkehrssicherheitsrat seit langem aus sicherheitstechnischen Gründen den Einbau von Kindersitzen empfiehlt?

(Kribben [CDU]: Das ist doch etwas anderes!)

– Darum geht es doch gar nicht.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Lieber Herr Sickmann, Ihr geschätzter Kollege Amthor hat hier nicht darüber gesprochen, ob Kindersitze im Auto sein sollen oder nicht – da sind wir uns völlig einig, das ist ja alles festgelegt –, sondern er hat die Frage des Materials angesprochen, aus dem die Kindersitze hergestellt sein sollen. Wir haben das doch alles sehr deutlich gehört. Da habe ich gesagt: Dies ist eine Frage, die der mündige Konsument entscheiden muß und kann; dabei bleibt es.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ich freue mich, daß das Interesse so groß ist. Bitte sehr, Herr Amthor!

> **Amthor** [SPD]: Herr Minister, ich habe den Eindruck, im Moment haben Sie nicht den guten Tag erwischt,

– Doch!

> denn Sie haben mir nicht zugehört.

(Minister Dr. Westphal)

- Ich fühle mich sehr wohl, Herr Amthor.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Können Sie mir bestätigen, daß ich gefordert habe, daß es ein einheitliches sicheres Rückhaltesystem in Form von Sicherheitsgurten serienmäßig für Autos geben sollte, und zwar nur für Kinder? Können Sie mir das bestätigen?

- Das haben Sie auch gefordert, Herr Kollege Amthor.

Gut, dann verstehe ich aber das andere nicht mehr.

- Nein, ich habe mich mit einem ganz anderen Punkt befaßt. Sie kommen immer wieder darauf zurück. Vielleicht schieben Sie ja nach, was Sie gern hätten sagen wollen. Das gibt es ja gelegentlich. Das kommt auch manchmal vor.

(Beifall bei der CDU)

Das kann ich verstehen, das ist auch mir schon passiert. Sie haben aber mit dem Wort Styropor ein Thema angesprochen, bei dem wir nicht einer Meinung sind.

Ich glaube, dabei können wir es belassen - bei im übrigen so viel Übereinstimmung, auch wenn Sie das nicht ausdrücklich gesagt haben. Qui tacet, consentire videtur - wer schweigt, scheint zuzustimmen. Sie haben zu unserem Gesamtkonzept der Verkehrsaufklärung, zur Verkehrssicherheit kein Wort der Kritik gesagt.

(Engholm [SPD]: Ich habe Ihr Zitat nicht verstanden! Hieß das „Tacitus"?)

Das ermuntert mich - und Ihr Lächeln, Herr Oppositionsführer, ermuntert mich noch mehr - in der folgenden Annahme: Hier sind wir auf einem Weg, den wir gemeinsam beschreiten. Das bestärkt uns darin, ihn konsequent weiterzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gunnesson.

Gunnesson [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn mich etwas beleidigt hat, dann war es das Wort „alt", „alter Miesmacher".

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Wirtschaftsminister, Sie sind hier nach vorn gekommen, um die Schlußbemerkung zu machen, in der Sie das, was wir hier dargestellt haben, als kleinliche Miesmacherei Art bezeichnet haben.

(Minister Dr. Westphal: Das Wort habe ich nicht benutzt!)

- Sie haben zwar nicht von „Miesmacherei", aber von kleinlicher - kleinlicher

(Stäcker [CDU]: Na, was denn? - Engholm [SPD]: An der Grenze eines Ordnungsrufes! - Minister Dr. Westphal: Mäkelei!)

- Mäkelei - vielen Dank für den Hinweis! - gesprochen. Ich meine jedenfalls, daß das ganz in der Nähe liegt.

Herr Wirtschaftsminister, Sie sind in Ihrer flotten Art, etwas zu behaupten und vor allen Dingen Aussagen oder Zwischenrufe, die hier gemacht werden, in Ihrem Sinne umzuinterpretieren und umzudeuten, geradezu ein Meister. Dabei sollten Sie aber sehr vorsichtig sein. Sie haben bereits einmal - und zwar in einer Sitzung im vergangenen Jahr behauptet - ich hätte in Sachen Nordland-Autobahn die Unwahrheit gesagt. Ich habe Sie öffentlich und hier im Saal aufgefordert, sich öffentlich zu entschuldigen. Sie haben das nicht getan. Genauso verhält es sich mit Ihren jetzigen Aussagen. Sie haben mir einen Brief geschrieben, und in diesem Brief nehmen Sie alle Ihre Aussagen zurück.

(Minister Dr. Westphal: Das ist nicht wahr!)

Ich hätte gern gesehen, daß Sie das auch öffentlich tun

(Beifall bei der SPD)

und daß Sie etwas mehr Vorsicht walten lassen, bevor Sie hier Dinge behaupten. Sie haben nämlich vorhin schon wieder behauptet, ich hätte im Zusammenhang mit dem Ministerpräsidenten von Kurpfuscherei gesprochen. Ich habe wörtlich gesagt: Dies grenzt an Scharlatanerie. Dann habe ich aus dem Duden zitiert, was ein Scharlatan ist. Ich habe ganz korrekt zitiert. Im Duden steht: Kurpfuscher.

Meine Damen und Herren, die Argumente, die hier gefallen sind und die von uns zum Thema Tempolimit vorgebracht worden sind, bitte ich ein ganz klein wenig anders zu behandeln als „kleinliche Mäkelei", wie Sie es genannt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, daß man über diese Zahlen, über diese verheerenden Unfallstatistiken so nicht hinweggehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Auch Sie werden um diese Entscheidung nicht herumkommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Etwas außerhalb der Debatte, wie ich zugebe, darf ich mit zwei Sätzen auf das antworten, was Herr Gunnesson hier angesprochen hat.

Ich habe hier einmal eine Zwischenfrage an Herrn Gunnesson gestellt. Er hat behauptet, sie sei nicht richtig. Ich habe das nachgeprüft. Ich habe festgestellt, daß beide Auslegungen möglich sind. Ich habe mich deswegen, weil auch Ihre Auslegung möglich

(Minister Dr. Westphal)

ist, bei Ihnen schriftlich entschuldigt. Mehr kann man als Abgeordneter wohl nicht tun.

Wenn ich an einen Abgeordneten schreibe, ohne ihn zu bitten, das vertraulich zu behandeln, ist das ja wohl – wenn ich es richtig sehe – der höchste Grad an Öffentlichkeit, den man in etwa erzielen kann, insbesondere wenn es sich um den Abgeordneten Gunnesson handelt,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

der gern öffentliche Äußerungen macht.

Meine Damen und Herren, ich finde, daß ich mich völlig korrekt verhalten habe. Ich habe meinen eigenen Fehler – wie Sie ihn jedenfalls als Fehler sehen konnten – Ihnen gegenüber in einem Brief an Sie anerkannt. Ich finde, das ist kein Verhalten, das einen Tadel verdient. Wenn Sie aber meinen Brief zitieren und der Öffentlichkeit zeigen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie ihn auch vollständig zitierten – das gehört mit dazu – und nicht Ihre Version dieses Briefes.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, daß wir nun wieder „alter Freund" sagen können. Mit dem „alt" haben wir ja offenbar Probleme. Ich habe nicht die Chance, weißes Haar zu bekommen, und deswegen sage ich zu allen Leuten, die solch ein Haar bekommen, leicht, daß Sie alte Menschen seien.

Ich hoffe insgesamt noch einmal, daß der Fluß der Debatte und das Austauschen von Argumenten dazu beitragen, daß wir die gemeinsam getragene Arbeit gemeinsam fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen zu Punkt 4 der Tagesordnung liegen nicht mehr vor. Da keine Anträge gestellt worden sind, stelle ich fest, daß die Große Anfrage behandelt worden und für erledigt zu erklären ist.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Entwurf der Anmeldung zum 14. Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Bericht der Landesregierung

Drucksache 10/852

Bericht und Beschlußempfehlung des Agrar- und Umweltschutzausschusses

Drucksache 10/872

Ich erteile dem Vorsitzenden des Agrar- und Umweltschutzausschusses, dem Herrn Abgeordneten Wiesen, das Wort.

Wiesen [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur wenige Bemerkungen über die Beratungen des Agrar-und Umweltschutzausschusses machen. Der Rahmenplan oder – allgemeiner gesagt – die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" stellt den Kern des Agrarhaushaltes des Landes dar. Deswegen lohnt es sich nach meiner Ansicht auch, an dieser Stelle noch einmal festzustellen, daß unabhängig davon, daß bundesweit eine Diskussion über die Entflechtung der Finanzen und über die Mischfinanzierung in Gang gekommen ist, für das ganze Haus, jedenfalls aber für den gesamten Ausschuß, klar ist, daß dieser Kern des Agrarhaushalts des Landes Schleswig-Holstein für unser Land und unser agrarpolitisches und umweltschutzpolitisches Handeln völlig unverzichtbar ist. Ich denke, daß dies gemeinsame Auffassung ist.

Immerhin hat der Ansatz in den einzelnen Jahresrahmenplänen ein Volumen von fast 200 Millionen DM, und deswegen kommt ihm eine große Bedeutung für unser Land zu. Der Agrar- und Umweltschutzausschuß hat sich in seiner Sitzung am 7. März 1985 ausführlich mit der Vorlage befaßt. Der mitberatende Finanzausschuß hatte dies am Tag vorher getan und dem Agrar- und Umweltschutzausschuß einen Vorschlag zur Änderung der Regierungsvorlage zugeleitet.

Dieser Vorschlag sieht vor, daß der Ansatz für Investitionen in der tierischen Erzeugung zugunsten von Darlehen an entwicklungsfähige bäuerliche Betriebe für Investitionen einschließlich Anliegersiedlung abgebaut werden soll. Dieser Vorschlag ist auch vom Agrar- und Umweltschutzausschuß mehrheitlich akzeptiert worden.

Die Anmeldung zum Rahmenplan hat etwa ein halbes bis dreiviertel Jahr vor der Einbringung beziehungsweise Beschlußfassung über den Landeshaushalt zu erfolgen. In den vergangenen Jahren haben wir die Erfahrung gemacht, daß sich innerhalb dieser Zeitspanne doch manche Voraussetzungen ändern und manche Umgewichtungen in den Haushaltsansätzen erfolgen müssen. Dies kann auch bei der Ihnen jetzt vorliegenden Anmeldung zum 14. Rahmenplan nicht ausgeschlossen werden. Trotzdem ist es richtig, daß das Hohe Haus die Anmeldungen der Landesregierung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe diskutiert und seine Meinung dazu zum Ausdruck bringt. Dies entbindet uns nicht der Möglichkeit, bei den konkreten Haushaltsberatungen, bei der Haushaltsvorlage für den Haushalt 1986 erneut Fragestellungen und Anmerkungen zu diesem Bereich oder auch Änderungsvorschläge vorzutragen.

Der Beratung im Agrar- und Umweltschutzausschuß folgte eine Erklärung einzelner. Es ergab sich folgendes Bild. Die Minderheit im Ausschuß behielt sich vor, eigene Anträge zu der Vorlage an das Plenum zu richten. Die Mehrheit – in deren Auftrag spreche ich – empfiehlt dem Hohen Hause, entsprechend der Vorlage Drucksache 10/872 zu votieren und der in zwei Punkten – wie aus der Beschlußempfehlung zu ersehen – geänderten, ansonsten aber unveränderten Vorlage zuzustimmen und zur Kenntnis zu nehmen.

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Ich erteile das Wort dem Herrn Landwirtschaftsminister.

(Vizepräsident Hamer übernimmt den Vorsitz)

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat Ihnen den Bericht über die beabsichtigte Anmeldung zum 14. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für die Jahre 1986 bis 1989 vorgelegt. Dieser Bericht ist nach Vorlage durch die Landesregierung – wie Herr Kollege Wiesen eben darstellte – am 6. März im Finanzausschuß und am 7. März im federführenden Agrar- und Umweltschutzausschuß erörtert worden. Ich bin dankbar, daß diese zügige Ausschußbehandlung eine Plenarerörterung bereits in dieser Sitzung ermöglicht.

Die im Rahmen dieser Gemeinschaftsaufgabe vorgesehenen Maßnahmen sind entscheidende Grundlagen zur Sicherung unserer Küsten. Sie dienen zugleich der Förderung der schleswig-holsteinischen Land- und Ernährungswirtschaft und leisten einen wesentlichen Beitrag zur gesicherten Entwicklung der ländlichen Gebiete und zur Verbesserung des Umweltschutzes.

(Beifall bei der CDU)

Die Land- und Ernährungswirtschaft hat traditionell und standortbedingt in unserem Lande eine viel größere Bedeutung als im übrigen Bundesgebiet. Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung ist mehr als doppelt so groß wie im Bundesdurchschnitt. Das gleiche gilt für den Anteil der ernährungswirtschaftlichen Betriebe, der in Schleswig-Holstein 20 % und im Bundesdurchschnitt 10 % beträgt.

Angesichts dieser besonderen wirtschaftlichen Bedeutung des gesamten Agrarbereichs für unser Land stellt die Gemeinschaftsaufgabe mit ihrem Mittelvolumen wie auch mit dem damit vorgesehenen Förderungsinstrumentarium einen wesentlichen Schwerpunkt in der Agrarpolitik der Landesregierung und – wie Herr Wiesen sich ausdrückte – auch des Parlamentes dar.

Für die Gemeinschaftsaufgabe standen an Bundesmitteln 1982 lediglich 1 050 000 000 DM zur Verfügung. 1984 erfolgte eine Aufstockung auf 1 175 000 000 DM und im laufenden Jahr 1985 auf 1 300 000 000 DM. Das entspricht einer Steigerung von 125 000 000 DM gegenüber dem Vorjahr. Für 1986 geht die Anmeldung von 1,3 Milliarden DM im Bundeshaushalt und dem gleichen Anteil unseres Landes an Bundesmitteln wie 1985 aus.

Zusammen mit dem Landesanteil bedeutet dies für 1986 ein Mittelvolumen von insgesamt rund 196 Millionen DM, also – wie der Vorsitzende des Agrar- und Umweltschutzausschusses es eben andeutete – nahezu 200 Millionen DM. Diese und die folgenden Zahlen zeigen deutlich, in welch erfreulichem Maße der Bund die finanziellen Grundlagen der Gemeinschaftsaufgabe wieder gestärkt hat.

(Latendorf [CDU]: Gott sei Dank!)

Der Rückgang der Bundesmittel mit dem Tiefstand in den Jahren 1981 und 1982 ist damit überwunden. Lassen Sie mich das mit zwei Zahlen für unser Land verdeutlichen.

Die **Bundesmittel** für Schleswig-Holstein betrugen in Millionen DM 1982 107 Millionen DM und 1985, also im laufenden Jahr, rund 126 Millionen DM. Das ist eine Erhöhung um fast 20 %. Ich stelle auch aus einem anderen Grund dankbar fest: Diese Gemeinschaftsaufgabe beruht auf mehrjährigen, zwischen Bund und Ländern abgestimmten Planungen. Da müssen sich die Länder auch und gerade auf eine kontinuierliche Mittelbereitstellung des Bundes verlassen können.

(Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Eine so angelegte Planung und finanzielle Absicherung von Förderungsmaßnahmen in der Gemeinschaftsaufgabe ist entscheidend für unser Land, für seine Betriebe und die darin beschäftigten Menschen.

Ich habe seit Jahren die Auffassung vertreten, daß eine Erhöhung des Mittelansatzes dieser Gemeinschaftsaufgabe im **ländlichen Raum** wichtige Beschäftigungsimpulse auslöst. Mit Mitteln dieser Gemeinschaftsaufgabe können schnell, gezielt und wirksam Aufträge vergeben und abgewickelt werden, die geeignet sind, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und insbesondere unsere mittelständische Bauwirtschaft auf dem Lande zu stabilisieren. Diese Maßnahmen dienen wie kaum andere dem grundgesetzlichen Auftrag, in allen Gebieten die Grundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Dabei haben wir auch, wie es in den Grundsätzen festgelegt ist, für 1986 bewußt sachliche und räumliche Schwerpunkte gesetzt.

Sachliche Schwerpunkte werden sein erstens im Bereich der **Agrarstrukturverbesserung** die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen der Förderung ländlicher Wasserversorgung- und Abwasseranlagen, die Investitionsförderung insbesondere zur verstärkten Rationalisierung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe sowie Ausgleichszahlungen zugunsten solcher Betriebe in benachteiligten Gebieten, die durch die Garantiemengenregelung bei Milch in besonderer Weise Einkommenseinbußen hinnehmen müssen – darauf komme ich gleich zurück – und schließlich die Dorferneuerung und Flurbereinigung. Der zweite große Bereich ist der Küstenschutz.

Wenn man erkennen will, wie sich die sachlichen Schwerpunkte innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe längerfristig verschoben haben, so ist vielleicht für dieses Hohe Haus ein Vergleich zwischen den Jahren 1976 und der Anmeldung 1986 sehr aufschlußreich. Während seinerzeit für die agrarstrukturelle Vorplanung, Regelung der Wasserwirtschaft und so weiter

(Minister Flessner)

noch rund 25 % der Mittel verausgabt wurden, sind hierfür 1986 nur noch rund 10 % vorgesehen.

Auf der anderen Seite wurden seinerzeit für die Abwasserbeseitigung, die forstlichen Maßnahmen und den Küstenschutz nur gut ein Drittel der Mittel verausgabt, während 1986 weit über die Hälfte allein hierfür vorgesehen ist.

Es ist daraus also klar zu erkennen, daß die Mittel für die überbetriebliche Agrarstrukturverbesserung soweit wie vertretbar reduziert wurden, während die Mittel für die Abwasserbeseitigung, für forstliche Maßnahmen, für die Dorferneuerung, die 1976 noch gar nicht gefördert wurde, und für den Küstenschutz erheblich aufgestockt wurden.

(Beifall bei der CDU)

Eine weitere Reduzierung der Mittel für die überbetriebliche Agrarstrukturverbesserung ist nicht möglich, weil ohne diese Maßnahmen in manchen Gemeinden eine weitere kostensenkende Rationalisierung in den landwirtschaftlichen Betrieben verhindert würde.

(Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, räumliche Schwerpunkte der im Rahmen dieser Gemeinschaftsaufgabe vorgesehenen Maßnahmen werden vor allem im Landesteil Schleswig, im Kreis Dithmarschen sowie in den Geest- und Niederungsgebieten der Kreise Rendsburg-Eckernförde und Steinburg liegen. Wenn ich den **Landesteil Schleswig** als einen räumlichen Schwerpunkt genannt habe, so ist darin räumlich auch **Nordfriesland** erfaßt. Diese Feststellung muß ich hier treffen, weil eine Zeitung dieser Tage die irrige Behauptung aufstellte, im Rahmenplan sei Nordfriesland als Schwerpunkt gestrichen.

Auf den **Küstenschutz** sollen 1986 rund 44 % der Mittel der Gesamtanmeldung des Landes Schleswig-Holstein entfallen. Die geplanten Maßnahmen stehen im Einklang mit den Zielsetzungen unseres Generalplans „Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz in Schleswig-Holstein".

Die Neubaumaßnahmen sollen weiter zügig vorangetrieben werden. 1986 soll insbesondere an folgenden Projekten gearbeitet werden: Erneuerung des Deckwerks in List auf Sylt, Deichverstärkung Nössekoog, auch auf Sylt, Deichverstärkung Pellworm, Vordeichung Hattstedter Marsch, Deckwerke und Warftabflachung auf Halligen und Inseln, Fortsetzung der Deichverstärkung in der Wilstermarsch und Deichverstärkung hier an der Ostseeküste in der Probstei.

Sie wissen, daß es sich beim Küstenschutz in besonderer Weise um eine Aufgabe handelt, die nur gesamtstaatlich zu lösen ist. Ich bin überzeugt, daß mit diesen Maßnahmen die zügige Durchführung des 1976 zwischen Bund und Ländern abgesprochenen Dringlichkeitsprogramms im Küstenschutz erneut um ein gutes Stück vorangetrieben werden kann.

Auf die **agrarstrukturellen Maßnahmen** entfallen nach dem Entwurf der Anmeldung rund 56 % der Mittel. Bei diesen Maßnahmen ist es das besondere Ziel, die betrieblichen und überbetrieblichen Voraussetzungen für eine strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft weiter zu verbessern. Wegen der großen Bedeutung einer schadlosen Abwasserbeseitigung für die Reinhaltung der Gewässer ist diese Maßnahme seit längerem besonderer Schwerpunkt der Gemeinschaftsaufgabe. Wir haben in unserer Anmeldung dendt entsprechenden Ansatz um weitere 2 Millionen DM auf rund 18 Millionen DM aufgestockt. Die räumlichen Schwerpunkte der Abwasserbeseitigung liegen in den ländlich strukturierten Fremdenverkehrsgemeinden, an den Binnenseen, die durch die saisonale Spitzenbelastung überdurchschnittlich hohe Kosten verursachen. Sie liegen im Landesteil Schleswig und in vergleichbar strukturschwachen Gebieten.

Vielleicht sollte ich an dieser Stelle auch wegen eines Entschließungsantrages, der uns gerade vorgelegt worden ist, ergänzend hinzufügen: Wir haben auch für 1985 etwa in dieser Größenordung Mittel bereitgestellt. Es sind genau 15,9 Millionen DM. Wir können mit den Mitteln des Jahres 1986 etwa 30 bis 35 Millionen DM Investitionsvolumen auslösen.

Für das laufende Jahr – und so wird es möglicherweise auch in den Folgejahren aussehen – stehen uns zusätzlich etwa 13 Millionen DM aus der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur" – Herr Westphal ist gerade nicht da – zur Verfügung, mit denen ein Investitionsvolumen von etwa 26 Millionen DM ausgelöst werden kann. Hinzuzurechnen ist das Aufkommen aus der Abwasserabgabe in Höhe von etwa 10 bis 11 Millionen DM jährlich, mit denen zirka 30 bis 35 Millionen DM jährlich finanziert werden können.

Wenn ich zu dieser Finanzierung noch die Möglichkeiten aus dem kommunalen Investitionsfonds und dem Förderfonds für den Nachbarraum um Hamburg zähle, dann werden uns für die **Abwasserbeseitigung** an Investitionsvolumen Mittel von etwa 120 bis 140 Millionen DM bereitstehen. Ich meine, das ist eine beachtliche Größenordnung, die zeigt, daß hier nicht nur von einem Schwerpunkt gesprochen wird, sondern daß er sich auch wirklich so darstellt.

(Beifall bei der CDU – Latendorf [CDU]: Eben!)

Meine Damen und Herren, insbesondere wegen der gestiegenen Bedeutung auch im Programm zur gezielten Förderung strukturschwacher Räume haben wir den Ansatz für **Dorferneuerung** in der Gemeinschaftsaufgabe um 3,74 Millionen DM auf insgesamt 5,94 Millionen DM aufgestockt. 1985 stehen uns dafür 3,8 Millionen DM zur Verfügung. Zur Zeit laufen in unserem Lande 70 Dorferneuerungsverfahren: 22 aus dem Jahre 1983, 23 aus 1984 und 25 in 1985. Für 1986 liegen bereits zehn Anmeldungen vor. Ich gehe davon aus, daß sich diese Zahl aufgrund der regen Nachfrage noch auf die eingeplanten 23 Verfahren erhöhen wird. Auch für die Folgejahre bis 1989 haben wir 23 Verfahren mit rund 6,1 Millionen DM pro Jahr eingeplant.

Aus den früheren Diskussionen wissen Sie, daß wir – insbesondere ich – Wert darauf legen, daß Dorf-

(Minister Flessner)

erneuerung auf den Ideen und Anregungen der Gemeinden und ihrer Bürger aufbaut.

Schwerpunkt sollte die Erhaltung ortsbildprägender Einzelmaßnahmen sowie die Verbesserung des Ortsbildes sein. Neben Maßnahmen der Erhaltung sollen solche der Entwicklung treten. Uns kommt es darauf an, auch diese Maßnahmen intensiv mit anderen Förderungsmöglichkeiten zu verbinden, zum Beispiel mit der Denkmalspflege. Die Dorferneuerungsmittel werden neben Planung und Betreuung insbesondere für Vorhaben bereitgestellt, die anderweitig nicht gefördert werden können. Ich meine, damit ist gerade für unsere dörfliche Struktur in Schleswig-Holstein eine Perspektive aufgezeigt.

(Latendorf [CDU]: Eine gute Perspektive!)

Meine Damen und Herren, die gegenwärtig angespannte Lage in der Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch einen erheblichen **Rückgang der Investitionen**. Dort aber, wo Landwirte mit kleineren und mittleren Betrieben bereit und in der Lage sind, sich mit Investitionen der technischen und marktwirtschaftlichen Entwicklung strukturell und insbesondere kostensenkend anzupassen, wollen wir dies weiter fördern. Die Althofsanierung – Herr Wiesen hat darauf hingewiesen – wird also fortgesetzt. Ihr räumlicher Schwerpunkt liegt eindeutig auf der Geest, und hier wiederum in sogenannten benachteiligten Gebieten, die mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Grünlandbetrieben versehen sind. Wir alle wissen, daß diese Betriebe zur Milchviehhaltung keine Produktionsalternativen und auch kaum andere Erwerbsalternativen haben. Gerade die Futterbaubetriebe, die umfangreiche bauliche Entwicklungsinvestitionen ohne Kapazitätsausweitungen im Milchviehbereich durchführen müssen, sind auf öffentliche Hilfen angewiesen. Die volle Finanzierung über Mittel des Kapitalmarktes ist für diese Betriebe zu tragbaren Bedingungen nicht möglich.

In zahlreichen Betrieben stellt die Schweinehaltung einen wichtigen Betriebszweig dar. Dies gilt insbesondere für flächenärmere Familienbetriebe. Die Förderung der Schweinehaltung soll dazu beitragen, daß die Veredelungsproduktion in bäuerlichen Betrieben verbleibt.

Eine besondere Beachtung, meine Damen und Herren, verdient die vorgenommene Mittelverlagerung innerhalb der einzelbetrieblichen Förderung zugunsten der Mittel für die sogenannte **Ausgleichszulage**. Dieser Ansatz ist bereits im laufenden Rahmenplan 1985 um 13 Millionen DM auf 15 Millionen DM angehoben worden. Das sind die Veränderungen, von denen der Herr Vorsitzende eben gesprochen hat. In gleicher Höhe sollen auch für 1986 Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir werden sehr bald in einer offenen Diskussion auch mit dem Berufsstand die notwendigen Entscheidungen vorbereiten, in welchen Teilräumen unseres Landes und in welcher Höhe diese Ausgleichszulagen den landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung gestellt werden.

Bei der **Mittelvergabe** – das möchte ich diesem Hohen Hause mitteilen – sind wir leider räumlich und inhaltlich an die geltenden **EG-Bestimmungen** gebunden.

1. Die äußere Gebietsabgrenzung ist von der Europäischen Gemeinschaft vorgegeben.

(Latendorf [CDU]: Schon vor Jahren!)

Es handelt sich um die benachteiligten Gebiete unseres Landes, die genau fixiert sind. Neu ist aber, daß Ausgleichszahlungen 1985 erstmalig nicht nur in den Kernzonen, also auf den Halligen, Inseln und Deichvorländereien sowie im Gebiet der Hagenower Sandplatte, sondern auch in den übrigen benachteiligten Räumen gezahlt werden können.

2. Die EG-Bestimmungen schließen aber bisher aus, diese Zahlungen mit Bewirtschaftungsauflagen zu verbinden, da allein natürliche Standortnachteile, also unterdurchschnittliche Ertragsbedingungen und eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel die ausschließliche Nutzung als ertragsarmer Grünland- und Futterbaustandort, damit gemildert werden dürfen.

Diese Regelungen sind aus folgenden Gründen unbefriedigend:

Erstens gibt es viele Betriebe auch außerhalb dieser Gebiete, die aufgrund ihrer natürlichen Standortbedingungen an sich ebenso einbezogen werden müßten. Die EG müßte also entsprechende einzelbetriebliche Kriterien auch außeralb der geschlossenen Gebiete anerkennen. Wie das weitergeht, bleibt zunächst offen.

Zweitens können wir diese Mittel nicht verwenden, wenn wir Landwirten bei Hinnahme freiwilliger Beschränkungen, zum Beispiel in ökologisch wertvollen Gebieten – Stichwort Stapelholm – oder bei anderen umweltbedeutsamen Auflagen einen finanziellen Ausgleich gewähren wollen.

Wir haben zusammen mit Niedersachsen konkrete Vorschläge für eine Änderung in diesem Sinne eingebracht. Solange sie aber auf EG-Ebene nicht akzeptiert sind, sollten wir auf Landesebene mit unseren Maßnahmen fortfahren und dem Beispiel Stapelholm andere folgen lassen.

Wir werden sicher bei anderer Gelegenheit diese Problematik vertiefen müssen, eine Problematik, die gekennzeichnet ist durch einen Begriff, der zu einem gewissen Reizwort geworden ist. Ich meine damit „Einkommensübertragungen". Bei der Landesmaßnahme handelt es sich nicht – um das noch einmal deutlich zu machen – um Einkommensübertragungen, sondern um Ausgleichszahlungen für freiwillig vereinbarte Bewirtschaftungsauflagen, die ja auch zu Einkommens- oder Einnahmeeinbußen führen.

Meine Damen und Herren, das Mittelvolumen für die Planjahre 1987 bis 1989 habe ich gegenüber dem Basisjahr 1986 unverändert ausgewiesen, jedoch sind innerhalb der Maßnahmengruppen einige Ansätze verändert worden. Die Landesregierung hat innerhalb der Gemeinschaftsaufgabenanmeldung 1986 notwendige sachliche und räumliche Schwerpunkte gesetzt. Insgesamt geht Schleswig-Holstein trotz erwarteter

(Minister Flessner)

erhöhter Mittelwünsche vornehmlich süddeutscher Länder von dem bisherigen Bundesmittelanteil für unser Land aus, nämlich beim klassischen Teil der GA von 10,25 % - das ist der Hauptteil der Mittel -, bei den zusätzlichen Mitteln für Ausgleichszulagen entsprechend unserem Anteil an den von der EG anerkannten Gebieten von 6,25 % und bei den Sondermitteln für Waldschäden aufgrund unserer geringen Schadensfläche von 0,66 %.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einmal feststellen, daß wir die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" als das umfassendste Instrument für die Entwicklung unseres ländlichen Raumes ansehen. Maßnahmen dieser Gemeinschaftsaufgabe helfen bei der ständig notwendigen Anpassung und Weiterentwicklung eines der bedeutendsten Wirtschaftsbereiche unseres Landes, der Land- und Ernährungswirtschaft, in angespannter agrarpolitischer Situation. Denken wir immer daran, daß jeder fünfte Arbeitsplatz von diesem Wirtschaftszweig abhängt und die Land- und Ernährungswirtschaft der größte Brancheninvestor in unserem Lande ist.

Ich möchte aber ebenso noch einmal hervorheben, daß die Maßnahmen dieser Gemeinschaftsaufgabe der infrastrukturellen Erschließung der ländlichen Räume dienen und so die Voraussetzungen bilden für wirtschaftliche Aktivitäten und damit für Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen der Menschen auf dem Lande. Die Gemeinschaftsaufgabe sichert wertvolle Arbeitsplätze, sie ermöglicht die Erhaltung einer gesunden Umwelt.

Daß es uns - insbesondere meinen damit beauftragten Mitarbeitern - gelungen ist, in den vergangenen Jahren bis zu 99,9 % dieser Mittel auch wirklich zu verwenden und sie investitionswirksam zu gestalten, das möchte ich hier am Rande nur hinzufügen.

(Beifall bei der CDU)

Stärken wir durch unser gemeinsames Eintreten dieses klassische Gemeinschaftsinstrument zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes! In diesem Sinne möchte ich mich auch bei dem Herrn Vorsitzenden bedanken; denn das hat er genauso für uns alle erklärt. Da stimmen wir, glaube ich, uneingeschränkt überein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Lindenmeier.

Frau Lindenmeier [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, erlauben Sie mir, daß ich zum Ausdruck bringe, daß die Rede, die Sie hier eben gehalten haben, sehr konstruktiv für eine mögliche Zusammenarbeit in den von Ihnen beschriebenen Bereichen war. Dabei geht es um die Einflußnahme auf die künftige Gestaltung der Rahmenplanung. Sie haben aber auch dargelegt, daß wir im Augenblick, in dem wir den vorgelegten Rahmenplan zustimmend zur Kenntnis nehmen sollen, in einer sehr mißlichen Situation sind. Sie sagten zwar, daß Sie sich im Augenblick nach gültigen EG-Richtlinien richten müßten. Der Zustand ist aber vielmehr der, daß die Gültigkeit dieser Richtlinien Ende 1983 ausgelaufen ist, daß sie bis 1984 verlängert sind, daß sie in ständiger Diskussion sind und daß man einfach deswegen, weil die Kalamität auf dem **Milchsektor** inzwischen eingetreten ist, nicht den Mut zu einer Veränderung gefunden hat und auch in der Öffentlichkeit nicht darüber diskutiert hat, in welche Richtung eigentlich diese Richtlinien reformiert werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie uns hier heute zugesichert haben, daß Sie die Reform dieser Richtlinien wie der Gemeinschaftsaufgabe mit den Betroffenen diskutieren wollen, so hoffe ich, daß unser Antrag geeignet ist, um diese Diskussion auch anzureichern.

Was Sie zur notwendigen Stärkung der Investitionskraft gesagt haben, stimmt natürlich. Nur sind viele ländliche und bäuerliche Betriebe an die Grenze dessen geraten, was sie sich an Verschuldung zumuten können. Es darf keineswegs passieren, daß durch öffentliche Mittel eine noch höhere Verschuldung auf diese Betriebe zukommt.

Sie haben uns im Ausschuß und auch heute wieder bestätigt, daß die Länder großen Einfluß auf die Ausgestaltung der Strukturmaßnahmen haben. Aber wir mußten auch zur Kenntnis nehmen, daß Sie für die 15 Millionen DM **Ausgleichszulage** noch keine klaren Richtlinien haben. Das haben Sie heute hier auch bestätigt. Herr Minister, wir müssen das von Ihnen schon wissen; denn wir würden ja gern zustimmend Kenntnis nehmen. Einmal sagen Sie, für die Ausgleichszahlungen sollen die 15 Millionen DM aus der GA mit eingesetzt werden, und zwar in den Bereichen, in denen besonders milcherzeugende Betriebe Nachteile haben. Dann sagen Sie aber, die 6 Millionen aus dem Haushalt sollten dazu dienen, um hier einen Ausgleich zu schaffen. Für die 6 Millionen DM haben Sie noch nicht einmal eine rechtliche Grundlage; die müssen Sie erst in Bonn herbeiführen. Sie müssen uns schon sagen, was hier eigentlich gelten soll; sonst können wir einfach nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

15 Millionen DM - das ist ein hoher Betrag, der erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten eröffnet. Wir müssen wissen, wohin die Reise gehen soll, selbst wenn dies erst für die kommenden Jahre zum Tragen kommt. Wenn Sie unseren Antrag richtig lesen, so werden Sie feststellen, daß wir Sie damit auch aufgefordert haben, ab 1986 auf die Weiterentwicklung dieser Richtlinien Einfluß zu nehmen.

Mit dem **Entschließungsantrag** wollen und können wir zwar keine umfassenden Vorschläge unterbreiten. Das hat letztlich auf nationaler und EG-Ebene zu geschehen. Aber wir wollen Schwerpunkte und die Richtung aufzeigen, in welche nach Meinung der

(Frau Lindenmeier)

SPD eine Neuausrichtung der Agrarstrukturpolitik zielen sollte. **Strukturpolitik** muß auch künftig vorrangig auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum abzielen, das heißt Arbeit und Umweltschutz im ländlichen Raum sicherstellen.

(Beifall bei der SPD)

Die Folgerung aus dieser Erkenntnis ist, daß wir die Entwicklung der Strukturen in der Landwirtschaft eben nicht länger total dem Gebot des Wachsens oder Weichens aussetzen dürfen, daß staatliche Maßnahmen nicht ausschließlich auf Produktionssteigerung ausgerichtet werden dürfen, sondern daß sie einer **umweltverträglichen Landwirtschaft** Rechnung tragen müssen,

(Beifall bei der SPD)

einer Landwirtschaft, die dem Erhalt von Natur und Landschaft ebenso wie dem Erhalt der bäuerlichen Existenzen verpflichtet ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat im Rahmen des von der bisherigen Agrarstrukturpolitik aktiv unterstützten Strukturwandels von 1949 bis heute um mehr als die Hälfte abgenommen: im Bundesgebiet von 1,65 Millionen auf 750 000, und in Schleswig-Holstein verschwinden jährlich 500 Betriebe. Im MELF werden bedrohliche Zahlen gehandelt. Danach wird mit der Vernichtung weiterer 30 % der landwirtschaftlichen Betriebe in den nächsten zehn Jahren gerechnet. Neben den Naturräumen drohen damit auch Siedlungsstrukturen instabil zu werden.

Die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt verbietet eine Politik, die eine Preisgabe landwirtschaftlicher Arbeitsplätze geradezu forciert. Wir haben nun gemeinsam das außerordentlich wirksame Instrument der Ausgleichszulage in der Bergbauernrichtlinie. Diese gilt es zu verbessern und gezielter einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Nach der Rede, die Sie hier gehalten haben, gehe ich davon aus, daß wir uns gemeinsam an die Arbeit machen können.

Bestehende Anreize zur **Produktionsausdehnung** allerdings müssen beseitigt werden, zum Beispiel, um einmal zu zeigen, was ich damit meine, die Zahlung progressiver Zuschüsse, je mehr Großvieheinheiten vorhanden sind. Das ist doch eine paradoxe Bestimmung, wenn die Ausgleichszulage dazu dienen soll, den schwachen Betrieben zu helfen und eine umweltverträgliche Landwirtschaft zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja tatsächlich so, daß durch diesen Anreiz geradezu provoziert wird, daß mehr Großvieheinheiten auf den Flächen gehalten werden, damit man mehr Zuschüsse bekommt. Das ist unsinnig und muß geändert werden.

Die neuen Bestimmungen sollten Umweltschutzauflagen beinhalten und Einkommenszahlung zur Existenzsicherung ermöglichen. Dienstleistungen, die die Landwirtschaft für die Gesellschaft erbringt, sollen bezahlt werden.

Herr Minister, es ist übrigens sehr interessant, ich bin dem nachgegangen, wie der Begriff „Einkommensübertragung" gesetzlich oder irgendwie definiert ist. In der Tat gibt es nur eine Stelle, und das ist eben dieses Bergbauernprogramm, wo dies konkret definiert wird. Ansonsten gibt es ein babylonisches Sprachgewirr über diesen Begriff. Der wird für alles Mögliche gebraucht, und hier müssen wir sehr klar herausarbeiten, wohin das eigentlich zielen soll.

Die SPD-Forderungen an die Ausgestaltung künftiger Rahmenpläne in Schleswig-Holstein beinhalten gegenüber der heute dem Parlament zur Kenntnis gegebenen Anmeldung erstens eine Verstärkung des Umweltschutzes im **ländlichen Kulturraum**, zweitens die Unterstützung einer umweltverträglicheren Landwirtschaft und die Verstärkung der Bereiche, die Sie ja auch schon positiv angesprochen haben, nämlich **Abwässerklärung** und **Küstenschutz**.

Wir empfinden es als schmerzlich – und ich spreche jetzt zum Bereich Flurbereinigung –, wenn wir ausgeräumte Landschaften sehen, die ein Opfer früherer Flurbereinigungen sind. Auch das als Trostpflaster verabreichte Versetzen von Knicks ist keinerlei Ausgleich für Verlorengegangenes.

(Beifall bei der SPD)

Wie notwendig andere Formen der **Flurbereinigung** sind, machen die betonierten Bachläufe, schnurgerade Feldwege und die Grundwasserabsenkungen, zum Beispiel im Börner Koog, in unmittelbarer Nachbarschaft des geplanten Naturschutzgebietes im Bereich der Alte-Sorge-Schleife sichtbar. Eine derartige Zerstörung von gewachsener Kulturlandschaft, eine derartige Neuanlage von Reißbrettlandschaft zerstört nicht nur Natur, sie zerstört auch Heimat.

(Beifall bei der SPD)

Dies kann man auch nicht durch Einstreuen von Fetzen großer Biotop-Inseln ausgleichen. Wir müssen der Erkenntnis einer notwendigen **Vernetzung** naturnaher Bereiche Rechnung tragen. Eine extensivere Landwirtschaft, die es zu ermöglichen gilt, kann diese Vernetzungsflächen bereitstellen oder schaffen. Ganz klar ist, daß für solche Betriebe, die durch solche Auflagen in ihrer Existenz betroffen sind, ein Ausgleich geschaffen werden muß, sei es durch Ersatzflächen oder durch Ausgleichszahlungen.

Aber aus Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler haben wir darauf zu achten, daß die Mittel wirklich der Existenzsicherung dienen, und das heißt, denjenigen Betrieben zugute kommen, die aufgrund ihrer Einkommenssituation wirklich Hilfe brauchen.

In Naturschutzgebieten müssen wahrscheinlich Ausnahmen hiervon gelten. Die Schwierigkeiten – und so interpretiere ich auch Ihre Zwischenrufe –, die solche strukturpolitischen Aufgaben bereiten, wenn

(Frau Lindenmeier)

man sie sinnvoll und gerecht zu lösen sucht, zeigen, daß in diesem Zusammenhang landespolitische und regionale Maßnahmen ein viel größeres Gewicht erhalten als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Das erscheint mir auch sinnvoll angesichts der großen Unterschiede der Betriebsgrößen und Strukturen in Deutschland und in der EWG.

Vizepräsident Hamer:

Frau Abgeordnete Lindenmeier, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Böge?

Frau Lindenmeier [SPD]:

Ja.

Böge [CDU]: Frau Kollegin Lindenmeier, darf ich Sie fragen, ob Sie die Flurbereinigungsmaßnahmen, wie sie in den letzten Jahren auch insbesondere im Hinblick auf begleitende landschaftsverbessernde Maßnahmen durchgeführt worden sind, zur Kenntnis genommen haben?

– Herr Böge, ich habe schöne Tafeln, schöne Ausstellungen gesehen, wie man in Zukunft die Flurbereinigung gestalten will. Das war ganz eindrucksvoll. Aber nicht eindrucksvoll finde ich das, was ich in der Landschaft eben beschrieben habe und was aus den bisherigen Verfahren hervorgegangen ist.

(Beifall bei der SPD – Böge [CDU]: Das hat doch damit gar nichts zu tun!)

Erlauben Sie, daß ich fortfahre. Ich bin gern zur Beantwortung von Zwischenfragen bereit. Wir Sozialdemokraten wollen die Landschaft wieder mehr als bisher in ihre regionalen Bezüge einbinden. Die EG ihrerseits hat vor allem die Aufgaben zu erfüllen, Wettbewerbsverzerrungen und Überschußproduktion zu verhindern, und die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen stehen hierzu keinesfalls im Widerspruch, im Gegenteil.

Mehr als bisher gilt es, die regionalen Bezüge herzustellen; das gilt auch für Maßnahmen zur Verbesserung der **Marschstruktur**. Viele durch das Marschstrukturgesetz gebildete Erzeugergemeinschaften geraten in eine immer tiefere Abhängigkeit von den Abnehmern ihrer Agrarprodukte. Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, wir haben ja Besuche in den Molkereien gemacht, und wir waren wirklich erschrocken, wie im Zusammenhang mit der Milchquotenregelung nun die Macht der abnehmenden Handelsketten wirklich zum Teil zu einer Knebelung in den Molkereigenossenschaften geführt hat. Die Bauern selbst haben immer weniger Einfluß auf ihre Genossenschaft.

(Widerspruch des Abgeordneten Wiesen [SPD])

Entschuldigen Sie, auch zum Beispiel die Ausführungen der Raiffeisengenossenschaft enthalten die klare Aussage, daß es keinen anderen Ausweg gibt, als ihrerseits zur Konzentration zu kommen. Wenn aber **Genossenschaften** gezwungen werden, zu einer Konzentration zu kommen, dann führt das doch zu einer Perversion des Genossenschaftsprinzips, das ja auf gegenseitige Hilfe und Unterstützung angelegt ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen, Politik hat die Pflicht, die wenigen Erzeuger, die den Mut haben, mit ihren Produkten wieder den regionalen Markt und Verbraucher zu suchen, zu unterstützen. In der Landwirtschaft setzt sich eine immer tiefer greifende Spezialisierung durch, die die Komplexität der Natur zerreißt, und nur, wenn Politik die Kooperation der Betriebe untereinander unterstützt, und das eben nicht nur im investiven Bereich, also die Zusammenarbeit zwischen Pflanzen- und Tierproduktion fördert, nur dann können die schweren Umweltschäden verringert werden.

Lassen Sie mich das auch mit einem Beispiel belegen. Nur wenn mehr Flächen zur Verfügung gestellt werden, als ein intensiver Betrieb der Tierproduktion selbst hat, ist ein ordnungsgemäßes Aufbringen von Gülle, abgesehen von der Vorratshaltung in den Behältern, möglich. Also ist mehr politische Phantasie erforderlich, und ich habe mich gefreut, Herr Minister, daß wir über diesen ganzen Problemkomplex nun in eine intensive Diskussion mit den Betroffenen eintreten, denn wir müssen mehr Wege finden. Es gilt, mehr die eigenen Ressourcen zu nutzen, und zwar nicht nur die Ressourcen aus der Natur, sondern auch die, die im menschlichen Zusammenwirken noch ungenutzt liegen.

Bei der **Abwässerklärung** haben Sie erfreulicherweise von einer Verstärkung gesprochen, aber wir meinen, dies muß noch mehr, als das in Ihrer Vorlage der Fall ist, zum Schwerpunkt werden; denn dies ist ein echter Vorsorgebereich für die Gewässerreinigung und den Trinkwasserschutz. Die hier anstehenden Projekte eignen sich auch hervorragend zur sofortigen Arbeitsbeschaffung für die Bauwirtschaft.

Wenn Sie meinen, es sei genug, was Sie angesetzt haben, dann lassen Sie mich einmal als Beispiel für den Stau, der besteht, den Kreis Herzogtum-Lauenburg herausgreifen. Hier gibt es von mehr als 130 Gemeinden und Städten bisher in 70 ländlichen Gemeinden noch keine Abwasserreinigungsanlagen und Kanalnetze. Die Abwasserlast von 27 000 Einwohner-Gleichwerten macht Investitionen in Höhe von 76 Millionen DM erforderlich. Diese Summe kann nicht allein von den Bürgern und den Gemeinden aufgebracht werden.

Ich komme nun zum Waldprogramm. Wir haben mit unserem **Waldprogramm** die notwendigen Maßnahmen beschrieben, die Durchforstung, Anlage von Mischwald, Schadstoffmessung, Walderfassung, Waldpflege und Waldvermehrung. Was Sie im Ansatz haben – und Sie haben das selbst bedauernd festgestellt –, ist ein Tropfen auf den heißen Stein für das, was in diesem Bereich zu geschehen hat.

Die **Anpassungshilfen** für landwirtschaftliche Arbeitnehmer müssen es in Zukunft auch möglich machen, wenn Sie bitte an der Reform der Richtlinien mitwirken, Melker, die durch die Milchquoten-

(Frau Lindenmeier)

regelung Einkommensverluste von 600 und 700 DM im Monat haben, zu entschädigen; denn es ist doch ungerecht, wenn man nur die Betriebe, nicht aber die von diesem Reglement betroffenen Arbeitnehmer entschädigt.

(Beifall bei der SPD)

Zum Kapitel **Küstenschutz** müssen wir feststellen, daß die Verpflichtungsermächtigungen für diesen Bereich zurückgehen. Ich kündige hiermit an, daß wir als SPD-Landtagsfraktion im Landtag eine Initiative ergreifen werden, um sicherzustellen, daß bis 1989 zusätzliche Aufgaben für die Bereiche des gesamten Küstenschutzes unter Einbeziehung der ländlichen Küsten an Nord- und Ostsee bereitgestellt werden.

Dorferneuerung schließlich darf nicht zu dem aufgeräumten oder ausgeräumten Dorf führen, mit Rabatten und Sandwegen, die mit Unkrautvernichtungsmitteln saubergehalten werden - nein, hier sollen sich eben auch - neben den Bedürfnissen, die Sie als einen Impuls der Bürger, die dort leben, zur Dorferneuerung beschrieben haben - Igel und Eulen in Zukunft wohlfühlen, Schmetterlinge sich auf vielerlei Arten von Blüten tummeln, die nur dann wachsen, wenn wir nicht überall ein einheits-aufgeräumtes Dorf haben.

(Beifall bei der SPD)

Kinder sollen auf Stelzen laufen und Drachen steigen lassen können, und sie sollen auf dem Pony reiten können, ohne von rasenden Autos bei der Durchfahrt umgefahren zu werden.

Ich spreche auch hierzu aus einem Erschrecken heraus. Ich wohne selbst in einem Dorf mit einer ganzen Menge Bauern. Neulich habe ich mit dem Bürgermeister darüber gesprochen. Da hat er zu mir gesagt: Was wollen Sie denn, Frau Lindenmeier? Die Weichen sind doch längst gestellt; das ist doch nur noch ein reines Wohndorf!

Was ich hier sage, meine ich wirklich ganz ernst: Die **Siedlungsstrukturen** dürfen nicht zusammenbrechen. Das geht nur, wenn wir eine Agrarstrukturpolitik betreiben, die dies alles praktisch sicherstellt.

Klaus Matthiesen hat ja in Nordrhein-Westfalen zu diesem Thema Phantasie entwickelt. Auch hier müssen wir nach meiner Meinung angesichts der jetzigen Gefährdung noch einmal ganz neu nachdenken.

Herr Minister, wir hätten diesem Rahmenplan gern zugestimmt, da er sich aber auch auf die nächsten Jahre erstreckt und da wir von Ihnen keine festen Richtlinien erhalten haben, können wir ihm nur dann zustimmen, wenn das Haus auch unserem Antrag zustimmt. Anderenfalls sehen wir uns leider gezwungen, uns diesmal der Stimme zu enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fölster.

Fölster [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Möglichkeiten der Einwirkung der Parlamente auf die Rahmenpläne - wir haben das sehr oft bedauert - sind gering; das muß eines Tages geändert werden.

(Frau Lindenmeier [SPD]: Aber nicht die der Politiker und auch nicht die der Regierung!)

Weil wir nur selten die Chance haben, hier etwas ausführlicher darüber zu diskutieren, schlage ich vor, daß wir etwas tiefer in die Thematik einsteigen. Ich beziehe mich dabei einerseits auf Ihre Ausführungen, Frau Lindenmeier, dazu, was Agrarpolitik in der heutigen Zeit angeht, ich beziehe mich auf Ihre Pressekonferenz, und ich beziehe mich auf Ihren Antrag. Ihren Antrag werden wir ablehnen.

Ich will Ihnen einmal etwas sagen. Ich habe mir eben angehört, was Sie gesagt haben. Wenn Sie nun in dieser verfahrenen - oder, besser gesagt: schwierigen - Situation der Landwirtschaft mit dem kommen, was Sie eben angeboten haben, dann besteht Ihre Agrarpolitik aus Umweltschutzpolitik bis hin zur Strukturpolitik und darin, abzuklopfen, wie weit man hinsichtlich der **Sozialpflichtigkeit des Eigentums** eigentlich gehen kann.

(Latendorf [CDU]: So ist es!)

Dies der Landwirtschaft im Augenblick zuzumuten, ist allerdings nicht ungefährlich.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen in aller Offenheit: Es gibt in dieser Situation auch bei den Bauern eine Grenze der Belastbarkeit. Deswegen lassen Sie mich aus unserer Sicht einige Dinge als Ergänzung zu Ihrer Pressekonferenz, zu Ihren Ausführungen und zu Ihrem Antrag sagen.

Die Bauern sind in Schleswig-Holstein ja nicht deswegen so fünsch, weil wir eine neue Agrarpolitik herbeiführen mußten. Wir standen doch vor der Frage, entweder die Produktion unbegrenzt steigen und die Preise rapide abfallen zu lassen oder nicht. Wir haben uns dafür entschieden, die Produktion zu begrenzen und den Preis nach Möglichkeit zu halten. Das ist schon ein schwieriges Unterfangen.

Schlimm ist aber, daß wir dies aus einer ganz schwierigen Situation heraus, nämlich aus dem „Keller", starten mußten. Wie ist es dazu gekommen? Dann wollen wir uns einmal darüber wie auch über **Preis- und Marktpolitik** sowie Einkommenspolitik in der Landwirtschaft unterhalten.

Von 1972 bis 1982 ist die D-Mark um 27 % aufgewertet worden; in derselben Zeit haben Sie und die von Ihnen gestellte Regierung zugelassen, daß von den 27 % des **positiven** deutschen **Grenzausgleichs** - das heißt jedesmal 1 % Preisverlust für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft - 17 % des positiven deutschen Grenzausgleichs - sprich: Preisverbesserung - abgebaut worden sind und damit der Land-

(Fölster)

wirtschaft 17 % Preisanhebung vorenthalten worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Malheur. Dadurch sind wir in diese Ausgangssituation hineingekommen.

Das nächste: Wir haben nun versucht, das erste Mal, nachdem wir noch 10 % positiven deutschen Grenzausgleich hatten, beim **Abbau** des Grenzausgleichs eine **Ausgleichszahlung** von 5 % – Stoltenberg! – vor Steuern zu zahlen. Da haben Sie mit Ihrer Argumentation hier im Lande Schleswig-Holstein bundesweit und während der Beratungen im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages die Beratungen wegen dieser 5 % verlassen; Sie sind hinausgegangen. Sie haben sich also mit Leidenschaft dagegen gewehrt. Diese 5 % machen in Schleswig-Holstein 300 Millionen DM für die Landwirtschaft aus!

(Beifall bei der CDU – Latendorf [CDU]: Sehr richtig! – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Fölster, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiesen?

Fölster [CDU]:

Ja!

Wiesen [SPD]: Herr Kollege Fölster, können Sie dem Hohen Hause vielleicht klarmachen, wie Sie angesichts der Kostenbelastung durch das EG-Parlament und den Bundeshaushalt, die aus der Preissteigerung für Agrarprodukte entsteht, heute 17 % Preisdifferenz gegenüber früher finanzieren wollen? Sind das nicht fromme Sprüche, die Sie hier von sich geben?

– Wir haben bisher – Sie wollten die europäische Agrarpolitik daran scheitern lassen – europäische Agrarpolitik finanzieren können und werden sie auch in Zukunft finanzieren. Was diese 17 % Preisanhebung angeht, so haben wir ja schon vorher zum Beispiel eine Erzeugerabgabe, so haben wir schon vorher eine Begrenzung der Produktion angeregt; aber für das, was wir dann verkaufen würden, wollten wir auch einen anständigen Preis haben und nicht eine solche Entwicklung, wie Sie sie zugelassen haben.

Der zweite Punkt ist die **Überschußproduktion**. Warum ist es jetzt in der Landwirtschaft so spannend, Frau Kollegin Lindenmeier? Bis Mitte der siebziger Jahre hatten wir den Zustand, daß sich Angebot und Nachfrage deckten, plus minus null bei Angebot und Nachfrage!

Ende der siebziger Jahre bekamen wir zum ersten Mal eine Nichtvermarktungsprämie. Schon damals liefen wir Gefahr, mit der Produktion an die Decke zu stoßen und durch sie hindurchzustoßen. Hätten Sie doch Ende der siebziger Jahre die Kraft gehabt, politisch gegen diese Überproduktion anzusteuern!

(Beifall bei der CDU)

Heute haben wir eine Produktion von 130 % bei Getreide, heute haben wir 120 % bei Milch und 110 % bei Rindfleisch. Sie haben während der Fahrt nicht die Kraft gehabt, dagegen politisch anzusteuern.

(Dr. Klingner [SPD]: Weil Sie das entschieden bekämpft haben!)

– Ja, ja, wenn Sie meinen, daß wir in dieser Situation agrarpolitisch mit einem Maulkorb durch die Landschaft laufen und Sie Narrenfreiheit haben, dann irren Sie sich!

(Beifall bei der CDU – Dr. Klingner [SPD]: Hier im Hause haben Sie die Änderung der Agrarpolitik abgelehnt, ausdrücklich abgelehnt!)

Sie haben diese Erscheinungen der Überproduktion schleifen lassen; deswegen hatten wir ja – nicht im letzten Jahr! – 1980, 1981, 1982 – die Auswirkungen dieses Schleifenlassens – ein Minus bei den Einkommen der Landwirtchaft in Schleswig-Holstein während Ihrer Regierungszeit von 40 %. Dies ist nur in Vergessenheit geraten. Das hat uns in diese schwierige Situation hineingebracht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Fölster, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Lindenmeier?

Fölster [CDU]:

Ja, bitte!

Frau Lindenmeier [SPD]: Geben Sie zu, Herr Kollege Fölster, daß die Landesregierung hier in Schleswig-Holstein noch bis vor kurzem die Milchproduktion erheblich gefördert hat, dem Ausbau von Stallungen für Bestände bis zu 60 Kühen direkt Schwung verliehen hat und daß die Sozialdemokraten vor den Auswirkungen der damaligen Überschußproduktion gewarnt haben?

– Ja, ja, das paßt zu dem Thema von Schmidt: „Wir sind der Zahlmeister Europas". 100 Milliarden Liter Milch werden in Europa erzeugt; wir erzeugen zwei Milliarden Liter, das sind 2 %. Wenn Sie nicht die Kraft haben, mit zehn Landwirtschaftsministern gegenzusteuern, dann sollen wir in Schleswig-Holstein sagen: Ihr produziert nur 2 %, aber ihr dürft keine Althofsanierung mehr machen, ihr dürft keine Aufstockung mehr betreiben – dann würden sich die Niederländer, die Bayern und die Dänen freuen! Das haben Sie sich wohl so gedacht!

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Latendorf [CDU]: Sehr richtig! 80 % der bundesdeutschen Kuhbestände liegen unter 20 Kühen, Herr Fölster!)

Frau Kollegin Lindenmeier, vielleicht können wir nachher ein bißchen darüber diskutieren. Aber wir sollten die Chance nutzen, denn die Meinungen gehen hier auseinander und bei dem, was wir sagen,

(Fölster)

wissen die Bauern nicht mehr, wo vorne und wo hinten ist.

Frau Kollegin Lindenmeier, Sie haben in der Presseerklärung gesagt und heute wieder eine Andeutung gemacht und dem Minister Kiechle schwere Vorwürfe gemacht, daß er die **Garantieschwelle bei Getreide** eingeführt habe. Ich bitte hier nun nicht schräg an der Wahrheit, an der geschichtlichen, vorbeizureden. Das war Herr Ertl zu Ihrer Zeit, der die Garantieschwelle bei Getreide eingeführt hat, und zwar 1981/82. Da erzeugten wir in Europa 118 Millionen Tonnen. Die Schwelle war 121 Millionen Tonnen. So war sie festgelegt.

Im letzten Jahr haben wir mit Hilfe des Herrgotts 150 Millionen Tonnen Getreide in Europa produziert. Mit dieser unsinnigen Garantieschwelle für Getreide ist schon vorprogrammiert, falls wir nicht in den nächsten Jahren eine Mißernte kriegen, daß wir drei Jahre lang 5 % Getreidepreissenkungen hinnehmen müssen. Das haben Sie uns mit der Garantieschwelle beschert.

(Beifall bei der CDU – Latendorf [CDU]: Das war Ihr Beschluß! – Meyenborg [SPD]: Sie kennen doch die Zusammenhänge! – Sickmann [SPD]: Wahrscheinlich nicht!)

Wir haben bisher weitgehende Übereinstimmung bei den Beratungen Rahmenplan Gemeinschaftsaufgabe gehabt. Darüber habe ich mich immer sehr gefreut. Ich selbst habe dazu beigetragen. Die letzten Meldungen aus Ihrer Sicht und aus Ihrem Munde lassen mich befürchten, daß es anders wird. Wir reichen wieder die Hand, aber wir passen auf, daß Sie nicht schräg an der Wahrheit vorbeireden.

(Beifall bei der CDU)

Was ist denn mit der Gemeinschaftsaufgabe? Dauernd haben wir gesagt: Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" ist der Kern unseres Haushaltes. Um diese Millionen haben Sie in den vergangenen Jahren mit Schmidt an der Spitze den Rahmenplan für diese Gemeinschaftsaufgaben gekürzt und zurückgefahren. Und wer hat ihn wieder nach oben gefahren? – Gerhard Stoltenberg. Herzlichen Dank dafür. Er hat das richtig erkannt.

(Beifall bei der CDU)

Wer hat dann zu welcher Zeit zur Umweltpolitik gesagt, wir gehen schon mit? Wer hat denn die Unfallversicherung der Landwirtschaft in dem Rahmenplan der mittelfristigen Finanzplanung auf Null zurückgefahren? Das waren Sie und niemand anders. Wir haben sie wieder auf 400 Millionen DM angehoben. Gerhard Stoltenberg sei herzlich gedankt.

Wer hat denn das Geld bei der Alterskasse gestrichen um 10 und 15 %? Das war Ihre Regierung. Stoltenberg hat es wieder angehoben. Herzlichen Dank, Herr Stoltenberg.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben das hier mitgemacht, als Sie gesagt haben: Bei 5 %, da kriegt der Große was, der Kleine kriegt nichts.

(Dr. Klingner [SPD]: So ist es!)

So haben Sie es darzustellen versucht. Der Ruhm manches politischen Propheten basiert mehr in der Vergeßlichkeit der Hörer, als daß die Geschichte ihm recht gegeben hätte.

(Sickmann [SPD]: Jetzt werden Sie langsam unglaubwürdig!)

Ich habe das hier miterlebt, wie Herr Engelbrecht – übrigens auch ich – gesagt hat: Zur Strukturentwicklung in der Landwirtschaft ja, aber ohne soziale Härten und nicht so schnell. Ein Stichwort: Mansholt, 13. September 1969 in der Ostseehalle. Der Sozialist Mansholt hat erst gesagt: Wenn ihr die kleinen Betriebe hier erhalten und Preis- und Marktpolitik durchsetzen wollt, dann seid ihr die Kopfschlächter der Landwirtschaft. – Jetzt wollen sie die Kleinen retten. Das war Jochen Steffen seinerzeit.

(Beifall bei der CDU)

Die Situation in der Agrarpolitik ist für uns zu ernst. Ich sage das nur – jetzt kommen wir uns auch wieder näher – in aller Ruhe, damit wir die Dinge etwas zurechtrücken.

(Dr. Klingner [SPD]: Hier haben Sie es leichter als in einer Bauernversammlung, Herr Fölster! Hier haben Sie wenigstens Publikum zum Klatschen. Auf der Bauernversammlung hätte man Sie bei diesen Sprüchen schon weggejagt! – Sickmann [SPD]: Oder man hätte versucht, Sie umzulegen!)

Wenn ich die kleinen Mephistos dort richtig sehe,

(Beifall bei der CDU)

dann gehen Sie mit Ihren Sprüchen, die Sie auch heute morgen gemacht haben, einmal vor 9 000 Bauern in der Ostseehalle. Respekt sollten Sie vor diesen 9 000 Bauern haben, die sich im Lande Schleswig-Holstein gegen das gewehrt haben, was man Ihnen zumuten wollte.

(Stock [CDU]: Sie sind gar nicht in die Ostseehalle gegangen!

Soll ich das wieder zurechtrücken? Sie haben den Kram schleifen lassen. Sie haben uns die Gelder gestrichen. Jetzt sind wir dabei, die Dinge umzudrehen. Das wollen Sie nicht haben. Das wird eine schwierige Geburt.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hamer:

Herr Fölster, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Lindenmeier?

Fölster [CDU]:

Ja.

Vizepräsident Hamer:

Frau Lindenmeier bitte!

Frau Lindenmeier [SPD]: Herr Fölster, ich habe in der Ostseehalle mit großem Respekt besonders die Aussagen der jungen Landwirte gehört, die gesagt haben: Wir sind ja bereit, unser Land so zu bewirtschaften, daß wir Umwelt und Boden schonen, wenn doch bloß die Politik uns die Möglichkeiten dazu einräumt, daß wir dann auch existieren können. Das haben Sie sicher auch gehört?

Fölster [CDU]:

Ja, ja. Aber den Weg zu dieser Politik, den haben Sie uns verbaut. Den verbauen Sie uns ständig, weil Sie dauernd gegen Preis- und Marktpolitik sind. Sie wollen nämlich ordentliche Preise im Markt und weniger produzieren. Darum geht es und nicht um die Strukturpolitik und so weiter.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir wieder zur Sache.

(Dr. Lohmann [SPD]: Jetzt ist der Gesang beendet!)

– Wir können uns nachher noch ein bißchen unterhalten. Ich bin wieder hier vorne. Darauf können Sie sich verlassen.

Die CDU-Fraktion bekräftigt, die Gemeinschaftsaufgabe ist nach wie vor das Kernstück des Einzelplanes 08 des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich die nochmalige Aufstockung der **Bundesmittel** für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für 1986 bis 1989.

Sofort nach der Amtsübernahme 1982 hat die neue Bundesregierung das Ruder herumgeworfen. Sie stoppte die jahrelange Talfahrt dieser wichtigen Gemeinschaftsaufgabe. 1982 floßen aus Bundesmitteln 107 Millionen in unser Land. 1985 sind es 127 Millionen DM. Der Gesamtplafond im Bundeshaushalt beläuft sich 1985 auf eine nie dagewesene Höhe von 1,3 Milliarden DM. Von dieser Summe geht auch der Rahmenplan 1986/89 aus. Dem Bundesminister Gerhard Stoltenberg ist dafür hoffentlich der Dank des gesamten Haushaltes gewiß.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Gesamtanteil für unser Land von 10,25 auf 9,7 gesunken ist, hat das zwei plausible Gründe.

Erstens. Im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe wurde 1984 ein Sonderschlüssel für die Mittel zur **Bekämpfung neuartiger Waldschäden** gebildet. Da Schleswig-Holstein einerseits einen geringen Waldanteil hat und andererseits zum Glück unterdurchschnittlich von den neuartigen Waldschäden betroffen ist, mußte unser Anteil an diesem Sonderschlüssel geringer ausfallen.

Zweitens. 1985 wurde erneut eine Sonderregelung eingeführt. Dieses Mal für **Ausgleichszahlungen** in benachteiligten Gebieten. Schleswig-Holstein hat bekanntermaßen im Bundesvergleich einen unterdurchschnittlichen Anteil an benachteiligten Gebieten. Folglich mußte unser Anteil zurückgefahren werden.

Aber ein tatsächlicher Rückgang der Bundesmittel für Schleswig-Holstein ist für uns auch deshalb nicht vertretbar, weil wir im Konzert der elf Bundesländer das Land mit der größten Wasserhypothek, Küstenschutz, und mit der größten Entfernung vom Markt sind. Der agrarstrukturelle Teil der Gemeinschaftsaufgabe ist das Rückgrat der Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben und auch in Handwerk und Gewerbe in strukturschwachen Räumen. Diese strukturschwachen Räume werden wir vorrangig bedienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erhöhung der Mittelansätze im Rahmenplan 1986 für die beiden Schwerpunktaufgaben **Abwasserbeseitigung** und **Dorferneuerung** um 2 beziehungsweise um 3,7 Millionen DM hat für unser Land zentrale Bedeutung. Sie geben mit 5,7 Millionen DM zusätzliche Impulse für den schwer kämpfenden Hoch- und Tiefbau. Die Abwasserbeseitigung – es bedurfte nicht Ihres Hinweises – behält auch im Rahmenplan 1986 größte Priorität.

Meine Damen und Herren, nun kommen wir einmal zur Sache, zu Ihrem Problem, das Sie bewegt. Besonders hervorheben möchte ich eine neue Maßnahme, die Ausgleichszahlung in benachteiligten Gebieten. Grundlage hierfür bietet die EG-Strukturrichtlinie aus dem Jahre 1975. Danach können in genau abgegrenzten Regionen in der EG **Ausgleichszahlungen** gewährt werden. Sie werden in der von der Natur benachteiligten Gebieten als Ausgleich für ein Wirtschaften unter erschwerten Bedingungen gegeben; sie werden gewährt, damit Menschen große, landwirtschaftlich wertvolle Räume nicht verlassen und damit nicht verwildern lassen. Es ist ein Ausgleich ohne Auflage. Die Maßnahme läuft in diesem Jahr an. An Wünschen und Ratschlägen hierzu fehlt es nicht. Es handelt sich schließlich auch um 15 Millionen DM.

Nun kommt, Frau Lindenmeier, unser Angebot: Bekanntlich läuft in der **Sorge-Schleife** ein Versuch, landwirtschaftlich genutzte Flächen von großem ökologischen Wert aus der Produktion herauszunehmen oder die landwirtschaftliche Produktion einzuschränken. Dieser Versuch ist bundesweit unter **„Modellvorhaben Stapelholm"** bekannt. Das Bestechende an diesem Versuch: Der Beitrag zum Umweltschutz, die Drosselung der landwirtschaftlichen Produktion angesichts der Überschüsse in der heutigen Zeit. Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich das Bemühen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins im PLANAK – Herr Neugebauer, oder heißen Sie Herr Neugebauter; ich bin damit manchmal durcheinander gekommen –, solche Maßnahmen in der Gemeinschaftsaufgabe zu verankern. Stapelholm liegt in einem benachteiligten Gebiet. Fraktion und Landesregierung prüfen intensiv, ob wir über Stapelholm

(Fölster)

hinaus auch außerhalb benachteiligter Gebiete ähnlich vorgehen können,

(Zuruf des Abgeordneten Neugebauer [SPD] – Präsident Titzck übernimmt den Vorsitz)

um die landwirtschaftliche Produktion zugunsten des Naturschutzes zu drosseln. Darum geht es. Die CDU-Fraktion und die Landesregierung prüfen, ob hierfür notfalls auch ohne Verankerung in der Gemeinschaftsaufgabe weitere Landesmittel angeworben werden können.

Meine Damen und Herren, es würde uns zur Ehre gereichen – ja, Sie wollten dafür die Ausgleichszahlung benutzen; Sie müßten einmal zuhören, Herr Neugebauer –, auch hier bundesweit – wie schon in ähnlich gelagerten Fällen – ein Zeichen setzen zu können. Naturschutz und Landwirtschaft sind es uns wert. Das ist keine Erfindung der letzten Wochen oder Monate. Ich verweise dabei auf den Entschließungsantrag des CDU-Parteitages vom letzten Jahr.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Lindenmeier [SPD])

Es heißt dort in dem Antrag des CDU-Parteitages:

„Die Vielfalt wildwachsender Pflanzen und wildlebender Tiere in unserer Landschaft ist zu erhalten und dort, wo sie bedroht ist, zu vermehren. Diese auch aus Verantwortung für kommende Generationen übernommene Verpflichtung kann nicht ausschließlich von einzelnen Landeigentümern getragen werden. Deshalb ist unter bestimmten Voraussetzungen ein Ausgleich geboten."

Soweit der Antrag auf dem CDU-Parteitag und unter anderem auch auf der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer. Vor dem Hauptausschuß des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbandes hat unser Minister im Laufe des Jahres 1984 diesen Weg der Kombination moderner Umwelt- und Agrarpolitik aufgezeigt. Es bedurfte also nicht Ihres Hinweises, Frau Kollegin Lindenmeier, von heute und in der Pressekonferenz vor 14 Tagen. Lassen Sie uns lieber gemeinsam ans Werk gehen. Es lohnt sich.

Aber, meine Damen und Herren, auch in den abendlichen Veranstaltungen sollten wir uns nicht falschen Vorstellungen hingeben: Ohne Hilfe von Bonn und von Brüssel wird es sehr schwer, hierbei durchschlagende Erfolge zu erzielen. 10 % Drosselung landwirtschaftlicher Produktion in Schleswig-Holstein heißt schlicht und einfach 600 Millionen DM aus unserem Landeshaushalt. Oder: Das Modell Stapelholm über das ganze Land Schleswig-Holstein macht 350 Millionen bis 400 Millionen DM jährlich aus dem Landeshaushalt.

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Verbesserung **forstwirtschaftlicher Maßnahmen** in der Gemeinschaftsaufgabe sagen. Auf Initiative Schleswig-Holsteins ist die Zuschußförderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse wesentlich verbessert worden. Die Höchstförderung von 40 % läuft statt über sechs neuerdings über zehn Jahre. Der gesamte private Forst in Schleswig-Holstein ist Gott sei Dank in forstwirtschaftlichen **Zusammenschlüssen** erfaßt und wird damit gefördert.

Erweitert wurde auch die Förderung von Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden; die Zuschüsse wurden von 60 % auf 70 % angehoben. Im übrigen greifen weiterhin unsere bewährten Landesmaßnahmen in der forstwirtschaftlichen Förderung. Insbesondere in der Förderung der Bestandespflege leistet Schleswig-Holstein seit Jahren Schrittmacherdienste. 1979 haben wir diese Maßnahme in unserem Lande eingeführt. 1980 konnten wir Bund und Länder davon überzeugen, diese Maßnahme in die Gemeinschaftsaufgabe aufzunehmen. Leider können diese Pflegemaßnahmen nach den Grundsätzen der GA nur einmal bezuschußt werden. Die CDU-Fraktion begrüßt, daß mit unserer Unterstützung der Landwirtschaftsminister in den **Landesrichtlinien** zur Förderung der Forstwirtschaft eine Bezuschussung der Zweitdurchforstung vorsieht; hierfür haben wir 2 Millionen DM Landesmittel angeworben. Wir gehen davon aus – wie in der Vergangenheit –, daß auch diese unabdingbare Maßnahme auf unser Drängen hin in die Gemeinschaftsaufgabe aufgenommen werden wird.

Meine Damen und Herren, nicht ohne Sorge sehen wir die Kürzung der Ansätze bei der **einzelbetrieblichen Förderung** im Rahmenplan 1986 um gut 4 Millionen DM. Dies ist Ausdruck der schwierigen Situation der Landwirtschaft und des damit verbundenen **Investitionsverhaltens** bäuerlicher Unternehmer. Gegen Ende der 70er Jahre investierte die Landwirtschaft in unserem Lande als größter Investor noch 1 Milliarde DM.

(Zuruf des Abgeordneten Sickmann [SPD])

Mit großen Schäden für die Wirtschaft im ländlichen Raum sind diese Investitionen der Landwirtschaft um über 50 % zurückgegangen. Insbesondere für kleine und mittlere bäuerliche Betriebe mit geringer Eigenkapitalkraft ist nach wie vor eine Investitionsförderung erforderlich. Das ist und bleibt unser Ziel.

Zur Existenzsicherung unserer bäuerlichen Familienbetriebe werden wir bald mit der Landesmilchrentenaktion beginnen. Viele unserer kleinen und mittleren bäuerlichen Haupterwerbsbetriebe sind auf eine Erhöhung ihrer Milchquote angewiesen. Sie wissen, daß wir als Land Schleswig-Holstein bundesweit initiativ geworden sind. Die CDU-Fraktion begrüßt, daß die Notwendigkeit zur Einführung einer **Landesmilchrentenaktion** über die Parteigrenzen hinweg vom Bund und von vielen Bundesländern anerkannt worden ist. Wir gehen davon aus, daß diese großartige Maßnahme, wenn auch nicht in der Gemeinschaftsaufgabe verankert – das weiß ich nicht; vielleicht nicht –, doch als Gemeinschaftsaufgabe bundes- und landesweit gesehen wird.

Lassen Sie mich schließlich noch den einen Punkt festhalten: Die Gemeinschaftsaufgabe ist nach wie vor das Rückgrat der Investitionsförderung für Landwirtschaft, Handwerk und Wirtschaft im ländlichen Raum. Voraussetzung für Investitionen jedoch ist

(Fölster)

eine hinreichende Kapitalbildung. Diese kann nur durch eine langfristig ausgerichtete Markt- und Preispolitik gewährleistet werden. Grundlage dafür bleibt das Bestehen des Systems der europäischen Marktordnungen. Die CDU-Bundesregierung war es, die ein Zusammenbrechen der EG-Agrarpolitik Gott sei Dank verhindert hat. Ihr Mühen finden wir wieder in der Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur des Küstenschutzes". Die CDU-geführte Bundesregierung ist es, die die landwirtschaftlichen Betriebe mit ihren Sorgen zur Stunde auch nicht allein lassen wird.

Ich wiederhole noch einmal: Unsere CDU-Bundesregierung hat - wie erwähnt - die Talfahrt der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe gestoppt. Ja, sie hat diese Mittel kontinuierlich und drastisch aufgestockt. Die neue Bundesregierung hat einem Abbau des Währungsausgleichs ohne Ausgleichszahlung nicht zugestimmt. Gegen erbitterten Widerstand hat Bundesfinanzminister Stoltenberg einen nationalen Ausgleich über die **Erhöhung der Mehrwertsteuer** durchgesetzt. Für die Landwirtschaft Schleswig-Holsteins bedeutet dies immerhin eine Einnahme von 300 Millionen DM jährlich.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Bundesregierung hat die beschlossene Kürzung der Zuschüsse für die **Unfallversicherung** rückgängig gemacht und auf 400 Millionen DM erhöht. Sie hat die Mittel für die Ausgleichszulage wesentlich erhöht und die Höchstsätze für den landwirtschaftlichen Betrieb entscheidend angehoben sowie den Kreis der Berechtigten auf alle Gebiete ausgedehnt.

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft unseres Landes verdient in dieser schwierigen Situation die Solidarität aller Bevölkerungskreise und auch aller Fraktionen in diesem unserem Hause. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur des Küstenschutzes" ist ein wesentlicher Teil unserer Agrarstrukturpolitik, unserer Politik für den ländlichen Raum, die Verbesserung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Sicherheit an unseren Küsten.

(Beifall bei der CDU)

Ausgehend von diesen Zielen sind die Schwerpunkte der Anmeldung für 1986/89 aus unserer Sicht richtig gesetzt. Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Der Herr Abgeordnete Wiesen hat das Wort.

Wiesen [SPD]:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten ja heute über die Rahmenplanung für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Sowohl Minister Flessner als auch meine Kollegin Frau Lindenmeier haben dazu bedenkenswerte, nachdenkenswerte und konstruktive Beiträge geleistet. Ich denke, daß dies sich auch so gehört, wenn man dem folgt, Herr Kollege Fölster, was Sie genauso wie ich genannt haben: Kern des Agrarhaushalts oder auch Kerninstrument zur Regelung von Agrarpolitik und Umweltschutz. Was Sie ansonsten zur Agrarpolitik verbreitet haben - entschuldigen Sie bitte -, kam mir reichlich diffus vor. Wir haben uns schon kürzlich ein wenig amüsiert, als vom Ministerpräsidenten hier wieder als der Rückgang der **Investitionsfähigkeit** der landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein - in der Tat ein dramatisches Datum - in den letzten zwei Jahren, als wir in Bonn schon gar nicht mehr regierten, in Schleswig-Holstein sowieso nicht, der sozialliberalen Koalition in die Schuhe geschoben wurde. Dies war abstrus genug.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie dem heute hinzugefügt haben, Herr Kollege Fölster, war genauso absurd. Sie beklagen die seit der Bonner Wende drastisch reduzierte wirtschaftliche Situation auch der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft und glauben, Sie könnten sich aus der Verantwortung stehlen und das noch alles auf Konto Erblast buchen. Das lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der SPD - Fölster [CDU]: 80/81!)

Zum zweiten: Wenn Sie hier so großzügig über aktive Markt-und Preispolitik reden, dann möchte ich gern ein bißchen näher dahintersteigen. Wenn Sie **Marktpolitik** meinen, dann würde dies doch wohl heißen, daß Angebot und Nachfrage als die wesentlichen Triebkräfte des Marktes und der Regulierung von Preisen auch im landwirtschaftlichen Bereich stärker durchschlagen müßten. Dies trauen Sie sich aber nicht zu sagen, weil Sie wissen, daß dies sinkende Agrarerzeugerpreise bedeuten würde. Wir trauen uns, das zu sagen, allerdings nur unter Hinzufügung, daß wir dann natürlich den Betrieben, die bei solchermaßen gesunkenen Agrarpreisen nicht mehr existieren könnten, die über die Klinge springen würden, aus Bundes- und Landesmitteln helfen würden.

(Hollmann [CDU]: Woher wollen Sie das Geld auf Dauer nehmen?)

Um es ganz einfach zu sagen, Herr Kollege Hollmann; ich kenne die Einwürfe ja aus vielen Bauernversammlungen: Wenn Dr. Stoltenberg als Ausgleich der Brüsseler Beschlüsse oder des Abbaus des Grenzausgleiches die Mehrwertsteuerpauschale um 5 % erhöht, dann fördert er die Landwirtschaft über die Preisstützung, über den Umsatz. Das heißt, der große, der umsatzstarke Betrieb bekommt selbstverständlich ein Mehrfaches von dem, was ein kleiner Betrieb bekommt, der sich in Existenzgefahr befindet. Den müssen wir aber sichern. Das kann man mit demselben Geld, wenn man es richtig einsetzt.

(Beifall bei der SPD - Stock [CDU]: Was wollen Sie denn? - Glocke des Präsidenten)

Ich habe versucht, es Ihnen zu erklären.

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Wiesen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Detlefsen?

Wiesen [SPD]:
Aber gern.

> **Detlefsen** [CDU]: Herr Kollege Wiesen, können Sie sich vorstellen, daß Marktpolitik auch offensive Exportpolitik bedeutet? Gerade dieses Thema ist in Ihrer Zeit vernachlässigt worden.

- Das können wir damit koppeln. Sie retten damit, Kollege Detlefsen, eines nicht: In einer Situation, wo das Angebot an Agrarerzeugnissen wesentlich größer ist als die Nachfrage nach solchen Erzeugnissen - auch wenn Sie ein bißchen mehr im Export machen könnten -, geht der Preis nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten in den Keller. Dies kann gar nicht anders sein. Sonst hätten Sie neue Ökonomiegesetze, was ja auch etwas Flottes wäre.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Wiesen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Böge?

Wiesen [SPD]:

Ja, gern.

> **Böge** [CDU]: Herr Kollege Wiesen, haben Sie nicht vernommen - Kollege Fölster hat es dargelegt -, wie in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung in Bonn der Scheitel der Selbstversorgung überschritten wurde und daß es von Ihrer Seite her versäumt wurde, rechtzeitig gegenzusteuern?
>
> (Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Es sind immer die anderen!)

- Herr Kollege Böge, darüber könnte man sogar reden, wenn ich nicht noch genau im Ohr hätte, wie Sie und Ihre politischen Nachbarn, ob Sie nun in erster Linie CDU-Funktionen im Parlament ausüben oder in erster Linie Funktionen im Bauernverband ausüben, sich massiv gegen solche Ansätze gesperrt haben.

(Beifall bei der SPD)

Verwechseln Sie doch nicht Ursache und Wirkung. Herr Kollege Böge, ich wünsche Ihnen ein paar fröhliche Stunden. Sie können mir ja gern einen Gegenbeleg raussuchen, aber Sie werden lange, lange wühlen müssen, bis sie einen finden. Herr Kollege Fölster, das würde übrigens heißen, man würde aktive Preispolitik machen - das heißt noch weiter Hochpreispolitik gegen alle Marktvernunft - und dann erwarten, es würde auf diesen Feldern weniger produziert. Wer dies erwartet, der spricht den Bauern jegliche unternehmerische Fähigkeit ab.

(Beifall bei der SPD)

Denn natürlich muß der Unternehmer dort produzieren, wo er etwas verdient. Darum kann man durch Hochpreispolitik keine Überschüsse mindern. Ich will auch darauf hinweisen, daß es nicht losgehen kann - wir können das auch nicht durchlaufen lassen -, daß sich auf der einen Seite Bundestagsabgeordnete in Erst-oder Zweitfunktion als Bauernverbandsfunktionäre lauthals hinstellen und höhere Preise von Brüssel fordern, während gleichzeitig der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Stoltenberg die Finanzierung solcher höheren Preise ablehnt.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich kann Herrn Stoltenberg da übrigens besser verstehen, als die, die bei großen wirtschaftlichen Sorgen - wir nehmen sie ernst und wollen sie durch Maßnahmen zur Existenzsicherung auffangen - wiederum das falsche Mittel wählen, mit dem sie die bäuerlichen Betriebe nicht sichern können, mit dem nur den größeren Betrieben weitergeholfen werden kann.

> (Böge [CDU]: Würden Sie die Bedenken auch auf die Gemeinschaft übertragen?)

Die Verteilung der 3 Milliarden DM für die Mehrwertsteuererhöhung habe ich schon dargestellt. Dies ist genau der falsche Verteilungsmechanismus: Die Dicken werden ein bißchen dicker und die Dünnen müssen verhungern. Wir wollen aber die Dünnen am Leben erhalten.

Schließlich höre ich in der letzten Zeit, das hat Kollege Fölster so direkt nicht getan, immer mehr Töne, die etwa so laufen, als hätte die Bundesregierung mit der **Quotenregelung** auf dem Milchmarkt nun überhaupt nichts zu tun. Die Bundesregierun hat natürlich in der Europäischen Gemeinschaft der Regelung global zugestimmt, und darüber hinaus sind die einzelnen verwaltungsmäßigen Durchführungsvorschriften für die Quotenregelung von der Bundesregierung in alleiniger Verantwortung erlassen. Das, was heute daraus an Existenzgefährdungen entsteht, können Sie nirgendwohin abschieben, weder auf die Sozis noch auf Brüssel. Es sind die Konservativen, die seit der Wende große Schwierigkeiten in unsere Landwirtschaft gebracht haben.

Wir jedenfalls, Kollege Fölster,

(Fölster [CDU]: Werden uns bessern!)

können gut verstehen, daß Sie einer heilen Welt nachtrauern, als die CDU, der Bauernverband und alle so einig waren. Heute haben Sie durch eigene Politik, durch eigene Verantwortlichkeit diese Gemeinschaft kaputtgeschlagen, weil Sie Existenzen gefährdet haben. Sie können von uns nicht erwarten, daß Sie sich auf unsere Kosten aus dieser Verantwortung herausstehlen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Meyer hat das Wort.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Es ist wirklich verlockend, jetzt etwas über die EG-Agrarpolitik zu sagen. Es ist aber auch verlockend, etwas über Produktionsbegrenzungen zu sagen. Es fällt mir schwer, über Produktionsbegrenzungen zu reden, solange so viele Millionen Menschen auf dieser Welt noch hungern.

(Fölster [CDU]: So ist es! Da hat er recht!)

Ich habe ja die bürgerlichen Parteien in Dänemark und in Deutschland erlebt. Diese Parteien waren eigentlich immer gegen jede Form der Planwirtschaft. Die EG-Politik ist aber doch die größte Form der Planwirtschaft, die wir je auf dieser Welt gehabt haben. Ich möchte für meine Person hinzufügen: es ist auch die schlechteste Form. Hier aber machen die bürgerlichen Parteien wirklich mit.

(Hollmann [CDU]: Das erzähl mal nicht in Dänemark!)

- Wissen Sie, das erzähle ich gerade den Leuten in Dänemark, und deswegen sind nicht alle bürgerlichen Parteien in Dänemark mit mir einig. Ich bin da momentan nicht lieb Kind.

Ich möchte dies anführen, weil ich die Bitterkeit der Bauern in diesem Lande verstehe. Die Agrarpolitik, die betrieben worden ist, mußte dazu führen, daß unsere Familienbetriebe in Schwierigkeiten kommen. EG-Agrarpolitik bedeutet Zentralismus und einen Drang hin zu Großbetrieben. Das ist das, was wir gerade erlebt haben.

(Latendorf [CDU]: Die EG-Agrarpolitik!)

- Ja!

Jetzt aber zu den Anträgen, die hier auf dem Tisch liegen. Ich kann dem Antrag der SPD, Drucksache 10/888, meine Zustimmung geben, obwohl ich in einigen Fragen mit euch nicht ganz einig bin. Da aber die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen will, wäre es Zeitvergeudung, jetzt mit Änderungsanträgen zu eurem Antrag zu kommen. Ich werde also für diesen Antrag stimmen.

Ich komme zum **Rahmenplan**. Dieser Rahmenplan enthält Mittel für den **Landesteil Schleswig**, und auf diese Mittel können wir nicht verzichten. Klipp und klar: Es wäre falsch von mir - auch wenn ich auf einem bestimmten agrarpolitischen Sektor mit der Regierung nicht ganz einig bin -, jetzt diesen Rahmenplan nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen. Hier haben wir nämlich Mittel für den Landesteil Schleswig, für die strukturschwachen Gebiete, und deswegen kann ich diesem Vorschlag des Ausschusses, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen, natürlich meine Zustimmung geben. Das ist kurz und bündig meine Haltung zu dieser Frage.

Präsident Titzck:

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Dr. Barschel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte ist sehr ins Grundsätzliche gegangen und ist zum Teil weit ab von den eigentlichen Beratungspunkten der Anmeldung zum Rahmenplan. Das ist keine Kritik an der Opposition. Ich glaube, richtig zu liegen, daß insbesondere mein Kollege Fölster in seinen Ausführungen ein bißchen weitgreifender gewesen ist. Nach den Ausführungen, die Erwiderung fanden durch den Kollegen Wiesen, habe ich darüber nachgedacht, ob ich für die Landesregierung zu den hier aufgeworfenen mehr grundsätzlichen Fragen etwas sagen sollte. Ich kam zu dem Ergebnis, daß dies doch notwendig sei, nachdem ich in direkter Weise von Ihnen, Herr Kollege Wiesen, und indirekt von Ihnen, Frau Kollegin Lindenmeier, angesprochen worden bin.

Bevor ich aber auf diese Dinge zu sprechen komme, lassen Sie mich zum eigentlichen Rahmenplan zweierlei sagen. Herr Kollege Wiesen, Sie haben in Ihrem Bericht als Auschußvorsitzender davon gesprochen, daß die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" unverzichtbar sei, und Sie haben das vor dem Hintergrund der bundesweit und länderweit laufenden Diskussion über die **Mischfinanzierung** gesagt, von der alle Parteien meinen, daß sie in bestimmten Bereichen abgebaut werden sollte, um den Ländern mehr Zuständigkeiten, mehr Gestaltungsräume zurückzugeben.

Wir haben ja bereits Erfolge auf dem Gebiet der Krankenhausfinanzierung. Die Ministerpräsidentenkonferenz ist sich über die Parteigrenzen hinweg einig, daß wir auch im Bereich des Wohnungsbaus und des Städtebaus zu einem weiteren Abbau der Mischfinanzierung kommen sollten. Ich sage freimütig, daß die Bundesregierung, speziell der davon betroffene Minister, also der Kollege Oscar Schneider, angesichts dieser Wünsche der Ministerpräsidentenkonferenz ein wenig zögert. Ich möchte hier aber für die Landesregierung erklären: Es ändert sich nichts an der Aussage in meiner Regierungserklärung. Ein Abbau an nicht notwendigen Mischfinanzierungen muß sein, weil wir die Länderqualität und insbesondere die Kompetenz im Bereich der Landesparlamente stärken wollen.

(Beifall bei der CDU)

Damit widerspreche ich Ihnen, Herr Kollege Wiesen, in keinem einzigen Satz; denn ich meine, daß die Gemeinschaftsaufgabe **„Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"** erhalten und fortentwickelt werden sollte. Unsere Agrarpolitik hier in Schleswig-Holstein und auch in anderen Ländern, unsere Agrarstrukturpolitik wäre ohne das besondere Instrument dieser Gemeinschaftsaufgabe mit den Sonderfinanzierungsschlüsseln 60:40 bei der Agrarstruktur und 70:30 beim Küstenschutz nicht denkbar.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich, daß wir in diesem Punkt eine interfraktionelle Übereinstimmung haben.

(Ministerpräsident Dr. Barschel)

Ich muß Ihnen nämlich aus den Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz und aus manchen Gesprächen sagen, daß es hier auch andere Meinungen gibt. Es gibt Länder, die diese Mittel gar nicht so dringend benötigen und auf diese Mittel auch nicht so dringend angewiesen sind, um ihre jeweilige Agrarpolitik, die in diesen Ländern auch eine geringere Rolle spielt, zu finanzieren. Der Bericht meines Kollegen Flessner hat nach meiner Überzeugung sehr deutlich gemacht, daß die Gemeinschaftsaufgabe über Jahre Schwerpunkt der Politik der Landesregierung gewesen ist, und daran wird sich auch nichts ändern.

In einem Punkt zum Thema der Rahmenplanung und der Anmeldung darf ich mich Ihnen zuwenden, Frau Kollegin Lindenmeier, kann Ihnen aber nicht zustimmen - das auch vor dem Hintergrund von Erfahrungen, die ich in vielen agrarpolitischen Gesprächen auf der Ebene des Bundes - genauer gesagt auf der Bund-Länder-Ebene - gesammelt habe. Sie wollen - Sie haben es hier noch einmal gesagt -, daß die sogenannten **sandigen Küsten** den Landesschutzdeichen im Sinne des Wassergesetzes gleichgestellt werden. Dies würde dazu führen, daß das Land zu einer hundertprozentigen Unterhaltungspflicht herangezogen werden müßte. Für jene, die in der Region, die davon begünstigt würde, betroffen wären, hört sich das gut an. Ich muß aber Ihnen, Ihrer Fraktion, vor allen Dingen aber auch Ihrem finanzpolitischen Sprecher die Frage stellen, wie Sie dies auch nur annäherungsweise finanzieren wollen. Das ist völlig undenkbar.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden warten, Frau Kollegin Lindenmeier, ob Sie in den Haushaltsberatungen für 1986, die noch in diesem Jahre stattfinden werden, die entsprechenden Anträge stellen werden. Ich wage zu bezweifeln, daß Sie auf diesen Punkt zurückkommen. Es ist mir, wegen der Kürze der Vorbereitungszeit - während Sie hier geredet haben - nicht möglich gewesen auszurechnen, welche zusätzlichen finanziellen Forderungen damit auf den Agraretat zukommen würden.

(Der Abgeordnete Dr. Klingner [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage - Glocke des Präsidenten)

- Nein, ich möchte den Gedanken zu Ende führen und vielleicht dann eine Zwischenfrage zulassen.

Meine Damen und Herren, dies können wir nicht finanzieren. Ich meine, das liegt auf der Hand. Wer sich ein bißchen in die Schwierigkeiten gerade auch der Finanzierung des Agraretats hineindenkt, wird das verstehen. Vieles ist in Ihrer Rede genannt worden, was wir zusätzlich machen sollen. Einiges findet sogar unsere, meine Unterstützung.

(Frau Lindenmeier [SPD]: Wie gut!)

Wir werden Ihnen das bei den nächsten Haushaltsberatungen vorführen. Der Ausweg wäre, den Versuch zu unternehmen, zusammen mit anderen Landesregierungen den Bund davon zu überzeugen, daß die sogenannten sandigen Küsten in die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe hineingenommen werden.

(Frau Böhrk [SPD]: So ist es!)

Es ist ganz klar, das wäre der zweite Weg. Da muß ich Ihnen nun aus den Gesprächen berichten - der Kollege Flessner könnte das viel genauer tun, er hat häufiger Gespräche geführt - -

(Liebrecht [SPD]: Er ist auch sonst besser!)

- Ich gehe davon aus, daß er auf dem Gebiete der Agrarpolitik in den Detailfragen sicherlich besser informiert ist als ich,

(Frau Böhrk [SPD]: Auch sonst!)

aber auch besser als der Bundeslandwirtschaftsminister a.D. in diesem Raume.

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, lassen wir das Geplänkel.

(Engholm [SPD]: Es ist erstaunlich, wie billig man Beifall kriegt!)

- Es ist erstaunlich, zu welchen billigen Zwischenrufen

(Engholm [SPD]: Für einen Silberling!)

einige Ihrer Kollegen hier fähig sind, Herr Kollege Engholm. Das will ich hier einmal sagen. Ich habe das ganz sachlich und ruhig vorgetragen. Lassen Sie mich das auch so zu Ende führen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wir müßten dann - dem haben Sie zugestimmt - dazu kommen, daß die Finanzierung der sogenannten sandigen Küsten in das System der Gemeinschaftsaufgabe einbezogen würde. Frau Kollegin Lindenmeier, ich kann Ihnen sagen: Dafür finden Sie keinen Fürsprecher in den Planungsausschüssen, die die Richtlinien verabschieden. Es mag sein, daß das eine oder andere Land dem aus Solidarität zu Schleswig-Holstein - ich könnte eins, vielleicht auch zwei nennen, aber da hört es schon auf; eine Mehrheit würden wir dafür nicht bekommen - dem zustimmte. Es ist angesichts der finanziellen Möglichkeiten und angesichts der Unmöglichkeit, die Richtlinien in diesem Bereich zu öffnen, utopisch, solche Forderungen zu stellen.

Es ist sogar auch gefährlich, Frau Kollegin Lindenmeier, solche Forderungen zu stellen, denn - das weiß ich wiederum aus Gesprächen mit dem Bundeslandwirtschaftsminister, mit den Landwirtschaftsministerkollegen aus anderen Ländern - wenn Schleswig-Holstein mit einem solchen Ansinnen käme, dann - Herr Kollege Engholm, Sie waren ja gerade auf Sylt und haben über diesen Aspekt gesprochen - liefen wir sogar Gefahr, daß die Sonderregelung in puncto Finanzierung der **Sylter Sandvorspülungen** mit der zehnprozentigen Eigenbeteiligung wieder herausgenommen würde.

(Fölster [CDU]: So ist es!)

(Ministerpräsident Dr. Barschel)

Das ist schon ein Entgegenkommen des Bundes und der anderen Länder wegen der besonderen Situation in Schleswig-Holstein.

Im gemeinsamen wohlverstandenen Interesse warne ich also davor - jedenfalls dann, wenn Sie einsehen, daß wir allein das nicht finanzieren können -, den zweiten Schritt zu tun - Sie deuteten das eben durch einen Zuruf an -, das in die Gemeinschaftsaufgabe hineinzutun. Damit gefährden wir die Beteiligung des Bundes und überhaupt der Gemeinschaftsaufgabe, also die Finanzierungsmodalitäten, an den Sylter Sandvorspülungen. Das ist keineswegs etwas, was Sie wollen; das wäre das schlechteste, was wir in diesem Zusammenhang als Ergebnis erreichen könnten.

Herr Kollege Wiesen, ich möchte mich nun Ihren Ausführungen zuwenden. Sie haben sich in sehr massiver Form Herrn Kollegen Fölster wiedersetzt und gesagt - ich darf das sinngemäß zitieren -, daß sich die Vorsteuerpauschale für größere Betriebe in unangemessener Weise auswirke. Herr Kollege Wiesen, zum wiederholten Male weisen wir darauf hin, daß die **Vorsteuerpauschale** aus den verschiedenen Gesichtspunkten ihre Begründung hat. Die von Ihnen erwähnten größeren Betriebe haben unbestrittenerweise die höheren Verluste, die höheren Kosten. Diese Form der Vorsteuerpauschale ist auch leistungsgerecht - darauf kommt es auch irgendwann einmal an. Nicht zu vergessen ist, daß die größeren Betriebe auch mehrere Familien ernähren.

(Neugebauer [SPD]: Die kleineren Betriebe ernähren auch Familien!)

Meine Damen und Herren, auf folgendes möchte ich besonders hinweisen - das verschweigen Sie bei der Kritik an der neuen Vorsteuerpauschale -: Zum erstenmal ist die Vorsteuerpauschale als Prinzip doch von Ihnen eingeführt worden, nämlich 1969 zum Zeitpunkt der ersten DM-Aufwertung. Das haben Sie verdrängt oder vergessen. Wichtig ist dabei: Wenn Sie schon die Vorsteuerpauschale von Dr. Stoltenberg in diesem Zusammenhang kritisieren - Alternativen haben Sie heute nicht vorgetragen.

Meine Damen und Herren, es ist im Zusammenhang mit unserer Kritik an der **Milchquotenregelung** und mit unseren Hinweisen, daß die Milchquotenregelung noch immer nicht verkraftet worden ist, von Herrn Fölster zu Recht darauf hingewiesen worden - ich meine, das ist es, was er gemeint hat -, daß es im Jahre 1976, als wir noch andere Überschußzahlen zu verkraften hatten, der Bauernverband gewesen ist, der die Bundesregierung sozusagen signalweise darauf aufmerksam gemacht hat, daß es jetzt an der Zeit ist, Lösungen zu finden, die geeignet sind, die Überschußprobleme einigermaßen in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Der viel gescholtene Bauernverband, der sich jetzt mit einer Quotenregelung herumplagen muß, die hier und dort nicht ganz stimmig ist, die auch schwer verkraftbar ist, hat diese oder ähnliche Vorschläge vom Prinzip her 1976 gemacht. Sie, die damalige Bundesregierung, haben die ausgestreckte Hand des Bauernverbandes leider nicht ergriffen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung verkennt natürlich nicht, Herr Kollege Wiesen, Frau Kollegin Lindenmeier, daß wir vor dem Problem - dies vielleicht noch einige Jahre - der **Agrarüberschüsse** stehen. Wir verkennen gleichzeitig auch nicht das Problem des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft mit seinen gravierenden Folgewirkungen auf den Bundeshaushalt und mit den sich daraus ergebenden negativen Konsequenzen für die Möglichkeit der Länder, bei den Verhandlungen mit dem Bund zu einem vernünftigen Ausgleich in der Steuerreformfrage und der Diskussion über die Umsatzsteuerneuverteilung zu kommen. Dies alles verkennen wir keineswegs. Trotzdem sagen wir: Bei der Neuorientierung der Agrarpolitik auf EG-Ebene darf es zu keinen ruckartigen Kurskorrekturen kommen, die die Folge haben könnten, daß landwirtschaftliche Existenzen besonders hier in Schleswig-Holstein in verheerendem Umfang vernichtet würden, mit katastrophalen Folgen übrigens nicht nur für die betroffenen Landwirte, sondern auch für die Wirtschaft, die Wirtschaftskraft, das Wirtschaftswachstum und die Struktur des Landes Schleswig-Holstein überhaupt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Lindenmeier, ich wiederhole hier auf Ihre Formulierung hin, daß so etwas opportunistische Gefälligkeiten an die Adresse des Bauernverbands seien: Solche Gefahren drohen angesichts der Preisempfehlungen aus Brüssel. Das ist keine Übertreibung. Solche Gefahren drohen uns in der Tat.

Lassen Sie mich dies mit wenigen Hinweisen begründen. Die Milchquotenregelung - lassen Sie mich darauf noch einmal zurückkommen - ist immer noch nicht verkraftet. Das wird niemand bestreiten können, der mit den Bauern diskutiert. Die Milchrentenregelung des Bundes läuft - wenn ich es richtig in Erinnerung habe - zum 31. März aus. Wir, Kollege Flessner, die Landesregierung, sind mit dem Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle einig, daß wir nun, wie angekündigt, landeseigene Regelungen schaffen wollen. Wir haben die Initiative ergriffen, daß die rechtliche Kompetenz für solche landeseigenen Härtemaßnahmen möglichst schnell geschaffen wird und Platz greift. Ich bin zuversichtlich, daß die bundesgesetzlichen Änderungen bald kommen,

(Beifall bei der CDU)

damit unsere angekündigten Programme verwirklicht werden können. Frau Kollegin Lindenmeier, wenn Sie in Ihrer Rede sagen, daß noch kein Konzept vorliege, bitte ich doch, zunächst einmal gegenüber der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion mit dafür zu sorgen, daß diese nötige bundesgesetzliche - -

(Liebrecht [SPD]: Na, na! Wer trägt denn hier die Verantwortung?)

(Ministerpräsident Dr. Barschel)

– Nein, wir haben die Initiative gegenüber unserer Fraktion ergriffen. Wir wissen, daß es noch einen schwierigen Diskussionsprozeß geben wird. Wir hoffen, daß wir am Ende eine Mehrheit bekommen. Es wäre aber hilfreich, wenn Sie unsere landeseigene Regelung anmahnen, die wir angekündigt haben, die gegenwärtig rechtlich nicht durchgeführt werden kann, weil wir – –

(Dr. Klingner [SPD]: Das ist neu, daß Sie das zugeben! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Was heißt „neu, daß wir das zugeben"? Das haben wir vom ersten Tage an erklärt, daß Voraussetzung – –

(Zurufe von der SPD: Na, na!)

– Das liegt an Ihnen, meine Damen und Herren. Wenn Sie unseren Reden nicht vollständig zuhören, ist das Ihr Problem. Wir haben von vornherein darauf hingewiesen – jedesmal, wenn ich mich zu diesem Thema geäußert habe –, daß dieses Härteprogramm rechtlich nur durchgeführt werden kann, wenn wir dafür die Kompetenz durch Änderung eines entsprechenden Bundesgesetzes bekommen.

Darum bemühen wir uns, und Sie sollten diese Härteregelung nicht anmahnen, wenn Sie uns nicht gleichzeitig darin unterstützen, daß wir diese neue Kompetenz bekommen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Klingner [SPD]: Wenn es so wäre, hätten Sie den Antrag im letzten August gestellt! – Liebrecht [SPD]: Sie drücken sich vor der Verantwortung!)

Meine Damen und Herren, die Landeshaushaltsmittel dafür hat der Landtag bereitgestellt, und zwar nicht nur für ein Jahr, sondern für zwei Jahre, also auch in die mittelfristige Finanzplanung hinein.

Nun ist aber die Diskussion – auch hier und heute – im Zusammenhang mit dem Getreidepreis erweitert worden. Es muß noch einmal deutlich gemacht werden, daß der **Getreidepreis** – jedenfalls für Schleswig-Holstein, sicherlich auch für Niedersachsen – nach wie vor so etwas wie ein Eckpreis ist, jedenfalls für die Landwirtschaft. Deshalb kann es nicht angehen, daß wir tatenlos zusehen, wie sich die Kommission in Brüssel bemüht, ihre sicherlich auch hier bekannten Vorschläge zu verwirklichen.

Für Schleswig-Holstein brächten diese Vorschläge 17 Millionen DM weniger Verkaufserlöse. Nach einem Minus von 29 % bei den Einkommen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr ist damit ein Punkt erreicht, an dem wir feststellen müssen, daß diese Beschlußempfehlungen wirklich nicht mehr verkraftbar sind. Unsere deutschen Bauern stehen EG-weit ohnehin schon am Ende der Einkommensskala. Das sollte uns auch nachzudenken geben.

(Beifall bei der CDU)

Sie fragen immer sehr schnell nach Alternativen. Schleswig-Holstein und Niedersachsen arbeiten gegenwärtig an Ausweglösungen. Ich habe mich mit dem Kollegen Albrecht dahingehend verabredet – diese Mitteilung darf ich Ihnen vor dem Hohen Hause machen –, daß wir Alternativen in geeigneter Form erarbeiten – zum Teil sind sie fertig, wir werden sie wahrscheinlich in der nächsten Woche veröffentlichen – und gemeinsam als hauptbetroffene Länder mit der Bundesregierung ins Gespräch kommen wollen, um zu verhindern, daß diese inakzeptablen Brüsseler Beschlußempfehlungen realisiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, daß in Schleswig-Holstein zwischen 7 und 8 % der Einwohner in der Landwirtschaft, einschließlich Fischerei und Forsten, beschäftigt sind. Das sind 79 000 Menschen. Im Bund sind es 5,5 %. Die Zahl 7 bis 8 % wird häufig genannt – ich habe den Artikel jetzt nicht mehr in Erinnerung –, um so zu tun, als sei das eine Randgruppe und ein Randproblem, als falle das gar nicht ins Gewicht. Dabei wird vergessen – vielleicht sogar nicht vergessen, sondern bewußt unterschlagen –, daß es nicht um die 7 bis 8 % in der Landwirtschaft Beschäftigten allein geht. Aber auch wenn es nur diese wären, würde es sich um soziale und betriebliche Existenzen handeln.

(Beifall bei der CDU)

Es geht jedoch vielmehr darum, zu erkennen, daß nur eine funktionierende Landwirtschaft sozusagen die **ökonomische Grundlage** dafür ist, daß sich in den Sektoren Landhandel, Landmaschinen, Ernährungshandwerk, Ernährungsindustrie und so weiter etwas Florierendes entwickeln kann – mit der Folge, daß wir auf diesen Sektoren den Anteil von 20 % am **Bruttoinlandsprodukt** halten können. Dieser Anteil am schleswig-holsteinischen Bruttoinlandsprodukt und nicht nur 7 oder 8 % landwirtschaftliche Existenzen stehen auf dem Spiel.

(Beifall bei der CDU)

Das wird von vielen nicht gesehen.

Meine Damen und Herren, es geht auch nicht nur um diese 20 %. Vor allen Dingen müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß damit auch die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft und die strukturelle Entwicklung unseres Landes, insbesondere aber an der Westküste, im nördlichen Landesteil, in Frage steht. Wir alle wissen doch: Wenn landwirtschaftliche Existenzen vernichtet werden, trifft es zunächst die Gebiete in Nordfriesland – ich will die Landkreise jetzt nicht aufzählen, Sie kennen sie alle –, in denen wir große Schwierigkeiten hätten, den betroffenen Menschen dann alternative Arbeitsmöglichkeiten anzubieten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es leicht dahingesagt, daß – wie jemand meinte – ein Drittel ohnehin von der Bildfläche verschwinden müsse, also bruchartige Entwicklungen – –

(Frau Lindenmeier [SPD]: Wenn es so weitergeht!)

(Ministerpräsident Dr. Barschel)

- Ja, wenn es so weitergeht, wenn wir - wie Sie - bestimmte Vorschläge nicht zurückweisen. Von seiten der Brüsseler EG-Kommission wird es möglicherweise diese Entwicklung nehmen, eine traurige Entwicklung, die wir nicht nur im Interesse der Landwirte, sondern auch im Interesse der Bürger, der Wirtschaft und der Struktur unseres Landes gemeinsam verhindern sollten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Es ist bei verschiedenen Gelegenheiten - ich greife auf das Beispiel der bedrohten **Bauwirtschaft** zurück - schon davon gesprochen worden, daß, sollten wir in größerem Umfang die landwirtschaftliche Nachfrage in den schwach strukturierten Gebieten - dort, wo Sie zum Beispiel zu Hause sind, Herr Kollege Meyer - tatsächlich drosseln, durch solche Preisempfehlungen, wenn sie Gesetzeskraft erlangen würden, die landwirtschaftliche Investitionstätigkeit und -fähigkeit eingeschnürt würde.

(Dr. Klingner [SPD]: Das haben Sie doch getan! Das tun Sie doch ständig!)

Das hätte zur Folge, daß in diesen Regionen, wo wir - nicht total, aber doch annähernd - auf dem Wege sind, Sättigungsgrade im staatlichen, kommunalen Hoch- und Tiefbau zu verzeichnen, im Bereich von Schulen, Straßen, Kasernen, Sporthallen und so weiter - - Ich will das nicht übertreiben. Aber daß die Bäume nicht mehr in den Himmel wachsen, weiß doch jeder. Angesichts solcher Perspektiven können dann auch viele bauwirtschaftliche Unternehmen gerade in diesen Regionen nicht mehr überleben. Denn sie überleben im wesentlichen von einer Art landwirtschaftlichen Bauens, weil die investitionsfähige Landwirtschaft heute immer noch in der Lage ist, Ställe zu bauen, zu erweitern, abzureißen oder umzubauen. Aber wenn das alles mit einem Kahlschlag wegrasiert wird,

(Liebrecht [SPD]: Wer rasiert denn weg?)

dann ist das ein Punkt dessen, was ich mit dem Strukturwandel in weiten Teilen unseres Landes meinte.

(Zurufe von der SPD)

- Meine Damen und Herren, können wir uns denn nicht darauf verständigen, daß auch auf der linken Seite des Hauses zugehört wird, wenn hier vorn jemand spricht?

(Beifall bei der CDU)

Es ist nun an uns - deshalb habe ich bewußt davon gesprochen, daß die Landesregierung sehr wohl das Problem der Überschüsse und das schwierige Problem der EG-Finanzen sieht; das verdrängen wir dabei nicht -

(Frau Lindenmeier [SPD]: Wir verdrängen es auch nicht!)

und an der Zeit, Vorschläge zu entwickeln, weil das Heil in der Preispolitik allein natürlich nicht liegt.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Wir sind dabei, Vorschläge zu entwickeln. Einige sind von meinen Kollegen schon vorgetragen worden. Ich denke zum Beispiel an die Möglichkeit, Flächen aus der agrarischen Produktion herauszunehmen.

(Beifall des Abgeordneten Fölster [CDU])

Das praktizieren wir im Lande Schleswig-Holstein ja schon seit einiger Zeit. Im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen 1986 darf ich sagen, daß der Kollege Flessner und ich uns mit dem Gedanken tragen, diesen Anteil im Haushalt erheblich aufzustocken.

(Beifall bei der CDU)

Zum **Naturschutz** decken sich doch Ihre Vorschläge mit den unseren, Frau Kollegin Lindenmeier. Warum ist es dann schlecht, wenn wir so etwas sagen? In Ihrem Papier ist es doch auch enthalten, wie ich vor drei Tagen gesehen habe. Möglicherweise kommt es auch dem Fremdenverkehr zugute, daß wir daran denken, Ausgleichszahlungen für Landwirte meinetwegen aus dem Landeshaushalt bereitzustellen, damit sie unter Auflagen nur noch in einer bestimmten Weise produzieren - Stichwort: Extensivierung der Landwirtschaft.

(Beifall des Abgeordneten Fölster [CDU])

Ich sage sehr deutlich und dies in Wahrnehmung der Interessen des Landes Schleswig-Holstein: Dies alles kostet viel Geld, wenn es greifen soll. Dieses Geld haben wir nicht. Deshalb werden wir an die Türen Bonns klopfen, damit man uns in diesem Bereich hilft. Vor allen Dingen wollen wir die Europäische Gemeinschaft bitten, sich noch einmal zu überlegen, ob sie nicht in diesen Bereichen tätig werden könnte.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, abschließend will ich sagen: Ich habe mich in dieser ausgeweiteten Debatte, weit über den Rahmenplan hinaus, zu Wort gemeldet, um deutlich zu machen, daß es längst um mehr geht als immer wieder nur um die Anmeldung von Rahmenplänen. Es geht um die Existenzberechtigung, die zum Teil in Frage gestellt wird - nicht hier im Hause, aber in vielen wirtschaftlichen und landwirtschaftspolitischen Diskussionen -, es geht um die Überlebensfähigkeit und das Überlebensrecht eines wichtigen Berufsstandes in unserem Lande. Die Landesregierung kämpft deshalb für die Landwirtschaft - nicht mit geschlossenen Augen, indem wir jede Forderung übernehmen -, weil dieser Berufsstand - und damit Menschen - in Not geraten ist, weil Wirtschaft und Struktur unseres Landes in eine Lage kommen können, in die sie nicht hineinkommen dürfen; denn wir alle haben uns ja geschworen, daß wir Schaden von unserem Lande abzuwenden haben. Ich sage es so deutlich und vielleicht für einige pathetisch: Diese Brüsseler Preisbeschlüsse würden im Falle ihrer Ver-

(Ministerpräsident Dr. Barschel)

wirklichung einen Flurschaden im Lande Schleswig-Holstein anrichten. Den wollen wir vermeiden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Frau Abgeordnete Lindenmeier hat das Wort.

Frau Lindenmeier [SPD]:

Herr Präsident! Herr Dr. Barschel, ich möchte nur drei ganz kurze Bemerkungen zu Ihren Ausführungen machen. Ich habe im Pressespiegel Ihre über zwei Seiten gehenden Ausführungen gelesen, die mit „Neue Phase der europäischen Agrarpolitik" überschrieben waren. Da habe ich gedacht: Aha, nun kommt's! Am Ende habe ich mir daneben geschrieben: Dr. Barschel plädiert für Bohnen und Erbsen im Futterbau. Das ist ja auch gut und richtig.

(Zurufe von Ministerpräsident Dr. Barschel)

- Ja, und ein bißchen Herausnahme von Flächen. - Einen richtigen Ausweg aus dieser Situation konnten Sie nicht aufzeigen. Was Sie aber immer wieder tun - dagegen verwahren wir uns -, ist das Wegschieben von Verantwortlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich sind Sie in Brüssel und auch in Bonn die Verantwortlichen.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie, das ist das, wogegen wir uns wirklich verwahren. Wenn Sie überall lautstark Preiserhöhungen fordern, dann müssen Sie auch sagen, wie das zu finanzieren ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen ganz genau, daß das nur dann geht - Sie haben selbst die Finanzlage der EG angesprochen -, wenn Stoltenberg dies aus dem nationalen Etat dort hineinschießt. Woher soll er es aber nehmen? Vielleicht noch mehr aus dem sozialen Bereich? Sagen Sie es doch!

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern in der Frage der **Preisbeschlüsse** nichts weiter, als daß Sie gegenüber den Bauern ehrlich sind,

(Beifall bei der SPD)

daß Sie nicht einfach nur sagen, Sie wollten höhere Preise, sondern daß Sie sagen, wir stellen das aus dem Rüstungsbereich oder sonstwoher zur Verfügung; die Bauern seien Ihnen wichtiger. Das fällt mir zum Beispiel dabei ein. Auf jeden Fall müssen Sie sagen, wie Sie das machen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Über die **Milchquote**, diese Mißgeburt, werden wir uns hier noch öfter unterhalten. Das werden wir demnächst sehr gründlich tun. Fest steht, daß Sie hier wieder bestätigt haben, daß die Landesmittel, die Sie eingestellt haben, jeglicher rechtlicher Grundlage bisher entbehrten.

(Zurufe des Abgeordneten Fölster [CDU])

Nun noch einen Schlußsatz! Folgendes ist ganz offenbar geworden: Wir machen uns große Sorgen auch um die nachfolgenden Bereiche. Häufig sind ja gerade arbeitslos gewordene Landwirte in den verarbeitenden Betrieben tätig. Wenn diese nun gefährdet werden, dann sind die Bauern, die schon einmal ihre Arbeit verloren haben, noch einmal gefährdet.

Wir haben großes Verständnis für die Sorgen der Landwirtschaft, insbesondere der Betriebe, die bodenabhängig wirtschaften. Wir können es uns nicht leisten und werden nicht zusehen, daß dieser Prozeß beschleunigt fortgeht, der die Landwirte zur Aufgabe der Höfe zwingt. Wir werden alles tun - auch mit Ihnen gemeinsam -, um dies zu verhindern.

(Zuruf des Abgeordneten Stock [CDU])

Aber was wir nicht tun werden - das habe ich keiner Versammlung getan -: Wir werden den Bauern nicht unehrlich entgegentreten,

(Beifall bei der SPD)

sondern wir werden versuchen, mit ihnen gemeinsam einen konstruktiven Ausweg aus dieser sehr schweren Lage zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Latendorf.

(Hamer [SPD]: Aber das ist hier keine Bauernversammlung!)

Latendorf [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie brauchen keine Angst zu haben, ich bin oft genug auf Bauernversammlungen. Heute hätte ich allerdings eine klare Stellungnahme der SPD dazu erwartet, was den neuen Weg anbetrifft, liebe Frau Lindenmeier. Was die Vergangenheit angeht, darüber wollen wir nicht streiten. Wir wissen genau, wann der Zeitpunkt der „Machtübernahme", wenn ich diesen Ausdruck mit Bescheidenheit hier verwenden darf, gewesen ist. Aber die übernommene Belastung sollte nun auch keiner in diesem Sinne als abgehakt und bewältigt betrachten.

Ich will mich hier in Kürze nur zu Ihrer Drucksache 10/888 und den damit verbundenen Auswirkungen für unsere Agrarpolitik in bezug auf die getroffene Anmeldung zum 14. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe äußern.

Vorweg möchte ich mich beim Kollegen Meyer bedanken. Sein Hinweis auf die uns immer wieder bedrückende Situation in vielen Hungergebieten der Welt ist in der Tat angebracht. Das noch Deprimierendere ist ja, daß es nicht gelingt, über welche administrative Form oder wie auch immer diese

(Latendorf)

zweifellos vorhandenen Überschüsse mit Effizienz und Wirksamkeit – das ist ja das Entscheidende – an die Betroffenen zu bringen. Das im einzelnen auszuführen, würde hier zu weit führen. Aber es ist weiterer Überlegungen wert.

Ich sage hier nur insgesamt – ich will niemanden im einzelnen erwähnen – zur SPD gewandt: Sie gehen in zweierlei Hinsicht einen sehr gefährlichen Weg. Wir wissen doch genau, wie schwierig die Lage ist und wie doppelt schwierig sie für Schleswig-Holstein ist, nicht nur von der Randlage und all diesen Betroffenheiten her, sondern auch von unserer Struktur, die auch bei unseren Freunden im gesamten Bundesgebiet nicht nur neidlose Anerkennung erfährt, sondern viel kritisches Hinterfragen mit sich bringt. Aber auf diese Struktur sind wir erst mal stolz, weil es ein Werk unserer Landwirtschaft, unserer Bauern und aller Mitarbeiter im Verbund mit den Leistungen dieses Landes, dieser Regierung und des ganzen Parlaments ist; dafür kann man doch einmal Anerkennung zollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin noch betrübter, wenn hier in Fortsetzung dieses gefährlichen Weges nun der Gegensatz zwischen Groß- und Kleinbetrieben heraufbeschworen wird, auch wenn er gar nicht da ist. Was mir besonders gepaßt hat, war da natürlich die Formulierung, der Dicke werde immer dicker, der Kleine müsse verhungern. Wissen Sie, manchem Dicken – auch auf landwirtschaftliche Verhältnisse übertragen – ist viel unwohler, als sie es von der Körperfülle her bemessen können. Das geht mir genauso. Mancher Kleine ist aber viel zäher, als Sie vielleicht angesichts der kleineren Kontur vor Augen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das betrifft sowohl die wirtschaftliche Situation wie auch die **Überlebenschancen**. Ich sage nur: Jeder hat aus unserer Sicht seine Existenzberechtigung, wenn er leistungsmäßig dazu in der Lage ist, und hat seine gezielte Anwartschaft auf eine Hilfe vom Land oder von der öffentlichen Hand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dabei differenzieren wir sehr wohl und nach objektiven Kriterien, meine Damen und Herren. Wir haben doch Obergrenzen eingezogen. Wir haben doch dank der guten Wirkung des Ministeriums, aller Mitarbeiter und des Ministers an der Spitze, in mannigfaltiger Form immer wieder Kriterien gefunden, die diesen Dingen, auch wenn einzelne Betroffenheiten nicht auszuschließen sind, eine einigermaßen objektive Bemessensgrundlage verleihen. Ich wehre mich gegen eine Verketzerung der **Großbetriebe** oder der mittelbäuerlichen Betriebe, die in vielfältiger Form Arbeits-und Existenzgrundlage für eine immerhin noch beträchtliche Zahl von Fremdarbeitskräften sind, die dankbar sind, daß diese Betriebsform für Sie vorhanden ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen diese Gemischtstruktur in dieser Hinsicht bei uns erhalten. Das ist eine agrarpolitische Zielsetzung, die bei uns unstrittig ist. Sie können doch nicht sagen, die bösen Großbetriebe seien die Überschußproduzenten der Milch, und die armen Melker, die von der Quotenregelung betroffen sind, sind die Leidtragenden dieser Politik. Was ist das für eine Divergenz, was ist das für eine Doppelzüngigkeit!

(Beifall bei der CDU)

Hier, meine ich, haben wir gemeinsam Anforderungen gerecht zu werden, nach neuen Wegen zu suchen. Dazu ist auch diese Anmeldung schon in guter Form geeignet. Deshalb brauchen wir gerade in dieser schwierigen Zeit die Gemeinschaftsaufgabenanmeldung mit ihren Möglichkeiten. Ihre Vorschläge müssen wir ablehnen. Jetzt kommt etwas – hört mal einen Augenblick zu – Bedeutsames, weil in Ihrem Antrag einseitig solche Formulierungen gewählt worden sind, die jede Möglichkeit der Kostenminderung in unseren Betrieben verhindern, und das können und dürfen wir für die Zukunft nicht zulassen. Hier muß, wie ich meine, in dieser Hinsicht die Möglichkeit bestehen, gerade bei Produktionsanpassungen in reduzierter Form auch dem Kostengeschehen immer wieder beikommen zu können.

Ich will zur **Marktstruktur**, wie sie hier auch leidvoll beklagt worden ist, nur soviel sagen: Auch wir sehen nicht alles immer sehr gern, nur ist die Entwicklung hier so zwangsläufig, und sie wird ja von Ihnen, wie ich meine, in dieser Hinsicht mitgetragen. Ich will nur das Stichwort Coop nennen, oder was wir sonst an Konzernen in diesem Gesamtgebilde mit zu registrieren haben. Hier ist der Einzelbetrieb machtlos, und hier sind auch die landwirtschaftlichen Zusammenschlüsse in dieser Form wirklich notwendig, auch wenn Ihr Vorschlag jetzt neuerdings so lautet, daß mehr Agrarprodukte verstärkt auf Wochenmärkten angeboten werden sollten. Da kann ich Sie nur fragen: Und wie halten Sie es mit den von Ihnen sonst immer sehr deutlich zum Tragen gebrachten Anforderungen an das Lebensmittelrecht, mit den Hygieneanforderungen und mit all dem Schutz für den Verbraucher? Das wird dadurch, wie ich meine, doch in entscheidender Form nicht mehr so gewährleistet werden.

Zum letzten Punkt. Auch die **Produktionsdrosselung**, bei Ihnen offen angesprochen, wird bei uns genauso ernst betrachtet, allerdings in zwei Richtungen. Wir sagen sehr deutlich: Benachteiligte Gebiete mit den eben schon erwähnten Zuschüssen werden gleichzeitig durch Bewirtschaftungsauflagen, Mittel für Natur- und Landschaftsbedürfnisse in der hier schon andiskutierten Form weiter bedient werden, wobei das Ministerium, glaube ich, mit uns allen gemeinsam um richtige Wege bemüht ist.

Wenn wir, zum zweiten, es mit der Produktion in ihrer Betroffenheit, in ihrer Anpassung und in ihrer dann wie auch immer gearteten Reduzierung ernst meine, dann, meine Damen und Herren, können wir auch nicht umhin, den dadurch von uns mitangestrebten Ertragsausfall entsprechend gerecht auszu-

(Latendorf)

gleichen durch Erstattungen, über die wir uns dann aber keine Illusionen hier machen sollten. Das geht in die Millionen. Wer von Reduzierung der Produktion redet, der muß auch wissen, daß das Millionen kostet und nicht nur mit Werten für Naturschutz und Gesellschaftsbedürfnis zu erstatten ist. In diesem Sinne möchte ich mich noch einmal nachdrücklich für die Gemeinschaftsaufgabe einsetzen und Ihren Antrag ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/868. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über die Beschlußempfehlung des Agrar- und Umweltausschusses, Drucksache 10/872. Wer dieser Beschlußempfehlung des Ausschusses folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Und die Gegenprobe!

(Zurufe: Enthaltungen!)

Enthaltungen? - Bei zahlreichen Enthaltungen ist dieser Empfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU und des Abgeordneten des SSW entsprochen worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1984

Bericht des Eingabenausschusses

Drucksache 10/865

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Johna [SPD]:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der vorliegenden Drucksache lege ich Ihnen den Bericht über die Tätigkeit des Eingabenausschusses für das letzte Vierteljahr des Jahres 1984 vor. Im Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1984 hat sich der Ausschuß in sechs Sitzungen mit insgesamt 113 Eingaben befaßt und davon 26 voll im Sinne der um Hilfe bittenden Bürger und 14 teilweise in diesem Sinne abgeschlossen. Gleichzeitig mit diesem Bericht wird die Arbeit des Jahres 1984 abgeschlossen, eines erfolgreichen Jahres, wie wir meinen. Das zeigt auch die um 20 % gestiegene Zahl der Eingaben, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger unseres Landes an uns gewandt haben.

In dem vorliegenden Bericht erscheinen mir drei Eingaben besonders erwähnenswert:

Zum einen möchte ich auf die laufende Nummer 81 hinweisen. Hier geht es um das Problem eines erblindeten Bürgers, der zwischen die Gesetze der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen geraten ist und daher auf Leistungen nach dem **Landesblindengeldgesetz**, die ihm normalerweise als Zivilblinden zustehen, verzichten muß. Nach dem Landesblindengeldgesetz des Landes Niedersachsen erhalten Blinde, die sich in Anstalten, Heimen und gleichwertigen Einrichtungen in Niedersachsen befinden, Blindengeld, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt vor der Heimaufnahme in Niedersachsen hatten. Da sich der Petent in einem Heim in Schleswig-Holstein befindet, erhält er aus Niedersachsen kein Blindengeld. Nach dem Landesblindengeldgesetz unseres Landes erhalten Blindengeld auch Blinde, die sich in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen in der Bundesrepublik aufhalten, also auch in Niedersachsen oder anderen Bundesländern, wenn sie im Zeitpunkt der Heimaufnahme ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Lande Schleswig-Holstein hatten. Aber genau dazwischen fällt der Bürger wieder, denn vorher hat er ja in Niedersachsen gewohnt, und jetzt ist er in Schleswig-Holstein in eine Wohnanlage gezogen. Nach den Vorschriften, die aus dem Bundessozialhilfegesetz abgeleitet sind, konnte er damit keinen gewöhnlichen Aufenthalt, wie es dort heißt, begründen. Im Gegensatz hierzu hat er nach den Bestimmungen des Ordnungsrechtes jedoch im Heim seinen Wohnsitz und durfte und darf bei jeder Wahl mit wählen. Das verstehe, wer will!

Eine Änderung der Rechtslage zugunsten des Petenten ist nach Ansicht des Ausschusses nur durch eine Anpassung des niedersächsischen Landesblindengeldgesetzes an das hier geltende Gesetz oder unter Umständen durch eine Änderung unseres Gesetzes möglich. Der Ausschuß hat daher die Eingabe an die Fraktionen des Landtages abgegeben und ihnen anheimgestellt, eine entsprechende Gesetzesinitiative zu ergreifen.

Zweitens möchte ich einen kurzen Hinweis auf die laufende Nummer 97 geben. Dort beschwert sich ein Petent über das geringe Angebot an **Musikunterricht** an einer Schule des Landes. Das Ergebnis unserer Untersuchung und der Stellungnahme des Ministers ist paradox. Trotz hoher Lehrerarbeitslosigkeit fehlen bundesweit Musiklehrer an Gymnasien. Das Kultusministerium hat zugesichert, sich weiterhin intensiv um eine Verbesserung der Situation zu bemühen.

Der dritte Fall ist die Eingabe zur laufenden Nummer 102 und betrifft das Problem eines ehemaligen türkischen Schülers, der in Schleswig-Holstein Schulen besuchte und bei dem nach seiner **Rückkehr in die Türkei** die deutschen **Schulabschlüsse** nicht anerkannt werden. Besser als ich es mit meinen Worten sagen könnte, schildert der Brief des jungen Türken eindrucksvoll seine Notlage, die keinen Einzelfall darstellt, sondern viele rückkehrwillige Landsleute von ihm ebenso treffen könnte. Ich lese Ihnen daher den Brief des jungen türkischen Mannes vor, er lautet wie folgt:

> „Ich bin im Augenblick so verzweifelt, daß ich schreibe. Ich wende mich an meine Landsleute, die die Gewerbeschulen besuchen beziehungsweise in der Berufsausbildung stehen, und ich möchte diese Landsleute warnen. Die Schulbil-

(Johna)

dung wird in der Türkei nicht anerkannt. Ich habe von 1970 bis 1979 die Grund- und Hauptschule mit Erfolg abgeschlossen und von 1979 bis 1983 eine 3 1/2jährige Elektrikerausbildung an der Gewerbeschule abgeschlossen. Als ich mit diesem Abschlußzeugnis in die Türkei zurückkehrte, beantragte ich zweimal beim türkischen National-Bildungsministerium die Anerkennung der Zeugnisse und fügte alle Zeugnisse aus der Bundesrepublik Deutschland bei. Beide Male wurden meine Anträge wegen der „Nichtgleichstellung" der Gewerbeschulen in Deutschland und in der Türkei abgelehnt. Die türkischen Gewerbeschulen werden in der Türkei höher eingestuft als die deutschen. Beim drittenmal habe ich mich beim türkischen Nationalparlament gemeldet, und dieses hat mit unverständlichen und lächerlichen Gründen auch behauptet, daß die türkischen Gewerbeschulen höher eingestuft werden als die deutschen Gewerbeschulen, und hat meine Anträge abgelehnt. Wir wurden in der Bundesrepublik Deutschland als Menschen zweiter Klasse angesehen, hier werden wir als Menschen dritter Klasse angesehen und behandelt. Ich weiß nicht aus noch ein, und ich hoffe, daß ich mit diesem Schreiben Ihnen etwas aussagen konnte."

Ich glaube, das konnte er sehr wohl.

Eine Überprüfung der rechtlichen Lage durch das Kultusministerium zeigt, daß die Grundlage der kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der türkischen Republik das Kulturabkommen vom 8. Mai 1957 ist. Im Artikel 8 dieses Abkommens, das noch von Bundesaußenminister von Brentano und dem türkischen Außenminister Menderez unterschrieben ist, wird auch die Gleichwertigkeit von Zeugnissen zwischen beiden Ländern zum Zwecke der Erlangung eines akademischen Grades oder, in bestimmten Fällen, für die Ausübung eines Berufes angesprochen, aber über die Gleichwertigkeit von beruflichen Bildungsabschlüssen fehlen jedoch Vereinbarungen. Daher die Schwierigkeiten des jungen Mannes.

Da sich diese Eingabe gegen Maßnahmen beziehungsweise gegen das Verhalten türkischer Behörden richtet, liegt es nicht in der Hand von Landesbehörden, der Beschwerde abzuhelfen. Um so mehr begrüßen wir, daß der Kultusminister die vorliegende Eingabe zum Anlaß genommen hat, das Auswärtige Amt und die Kommission für internationale Angelegenheiten der Kultusministerkonferenz von dem Vorgang ohne Nennung des Namens des Betroffenen in Kenntnis zu setzen. Wir hoffen, daß, veranlaßt durch diese Eingabe, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei Vereinbarungen getroffen werden, die andere in die Türkei zurückkehrende Bürgerinnen und Bürger vor Problemen, wie im vorliegenden Fall, bewahren.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend bitte ich Sie, den Bericht gemäß § 36 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung zur Kenntnis zu nehmen und damit die Erledigung der 113 Eingaben in diesem Bericht zu bestätigen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Titzck:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wird zu dem Bericht das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir treten in die Aussprache ein. Wünscht jemand das Wort? – Herr Abgeordneter Marschner hat das Wort.

Marschner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur einige kurze Anmerkungen zu der Eingabe Nummer 81, die die Blindengeldregelung betrifft, machen.

Selten hat sich der Eingabenausschuß so schwergetan, den Hintergrund einer Regelung zu verstehen, wie in diesem Falle. Es gehört auch zu den Ausnahmen, daß Ihnen der Eingabenausschuß einen gedruckten Bericht vorlegt, in dem er den Platz von einer Seite braucht, um Ihnen zu erläutern, warum die Beratung gerade so laufen mußte und nicht anders. Einfache Dinge kann man ja mit ja oder nein beantworten.

Im Jahre 1976 haben wir das **Landesblindengeldgesetz** in einem schnellen Verfahren, um den Blinden mit einer materiellen Änderung helfen zu können, geändert. Vorher war in dem Gesetz von „Zivilblinden, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Schleswig-Holstein haben" die Rede; in der jetzt geltenden Fassung steht nur: „Zivilblinde, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Lande haben".

Wir haben zunächst einmal gelernt, daß „Wohnsitz" und „gewöhnlicher Aufenthalt" bereits zwei verschiedene Dinge sind und daß sich daraus dann Komplikationen ergeben. Wir wollten in Richtung auf das Bundessozialhilfegesetz etwas vereinfachen und haben uns damit eine Schwierigkeit, die sich auf die betroffenen Bürger auswirkt, eingehandelt.

Ich würde es begrüßen, wenn uns – wir haben das auch bereits an die Fraktionen abgegeben – zunächst die Regierung im Ausschuß eine Lösung dieses Problems vorschlüge, möglicherweise sogar schon in Form einer schriftlichen Vorlage, und zwar innerhalb des nächsten halben Jahres. Wenn das nicht möglich sein sollte, würden wir uns als SPD-Fraktion um einen interfraktionellen Antrag zur Lösung dieses Problems bemühen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Es ist beantragt worden, von dem Bericht des Eingabenausschusses Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der in diesem Bericht aufgeführten Eingaben zu bestätigen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen worden.

(Präsident Titzck)

Meine Damen und Herren, es ist jetzt 18.13 Uhr. Für die Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes sind insgesamt 75 Minuten Redezeit angemeldet worden. Die Fraktionen und die Regierung haben mich davon unterrichtet, daß sich die für die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt vorgesehenen Sprecher darum bemühen wollen, ihre Beiträge in verkürzter Form vorzutragen.

Ich rufe also den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Förderung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD und des Abgeordneten Meyer [SSW]
Drucksache 10/873

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Hinz das Wort.

Dr. Hinz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Entsprechend der internen Absprache werde ich meine Begründung dieses Antrags wesentlich kürzen und möchte zunächst wegen der Aktualität meinen Beitrag damit beginnen, daß ich die negative Situation der Förderung der **Nutzung der Windenergie** in Schleswig-Holstein darstelle. Dabei beziehe ich mich auf ein Projekt, das im September 1983 von dem Wirtschaftsminister dieses Landes als ein besonderes Pilotprojekt für die Nutzung von Windenergie angekündigt wurde. In dem Bericht der Landesregierung vom 30. März 1984 – Drucksache 10/477 – wurden weitere Einzelheiten zu diesem Projekt genannt, wobei der hohe EG-Fördermittelanteil von 10,5 Millionen DM zur Errichtung einer MAN-Windkraftanlage, eines Tandem-Heizkraftwerks der MaK Kiel und weiterer wesentlicher technologischer Neuerungen mitgeteilt wurde.

Heute wissen wir aus bestimmten Vorgängen, daß das so groß angekündigte Demonstrationsvorhaben des Wirtschaftsministers, nämlich moderne Wind- und Energietechnologien auf **Helgoland** zu demonstrieren, gekippt werden soll. Ich betone dies deshalb, weil Schleswag und Nordwestdeutsche Kraftwerke versuchen, ihr Geschäft auf Helgoland zu machen und sich die Lieferung der 4 MW elektrische Leistung, die auf Helgoland benötigt werden, dadurch zu sichern, daß Helgoland mittels eines Seekabels versorgt werden soll. Dieses Vorhaben steht nun in vollständigem Gegensatz zu dem, was mit Unterstützung des Wirtschaftsministers und der EG bisher gefördert werden sollte.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn den Strommanagern von Schleswag und NWK in diesem akuten Fall nachgegeben würde, träten verheerende Wirkungen ein. Wir würden – wie es auch der Wirtschaftsminister dieses Landes angekündigt hatte – nicht mehr ein Demonstrationsvorhaben einer hier in Schleswig-Holstein ansässigen Firma, nämlich der MaK in Kiel, darstellen können, eine Demonstrationsanlage, die benutzt werden sollte, um Produkte vorzuführen, die für den **Export** in die Dritte Welt chancenreich sind.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist deshalb wichtig, weil der Standort Helgoland exemplarisch ist, um bestimmte technische Eigenarten zu demonstrieren.

Wichtig ist für uns Sozialdemokraten aber auch, daß dann, wenn NWK und Schleswag den Zuschlag erhielten, Arbeitsplätze auf Helgoland wegfallen würden und ebenso Arbeitsplätze bei der MaK und bei den weiteren Lieferanten von Anlagenteilen gefährdet wären.

(Beifall bei der SPD)

Ich brauche wohl nicht zusätzlich zu betonen, daß dann auch 10,5 Millionen DM Fördermittel der EG wieder aufgegeben werden müßten – nicht zu reden von der peinlichen Schlappe, die die Landesregierung in ihrem Bemühen erleiden würde, das technische Niveau im Lande durch ein derartiges Demonstrationsvorhaben anzuheben und dies auch der Öffentlichkeit und den interessierten Kreisen vorzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere deshalb den Wirtschaftsminister und den Innenminister des Landes auf, den **Stromüberschuß** aus den schleswig-holsteinischen Kernkraftwerken nicht gegen diese geplante zukunftsreiche Nutzung neuer moderner Energietechnologie einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Kollege Karl-Otto Meyer hat heute morgen in anderem Zusammenhang davon gesprochen, daß es am kommenden Freitag zehn Jahre her sein wird, daß das Gesetz zur Errichtung einer Technischen Hochschule in Flensburg in Kraft trat. Wie wir heute wissen, ist die Chance zur Errichtung einer derartigen Hochschule verpaßt worden. Aber wir haben nach zehn Jahren auch eine weitere Chance verpaßt, nämlich die Chance, die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein auf breiter Grundlage einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Zehn-Jahre-Zeitraum, meine Damen und Herren, hat unser EG-Nachbar **Dänemark** immerhin genutzt. Die Erfolge der kleinen dänischen Produktionsbetriebe sind eindrucksvoll. In der „Wirtschaftswoche" vom 16. November 1984 wird auf den Verkauf von 1600 Exemplaren kleiner Windkraftanlagen im Jahre 1984 hingewiesen. 900 Millionen DKr betrug der Erlös hierfür, und für 1985 erwartet man eine Verdoppelung der Produktionszahlen.

Wir in Schleswig-Holstein haben nichts Derartiges aufzuweisen. Wir alle müssen zugeben, daß sich hier eine verfehlte Politik der Landesregierung dokumentiert.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage zur Situation der Windkraftanlagen

(Dr. Hinz)

in Schleswig-Holstein gelesen hat, wird feststellen, daß es der Landesregierung lediglich mit Mühe möglich war, festzustellen: Wir hätten wahrscheinlich 59 Windkraftanlagen hier in Schleswig-Holstein in Betrieb. Nehmen Sie demgegenüber das dänische Beispiel: Dort laufen knapp 1000 Anlagen, und monatlich wird ein Bericht über die Leistungen und die Qualität dieser Anlagen erstellt.

Weiterhin haben wir im Lande eine große Windanlage. Nun sind wir froh, wenn wir die Presseverlautbarung des Wirtschaftsministeriums hierzu lesen, daß auch dort diese Anlage nicht mehr favorisiert wird. Der **GROWIAN** in Dithmarschen ist heute als Endpunkt einer verfehlten technologischen Entwicklung anzusehen, einer Entwicklung, die darauf hinauslief, Wachstum in die großtechnologische Dimension zu fördern. Wir aber sehen – das belegt unser Antrag – Chancen nur für kleine dezentrale umwelt- und sozialverträgliche Lösungen. Dieses ist exemplarisch auf dem Gebiet der Nutzung von Windkraftanlagen möglich.

Das Land hat technische Richtlinien erlassen, um aufzustellende Windkraftanlagen technisch und rechtlich prüfen zu können. Das Wirtschaftsministerium hat eine wissenschaftliche Anhörung zur Windenergienutzung durchgeführt. Es hat auch ein Landesprogramm für heizenergiesparende Investitionen aufgelegt. Man muß heute feststellen, daß die bereitgestellten Mittel nicht in Anspruch genommen wurden, auch nicht für die Installierung von Windkraftanlagen.

Wer im Lande Schleswig-Holstein mit Produzenten, Nutzern, Interessierten oder Lobbyisten der Deutschen Gesellschaft für Windenergie in Eckernförde spricht, findet immer den gleichen Tenor, wenn man über die Förderung der Windenergienutzung diskutiert. Dort wird gesagt: Es fehlt der politische Wille der Landesregierung, die Windenergie zu fördern. Es sind ferner teure, umständliche und hemmende Verwaltungszüge erforderlich, um entweder eine Windkraftanlage in den Markt zu bringen oder eine solche aufstellen zu können. Ferner, die inländischen Erzeugnisse sind zu teuer oder nicht ausgereift, so daß sie nicht eingesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß meiner Ausführungen und bitte Sie deshalb um folgendes: Stimmen Sie der Überweisung unseres Antrages zur weiteren Diskussion und Konkretisierung im Wirtschaftsausschuß zu. Denn wir meinen: Wenn wir eine Konkretisierung bekämen, könnten wir eine wesentliche wissenschaftliche Kompetenz der **Fachhochschule Flensburg** stärken. Weiter meinen wir – das ist unser erklärtes Ziel im Rahmen unserer programmatischen Überlegungen zum Thema „Arbeit und Umwelt" – an der Westküste neue **Arbeitsplätze** schaffen zu können, beispielsweise dadurch, daß wir bestehende, mit Maschinenbau vertraute Firmen, kleine und mittlere Unternehmen, stärken und gleichzeitig neue Firmengründungen unterstützen können.

Ich sage auch ganz offen: Wir wollen mit diesem Antrag erreichen, daß ein Schritt gemacht wird zum Ausstieg aus der Abhängigkeit von der **großtechnologischen Stromproduktion** in Kern- oder Kohlekraftwerken.

(Beifall bei einigen Abgeordneten der SPD)

Ich meine auch – das ist das Wichtigste – mit unserem Antrag ließe sich erzielen, daß der interessierte Bürger eine Nutzung der Windenergie im Bereich der Westküste und der Ostseeküste durchführen kann. Unser Antrag sollte auch dazu dienen, all denen wieder Hoffnung zu geben, die von der Landesregierung für diesen Bereich nur noch Erklärungen, aber keine Unterstützung mehr erwarten. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Stegemann hat das Wort.

Stegemann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Hinz, Ihr liebstes Spielzeug in der jüngeren Vergangenheit scheint die Windmühle zu sein. Ich will dies begründen und habe auch im Grunde genommen nichts dagegen. Nur: bei Ihren Aussagen sollten Sie eigentlich getreu Ihren Erkenntnissen verfahren.

Sie haben eine Vielzahl von Anfragen gestellt und Aussagen zu dieser Frage getroffen. Unter anderem Ihre Anfrage vom 15. September 1983, vom 14. September 1984 und vom 25. Februar 1985. Hier sind Ihnen von seiten der Regierung auf Ihre Fragen eindeutige Antworten gegeben worden. Deshalb haben wir als CDU-Fraktion auch kein Verständnis dafür, daß Sie immer wieder zu falschen Schlußfolgerungen und zu Aussagen kommen, die den Tatsachen nicht entsprechen.

Ich darf feststellen, daß Sie zum Beispiel – obwohl Ihnen die Antworten von seiten der Landesregierung zu diesem Zeitpunkt bekannt waren – in Ihrem „SIB" Nr. 248/84 der Landesregierung vorwarfen, sie sei innovationsfeindlich und zögerlich in ihrer Haltung.

(Beifall bei der SPD)

Sie erklärten weiterhin, die schleswig-holsteinische Landesregierung sei außerdem auf die Großtechnologie fixiert.

(Beifall bei der SPD)

– Warten Sie nur! Sie erklärten, das Ergebnis der großen Windanlage GROWIAN sei niederschmetternd. Deshalb müßten kleine „KLEWIANE" her.

Ich frage Sie, Herr Dr. Hinz, und auch Ihre Fraktion – Sie haben in Ihren Ausführungen GROWIAN noch einmal angesprochen –: Ihr Gedächtnis kann doch gar nicht so kurz sein, als daß Sie immer wieder der schleswig-holsteinischen Landesregierung vorwerfen, Sie hätte GROWIAN inszeniert.

(Dr. Hinz [SPD]: Ich habe das Gegenteil behauptet!)

(Stegemann)

Das haben Sie wiederholt gesagt. Ich gehe nach meinen Kenntnissen davon aus, Herr Dr. Hinz, daß es die Bundesregierung unter der Führung der SPD und der FDP gewesen ist, die **GROWIAN** geschaffen hat. Wie mir weiterhin mitgeteilt wurde, ist das Land Schleswig-Holstein im Vorwege nicht einmal auf diese Maßnahme hingewiesen worden. Unterlassen Sie doch bitte Ihre Darstellung, als sei an diesem Zustand die schleswig-holsteinische Landesregierung verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage Sie, Herr Dr. Hinz und meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, nach der klaren Aussage unseres Wirtschaftsministers bei der Inbetriebnahme von GROWIAN. Sie müßten es eigentlich gelesen haben. Wenn nicht, zitiere ich: „GROWIAN mache Chancen und Grenzen der Windenergie deutlich." Der Minister fährt mit der Frage fort, ob ein behutsamerer Entwicklungssprung und eine größere Praxisnähe nicht technologisch und ökonomisch sinnvoller gewesen wären.

(Dr. Hinz [SPD]: Genau das habe ich eben zitiert, Herr Kollege!)

Und er sagt weiter, GROWIAN werde für die weitere Entwicklung der Windenergienutzung von großer Bedeutung sein, um dann die Aussage zu treffen: „Wir sind überzeugt davon, daß die Windenergie einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung leisten kann." – Bitte lesen Sie dies nach im „pdl" vom 14. März 1983.

(Dr. Hinz [SPD]: Das habe ich eben zitiert, Herr Kollege, und den Wirtschaftsminister unterstützt!)

Ich gebe Ihnen gleich die Antwort, Herr Dr. Hinz. Ich frage Sie weiter, ob Sie nicht die **Leitlinien für Energiepolitik** in Schleswig-Holstein aus dem Jahre 1982 kennen, und zitiere einige Leitsätze daraus.

Die ausreichende, langfristige, sichere und preiswerte Versorgung mit Energie ist eine der entscheidenden Bedingungen für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ein weiterer Leitsatz: Sinnvoller und rationeller Energieeinsatz und die verstärkte Nutzung neuer Technologien sind angesichts langfristig zunehmender Energieverknappung, steigender Energiepreise und Umweltprobleme ein dringendes Erfordernis.

Ich könnte mit diesem Bereich der positiven Aussagen der Landesregierung über die Entwicklung dieser Technologien fortfahren.

Herr Dr. Hinz, Sie haben ja gefragt und auch ausgesagt, daß Sie zu diesen Fragen in Ihren Ausführungen Stellung bezogen haben. Nur: ich habe diese Dinge noch einmal zitiert, weil sie wiederholt Kleine Anfragen gestellt haben und aus der Kenntnis der Aussagen in diesen Kleinen Anfragen eigentlich hätten wissen müssen, was von seiten der Landesregierung in diesem Bereich vorgenommen worden ist.

Dies haben Sie nicht wissen wollen, oder man kann auch sagen, Sie sind nach der alten Manier der Journalisten verfahren – was nicht ganz ernst gemeint ist –: Recherchieren verdirbt die beste Story.

(Lachen bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird in dieser Frage vielen Ihrer Anliegen dem Inhalt nach zustimmen, weil wir in der Grundeinstellung zu dieser Problematik nicht so sehr weit voneinander entfernt sind. Wir meinen aber auch wie Sie, daß die Einzelfragen bei uns im Ausschuß noch einmal beraten werden sollten, und wir gehen davon aus, daß dies möglich sein wird. Dieser Antrag besteht ja aus dem Gesetzentwurf des SSW zur Förderung der dezentralisierten Energiewirtschaft. Hier im Ausschuß sollten wir diese Frage noch einmal miteinander diskutieren. Ich glaube, daß es nach dieser Diskussion eine Übereinstimmung in vielen Bereichen der grundsätzlichen Einstellung zu dieser Problematik geben wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Meyer das Wort.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wie Sie wissen, habe ich namens des SSW einen Gesetzentwurf zur Förderung der dezentralen Energieversorgung eingebracht. Ein bedeutender Aspekt in diesen Vorstellungen kommt der Produktion umweltfreundlicher Energie zu. Die Windenergie ist hier neben der Solarenergie und der Energiegewinnung aus Biomasse eine für das Land Schleswig-Holstein mit Vorteil zu fördernde Alternative. Ihre Förderung fällt mit den im SSW-Gesetzentwurf aufgezeigten Zielen zusammen, ist aber auch unabhängig davon eine vernünftige Zielsetzung – gerade in diesem Lande zwischen den Meeren.

Aus diesem Grunde habe ich zusammen mit der SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag vorgelegt. Er soll die Entwicklung auf dem Sektor **Windkraft** in diesem Lande befördern helfen, damit man hier den Anschluß an eine recht positive Entwicklung finden kann, wie sie in **Dänemark** und in einigen anderen Ländern seit Jahren stattgefunden hat. Wenn man bedenkt, daß Windkraftaggregate nördlich der Grenze in dritter und zum Teil schon in vierter Generation gebaut werden, daß diese Mühlen in ihrem Betrieb zentral über die Versuchsstation in Ris technisch registriert und überwacht werden, um Fehlerquellen laufend auszumerzen und die Produktion zu verbessern, daß jährlich Tausende dieser Windmühlen in die USA geliefert werden und daß die dänische Energieplanung von einem Anteil von 10 % Windenergie an der gesamten Energieversorgung ausgeht, dann begreift man, daß Schleswig-Holstein ein Entwicklungsland ist, was Windenergie angeht.

(Beifall bei der SPD)

Dabei haben wir hier dieselben geographischen und klimatischen Voraussetzungen wie weiter nördlich.

(Meyer)

Experten haben festgestellt, daß der in Dänemark erstellte Windatlas, den es übrigens auch in einer deutschen Übersetzung gibt, auch für dieses Land unveränderte Gültigkeit hat. Die Betriebszahlen der dänischen Mühlen werden laufend veröffentlicht,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sie sind also jedermann zugänglich.

Der Wirtschaftsausschuß dieses Parlaments hat ja vor gar nicht langer Zeit in Tønder den neulich eingeweihten Windmühlenpark in Augenschein nehmen können und sich über die Funktionsfähigkeit der dort installierten Typen unterrichten können. Es erhebt sich deshalb die Frage: Weshalb hinken wir in diesem Land so sehr hinter einer Entwicklung her, die 6 km nördlich Flensburgs in der Windenergie eine führende Stellung über die Grenzen Europas hinaus gebracht hat?

Die Antwort muß sein: Weil sich hier niemand so richtig dafür interessiert. Das fehlende Interesse wiederum ist auf eine fehlende Rentabilität und Wirtschaftlichkeit zurückzuführen, wobei hier von der Wirtschaftlichkeit des einzelnen Betreibers ausgegangen wird und nicht von der volkswirtschaftlichen Rentabilität, die allein durch den Umweltgesichtspunkt gewährleistet ist.

(Beifall bei der SPD)

Der Einstieg in die Windenergienutzung muß deshalb vom Land nicht nur propagiert, sondern auch handfest gefördert werden. Eine solche Förderung gilt einmal der Erstellung der Anlagen, zum anderen müssen aber auch Möglichkeiten eröffnet werden, die eine **Ankoppelung an das Stromnetz** und den Austausch von Strom zu annehmbaren Preisen gewährleisten. Ohne eine solche Möglichkeit ist der Betrieb solcher Anlagen von vornherein illusorisch. Sie werden sich erinnern, daß dieser Punkt auch eine Bestimmung in meinem Gesetzentwurf – in § 3 – initiiert hat. Ich meine, daß hier der Knackpunkt der ganzen Fragen zu finden ist. Wenn man einen Einstieg in die Windenergie in dem Umfang, der vernünftig und machbar ist, erreichen will, muß man dem Erzeuger die Möglichkeit eröffnen, seinen Strom zu annehmbaren Preisen verkaufen zu können. Hierfür ist in diesem Land die Schleswag zuständig. Da sie im wesentlichen eine Gesellschaft der öffentlichen Hand ist, sollte es deshalb nicht schwerfallen, hier zu zufriedenstellenden Lösungen zu gelangen, vorausgesetzt, daß man den Einstieg in die Windenergie will. Um diese Entwicklungen zu fördern, haben wir diesen Antrag formuliert. Er ist interessant, was die Energieproduktion betrifft. Ich glaube aber fest daran, daß er genauso interessant ist, wenn man an die umweltpolitischen und beschäftigungsmäßigen Folgen denkt, die eine Förderung der Windenergienutzung für dieses Land und seine unterstrukturierte nördliche Region haben kann.

Ich bitte Sie, diese Gesichtspunkte neben den im Antrag aufgeführten praktischen und technischen Aspekten besonders im Auge zu behalten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Meine Damen und Herren, neben dem Redner, dem ich hier das Wort erteilt hatte, hatten sich etwa zehn Einzelgesprächskreise gebildet, die zu einer erheblichen Unruhe im Hause geführt haben. Ich wäre dankbar, wenn wir die letzten Minuten unserer 21. Tagung und unserer heutigen Sitzung in Ruhe zu Ende bringen könnten.

Ich erteile das Wort dem Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur drei Bemerkungen machen, um die Ausschußberatungen vorzubereiten. Das erste: Hier ist erneut die Frage aufgeworfen worden, wie der **GROWIAN** zustande gekommen ist. Meine Damen und Herren, ich möchte gern, daß dieses Thema einmal endgültig vom Tisch kommt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Herrn Hinz eben in seinen Zwischenbemerkungen so verstanden, daß er der Landesregierung hier gar keine Urheberschaftsvorwürfe machen wolle.

(Harms (Heede) [SPD]: So ist es! – Dr. Hinz [SPD]: Ich habe Ihre Position unterstützt!)

– Das wäre ja erfreulich. Herr Kollege Hinz, dies wäre ein Umdenken gegenüber Ihrer Einstellung in der Öffentlichkeit am 2. November 1984.

(Kribben [CDU]: So ist es!)

Herr Präsident, ich möchte gern aus dem „SIB" vom 2. November 1984 – das liegt vier Monate zurück – kurz zitieren, um darzustellen, daß hier offenbar unsere Überzeugungsarbeit genutzt hat.

Dort heißt es von Herrn Dr. Hinz:

> „Schleswig-Holstein dagegen hat auch bei Windenergienutzung auf Großtechnologie gesetzt. Das Ergebnis in Form der großen Windenergieanlage Growian ist niederschmetternd. Die Mittel für den Growian wären sinnvoller in KLEWIANE, kleine Windenergieanlagen, geflossen."

Hier wird also ganz unmißverständlich die Auffassung vertreten oder der Vorwurf erhoben, wir hätten Mittel für den GROWIAN gegeben oder den GROWIAN unterstützt. Herr Dr. Hinz, ich muß Sie mit allem Nachdruck darauf hinweisen – und Sie wissen es seit vielen Monaten –, daß dies eine unwahre Behauptung ist.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine unwahre Behauptung. Wir sind nicht einmal davon informiert worden, daß der Bundesforschungsminister – damals war es der Bundesforschungsminister Hauff – ein solches Vorhaben habe.

(Stegemann [CDU]: Der ist gerade in Frankfurt durchgefallen!)

(Minister Dr. Westphal)

Wir sind nicht nach dem Standort gefragt worden, auch nicht nach einer Mitförderung. Dies war allein ein Vorhaben aus der Vorstellung der damaligen Bundesregierung, vertreten durch den Bundesforschungsminister, die auch in solchen Bereichen, meine Herren, auf Großtechnologie gesetzt hatte.

(Frau Böhrk [SPD]: Hier sitzen auch Damen!)

Und wir haben – Frau Böhrk, das ist nun völlig unbestreitbar – vom ersten Augenblick an, zu dem wir davon gehört haben, unsere kritische Einstellung gegenüber dieser Form der Windenergie zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Wer aus diesem Hause, Herr Dr. Hinz, jetzt draußen noch etwas anderes behauptet, soll jedenfalls wissen, daß er nicht die Wahrheit sagt.

(Beifall bei der CDU)

Ich lege Wert darauf, daß dies noch einmal mit aller Klarheit gesagt wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Einstellung zum GROWIAN habe ich bei der Eröffnung der Anlage kundgegeben. Ich möchte Ihnen sagen, meine Damen und Herren, nachdem diese Entscheidung einmal im Sinne des GROWIANs gefallen ist, haben wir alle Interesse daran, daß aus einer wahrscheinlich falschen Konzeption heraus jedenfalls noch einigermaßen günstige Ergebnisse herauskommen. Ich glaube, nur so läßt sich Vernunft vertreten, Vernunft, die ihren Ausdruck findet in etwa 100 Millionen DM öffentlicher Mittel. Das als ersten Punkt.

Punkt zwei: Sie haben sich hier mit einem Projekt beschäftigt, das noch nicht abgeschlossen ist, und Sie tun ein wenig so, Herr Kollege Hinz, als ob das Ihre Idee wäre: Die Förderung einer modernen Windenergieanlage auf der Insel **Helgoland**. Ich möchte sagen, daß dies ein Projekt ist, das seit geraumer Zeit von unserem Hause auf eigene Initiative mit großem Nachdruck verfolgt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hinz [SPD])

Ich selber habe, Herr Kollege Hinz, in Brüssel zweimal mit dem zuständigen Kommissar und dem zuständigen Generaldirektor hierüber eingehende Gespräche geführt. Es ist uns gelungen, eine Förderung für diese Anlage in Aussicht zu bekommen, die ganz ungewöhnlich ist in ihrer Qualität. Es ist mir auch gelungen, den Bundesforschungsminister dazu zu bewegen, eine Mitfinanzierung vorzunehmen. Auch wir als Land werden mitfinanzieren. Nur, Kollege Hinz, ich bitte Sie, genau zuzuhören: Auch dieses Projekt muß sich in einer wirtschaftlichen Größenordnung verhalten, daß die Helgoländer und diejenigen, die es nachher zu bezahlen haben, es auch bezahlen können.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen lege nicht nur ich, sondern legen alle Beteiligten Wert darauf, alle Zuschußgeber, daß ein gesetzter Kostenrahmen nicht überschritten wird. Hierüber wird zur Zeit noch verhandelt. Sie brauchen mir nicht zu sagen, daß wir mit allem Nachdruck – – Wir tun das nicht nur hierbei, Beschäftigte in Schleswig-Holstein bei der MaK versuchen gerade, im innovativen Bereich etwas herauszuholen. Nur, das gilt für die gesamte Frage der Windenergie: auch hier kann und darf bei so hohen Investitionsförderungsmitteln der Gesichtspunkt der **Wirtschaftlichkeit** nicht völlig außer acht bleiben. Schon um die Wirtschaftlichkeit der Anlage zu prüfen, muß man natürlich auch sehen, Herr Kollege Hinz, welche Alternativen denn sonst noch für die Versorgung der Insel Helgoland bestehen, die im übrigen langsam – Kollege Flessner könnte das im einzelnen begründen – mit dem Gesamtkonzept der Versorgung und Entsorgung der Insel Helgoland eine außerordentlich dringliche Angelegenheit ist. Ich hoffe, daß ich Ihnen im Ausschuß in absehbarer Zeit darüber ein bißchen mehr sagen kann. Ich verstehe nur überhaupt nicht – ich finde das in der Debatte um die Windenergie überhaupt nicht gut –, daß Sie hier in vorwurfsvollem Ton Vorwürfe erheben, für die es angesichts dieses Behandlungsstandes überhaupt keine Veranlassung gibt.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch ein drittes Wort zur Frage der **Förderung der Windenergie** in Schleswig-Holstein. Ich glaube, Sie haben im Ausschuß darüber bereits einen sehr detaillierten Bericht bekommen. Sie werden ihn auch noch einmal bekommen. Wenn Sie diesen Bericht ernst nehmen, wenn Sie ihn lesen und wenn Sie auch gern fragen, was dahinter steckt, können Sie nicht die Behauptung aufstellen, dieses Land fördere die Windenergie nicht.

(Kribben [CDU]: So ist es! – Beifall bei der CDU)

Sie können das schlicht und einfach nicht tun. Ich verweise hier nur einmal darauf – Herr Kollege Meyer, der sich damit besonders befaßt hat, wird das sicherlich unterstreichen können; wir haben auch einige Gespräche darüber geführt –, daß die Fortsetzung des § 82 a der Einkommensteuerdurchführungsverordnung, daß die Gewährung der Investitionszulage, daß das Ansetzen unseres Heizenergieprogramms für Windenergie ja auch zur Förderung von Anlagen geführt hat. Nur, meine Damen und Herren, und daran bitte ich Sie auch einmal zu denken, **Windenergieanlagen** baut nicht die Landesregierung, sondern bauen **Unternehmen** und bauen Unternehmer, und vielleicht liegt auch die derzeitige Situation mit daran, daß in Dänemark auf diesem Sektor mehr unternehmerische und erfolgreiche unternehmerische Initiative entwickelt worden ist. Ich will jetzt nicht auf die dänischen Verhältnisse im einzelnen eingehen. Es kommt ja auch gelegentlich in Dänemark, Herr Kollege Meyer, zu einer kritischen Situation, weil die Windenergie im steuerlich Bereich und beim Strompreis in einer ganz ungewöhnlichen Weise präferenziert wird, was ja letztlich zu Lasten anderer

(Minister Dr. Westphal)

Energieträger geht. Ich meine, diesen Gesichtspunkt können Sie nicht einfach mit einem Handstreich sozusagen auf die Seite legen. Sie tun es ja auch nicht, Herr Kollege Meyer. Nur Herr Kollege Hinz und andere, die posaunen hier raus, wir betreten innovatorisches Neuland und so etwas. Ich war im baden-württembergischen Wahlkampf, da machte die SPD Propaganda: Mit uns in die Innovation hinein. Das erinnert mich sehr an die Verhältnisse in Baden-Württemberg vor der Wahl, wo die SPD auch glaubte, sie müsse eine müde Landesregierung ermahnen, etwas für die Innovation zu tun. Schleswig-Holstein ist das Land – ich erinnere an die Seminare, die von uns abgehalten worden sind –, das im Bereich der Bundesrepublik Deutschland mit Abstand am meisten für die Windenergie in der Förderung und in der Hilfe getan hat. Es ist ja nicht ganz von ungefähr, Herr Kollege Arens, daß von den 20 Aeromananlagen, die von der MAN in der Bundesrepublik Deutschland errichtet werden, nicht weniger als elf im Lande Schleswig-Holstein entstehen. Ich weise auf diese Punkte hin, damit hier klar wird, daß wir – möglicherweise nicht in Einzelheiten des Antrages, Herr Kollege Meyer, nicht in den Wegen, aber in der Intention dessen, was Sie vorhaben – eine breite Übereinstimmung haben. Aber ich bitte, Herr Kollege Hinz, Behauptungen zu unterlassen, die Sie doch wirklich mit Ihrem Gewissen auch nicht vereinbaren können, wenn Sie uns hier den GROWIAN „in die Schuhe schieben" wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es ja ganz gut, daß Kollege Hauff – wenn man so liest, was er in Frankfurt gesagt hat – inzwischen umgelernt hat. Wir alle müssen zulernen. Ich will es ihm gar nicht einmal vorwerfen, daß er damals anders gedacht und gehandelt hat. Aber es heißt hier der Wahrheit die Ehre zu geben, und dies heißt, daß gerade in diesem Lande kleine und mittlere Anlagen gefördert werden sollen, daß wir für diese Anlagen ganz offen sind. Allerdings muß ich hinzusagen, daß wir uns nicht dem Irrtum hingeben können, als ob dadurch die Energieversorgungsprobleme des Landes gelöst werden könnten.

Herr Kollege Kribben hat hier kürzlich in einem Beitrag darauf hingewiesen, daß alle Sachverständigen sich darüber im klaren sind, daß die additiven Energien, das schließt die Solarenergie ein, höchstens bis zu 5 % des Stromverbrauchs abdecken können. Der Stromverbrauch ist ja auch nur ein Teil des gesamten Energieverbrauchs. 1 % Windenergie im Strom würde nun heißen – ich möchte Sie nur einmal auf die absolute Größenordnung aufmerksam machen – etwa 2000 Anlagen im Lande Schleswig-Holstein heißen. Auch dies muß man wissen, um bei aller Offenheit für die Windenergie ihre Möglichkeiten richtig einzuschätzen. Wer wie Sie, Herr Hinz, sagt, Sie wollen die Ablösung der Stromversorgung durch Kernkraft, Kohle, durch solche Technologien, der muß wissen, daß die Bürger dazu verurteilt würden, keine gesicherte Stromversorgung zu haben. Dieses wird die Landesregierung mit Sicherheit nicht tun.

(Beifall bei der CDU)

Wir können die Windenergie nur richtig mit Hilfe und mit Förderung in den Rahmen einpassen, wenn wir ihre Aufgabe im gesamten Energiekonzept sehen, so wie wir das in unseren energiepolitischen Leitlinien dargestellt haben, Leitlinien, die auch heute richtig sind und die die Landesregierung konsequent weiter verfolgen wird.

(Beifall bei der CDU – Dr. Lohmann [SPD]: Wie können Sie so etwas behaupten, ohne rot zu werden!)

Präsident Titzck:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Es steht der Antrag der SPD-Fraktion und des Abgeordneten Meyer, die Drucksache 10/873 dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen, zur Abstimmung. Wer diesem Überweisungsantrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind übereingekommen, die Tagesordnungspunkte 3, 9 und 12 in der April-Tagung zu beraten. Wir sind damit am Schluß der 21. Tagung. Die nächste Tagung, die 22., wird am Dienstag, dem 23. April, um 10 Uhr beginnen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg, einigen von Ihnen einen fröhlichen Abend im Landeshaus.

(Beifall des Abgeordneten Aniol [CDU])

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.49 Uhr